
LANDESHAUPTSTADT



Jahresabschlussbericht 2013

Inhaltsverzeichnis

1 Jahresabschluss	5
1.1 Vermögensrechnung	5
1.2 Ergebnisrechnung Wiesbaden und AKK.....	7
1.3 Finanzrechnung	8
2 Rechenschaftsbericht	9
2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	9
2.2 Entwicklung der Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen.....	10
2.3 Strategien und Ziele.....	11
2.4 Haushaltsplan 2013.....	12
2.5 Ergebnissituation	13
2.5.1 Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre	13
2.5.2 Die Ergebnislage der Landeshauptstadt Wiesbaden im Plan-Ist Vergleich.....	18
2.6 <i>Erläuterung der Plan-Ist-Abweichungen in den Dezernaten einschließlich bedeutsamer Investitionen, Aufgabenschwerpunkte</i>	20
2.6.1 Dezernat I	21
2.6.2 Dezernat II	23
2.6.3 Dezernat III	26
2.6.4 Dezernat IV.....	28
2.6.5 Dezernat V.....	31
2.6.6 Dezernat VI.....	33
2.6.7 Dezernat VII.....	35
2.6.8 Allgemeine Finanzwirtschaft	38
2.7 <i>Entwicklung der Finanzlage</i>	39
2.8 <i>Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen</i>	41
2.9 <i>Chancen</i>	43
2.10 <i>Risiken</i>	44
2.11 <i>Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2013 sowie Ausblick</i>	48
2.12 <i>Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen</i>	50
3 Anhang/ Erläuterungen zum Jahresabschluss	51
3.1 Erläuterungen zu Posten der Vermögensrechnung	51
3.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	51
3.1.2 Sachanlagevermögen.....	52
3.1.3 Finanzanlagen und sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	57
▪ Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	57
▪ Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	58
▪ Weiteres Finanzanlagevermögen.....	60
3.1.4 Umlaufvermögen	61
▪ Vorräte.....	61
▪ Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen/ -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	61
▪ Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	62
▪ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.....	62
▪ Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	63
▪ Sonstige Vermögensgegenstände	64
▪ Flüssige Mittel.....	64
3.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	64
3.1.6 Eigenkapital	65
▪ Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses.....	65

Jahresabschluss 2013

▪	Sonderrücklagen	65
3.1.7	Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	65
3.1.8	Rückstellungen	66
▪	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	66
▪	Sonstige Rückstellungen	66
3.1.9	Verbindlichkeiten	68
▪	Verbindlichkeitspiegel zum 31.12.2013	68
▪	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	68
▪	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	68
▪	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen und Transferleistungen	69
▪	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	69
▪	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	69
▪	Sonstige Verbindlichkeiten	69
3.1.10	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	71
3.2	Erläuterungen zur Ergebnisrechnung	72
3.2.1	Allgemeine Erläuterungen zur Ergebnisrechnung	72
3.2.2	Restmittel und Überleitungen	72
3.2.3	Ergebnisverwendung	72
3.3	Erläuterungen zur Finanzrechnung	73
3.3.1	Einleitung	73
3.3.2	Erläuterung der erheblichen Unterschiede	74
3.4	Übersicht über die Investitionen und Instandhaltungen inkl. Überleitungen	75
3.4.1	Übersicht über die fünf größten Investitionsmaßnahmen	76
3.4.2	Erläuterungen zu Investitionen und Instandhaltungen	76
3.6	Rechtliche Grundlagen	77
3.7	Organe und Vertretungsbefugnis	77
3.8	Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	80
3.9	Haftungsverhältnisse	81
3.10	Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen	82
3.11	Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	83
4	Tabellenteil	87
4.1	Anlagenspiegel (in Tsd. €)	87
4.2	Forderungsspiegel	88
4.3	Verbindlichkeitspiegel	88
4.4	Eigenkapitalspiegel	89
4.5	Rückstellungsspiegel	90
4.6	Übersicht über die fremden Finanzmittel	91
4.7	Ergebnisrechnung Wiesbaden	92
4.8	Ergebnisrechnung AKK	93
4.9	Teilergebnisrechnungen der Dezernate Wiesbaden und AKK	94
4.10	Budgetabschluss Investitionsmaßnahmen	102

Vorwort



Das Haushaltsjahr 2013 war für die Finanzen der Landeshauptstadt Wiesbaden ein gutes Jahr.

Auch im abgelaufenen Jahr konnte die Landeshauptstadt Wiesbaden wieder von der guten Konjunktur, verbunden mit einer vorsichtigen Haushaltsführung, profitieren und im zweiten Jahr in Folge einen Überschuss erzielen.

Diese Überschüsse werden dazu verwendet, auch in schlechteren Jahren das Leistungsniveau der Verwaltung zu halten und damit kurzfristige Schwankungen ausgleichen zu können. Dies ist uns in den vorangegangenen Jahren erfolgreich gelungen. Während andere Kommunen ihre kommunalen Steuern anheben mussten, hielt die Landeshauptstadt Wiesbaden diese auch in der Finanzkrise konstant.

Schwerpunktt Themen, die wir als Investitionen für die Zukunft betrachten, sind nach wie vor der Ausbau der Kinderbetreuung und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Hierbei sind wir auf einem sehr guten Weg. Alleine unsere stadtverbundene Wohnungsbaugesellschaft GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH will bis 2021 200 Mio. Euro investieren um damit 1200 bis 1300 Wohnungen zu bauen.

Auch das Haushaltsjahr 2013 stand noch unter der Auflage der Kommunalaufsicht, grundsätzlich keine Ausweitung unseres Personalbestands vorzunehmen (Ausnahme: Krippenausbau und Personal zur Erfüllung gesetzlicher Vorgaben).

Durch eine bessere konjunkturelle Entwicklung und angemessenes Wirtschaften konnte ein Überschuss in Höhe von 27,6 Mio. Euro erzielt werden, dies entspricht einer Verbesserung gegenüber der Planung von 83,8 Mio. Euro.

Die positive Entwicklung ist keine Selbstverständlichkeit wenn man bedenkt, dass in anderen Kommunen die kommunalen Kassenkredite wachsen und rund ein Viertel aller hessischen Kommunen dem Schutzschirm des Landes Hessen beitreten mussten.

Damit bleibt Wiesbaden weiterhin auf einem guten Kurs.



Axel Imholz

Kämmerer

Jahresabschluss 2013

1 Jahresabschluss

Gemäß § 112 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) besteht der Jahresabschluss aus

- Vermögensrechnung
- Ergebnisrechnung
- Finanzrechnung

Die Finanzrechnung wird bei der LH Wiesbaden indirekt entsprechend des vorgegebenen Musters dargestellt. Auf die direkte Darstellung wird verzichtet.

1.1 Vermögensrechnung

AKTIVA Position	31.12.2013		31.12.2012	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1 ANLAGEVERMÖGEN				
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände				
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	2.993.773,00		3.053.873,00	
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	46.006.122,00		44.586.303,00	
		48.999.895,00		47.640.176,00
1.2 Sachanlagevermögen				
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	464.100.804,18		470.454.711,09	
1.2.2 Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	430.621.175,70		435.533.273,70	
1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	401.798.076,06		415.695.026,82	
1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	167.382,00		179.251,00	
1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	27.067.572,99		26.628.701,81	
1.2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	64.146.238,43		49.358.264,95	
		1.387.901.249,36		1.397.849.229,37
1.3 Finanzanlagevermögen				
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	455.679.383,22		455.468.238,76	
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	67.090.739,84		68.233.366,04	
1.3.3 Beteiligungen	183.629,00		173.818.629,00	
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17.485.632,55		17.841.234,21	
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	35.700.000,00		35.700.000,00	
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	42.323.639,11		40.921.326,59	
		618.463.023,72		791.982.794,60
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640.000,00		0,00	
		173.640.000,00		0,00
		2.229.004.168,08		2.237.472.199,97
2 UMLAUFVERMÖGEN				
2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		0,00		0,00
2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren		0,00		0,00
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	52.927.359,52		47.013.369,29	
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	23.579.959,48		37.970.144,39	
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.303.258,63		4.240.338,71	
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	21.521.070,56		21.503.549,62	
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	22.090.464,02		13.757.539,32	
		121.422.112,21		124.484.941,33
2.4 Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00		0,00
2.5 Flüssige Mittel		175.857.929,10		132.780.203,42
		297.280.041,31		257.265.144,75
3 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		27.786.135,94		26.316.269,09
		2.554.070.345,33		2.521.053.613,81

PASSIVA Position		31.12.2013		31.12.2012	
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	EIGENKAPITAL				
1.1	Netto-Position		1.259.089.688,26		1.259.089.688,26
1.2	Rücklagen und Sonderrücklagen				
1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	52.017.275,69		32.869.874,42	
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	11.224.491,41		11.224.491,41	
1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	0,00		0,00	
1.2.4	Sonderrücklagen				
1.2.4.1	Stiftungskapital	1.883.960,87		1.883.960,87	
1.2.5	Rücklage für Budgetüberleitungen und Mehrbedarfe	0,00		0,00	
			65.125.727,97		45.978.326,70
1.3	Ergebnisverwendung				
1.3.1	Ergebnisvortrag				
1.3.1.1	Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren				
	Verlustvortrag 2009	0,00		0,00	
1.3.1.1	Außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren				
	Verlustvortrag 2009	0,00		0,00	
1.3.2	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag				
1.3.2.1	Ordentlicher Jahresüberschuss/-fehlbetrag	39.849.822,95		20.953.100,74	
1.3.2.2	Außerordentlicher Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-12.282.869,81		-1.805.699,47	
			27.566.953,14		19.147.401,27
			1.351.782.369,37		1.324.215.416,23
2	SONDERPOSTEN				
2.1	Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge				
2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	201.558.306,91		201.467.490,61	
2.1.2	Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	3.404.291,38		3.131.271,38	
2.1.3	Investitionsbeiträge	36.346.823,00		38.563.231,00	
			241.309.421,29		243.161.992,99
2.2	Sonstige Sonderposten		0,00		0,00
			241.309.421,29		243.161.992,99
3	RÜCKSTELLUNGEN				
3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	467.773.565,00		445.798.301,00	
3.2	Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	125.374,95		153.146,68	
3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	0,00		0,00	
3.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	458.663,62		586.948,92	
3.5	Sonstige Rückstellungen	25.758.590,84		12.158.582,27	
			494.116.194,41		458.696.978,87
4	VERBINDLICHKEITEN				
4.1	Anleihen		0,00		0,00
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen				
4.2.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	309.945.446,16		319.654.314,92	
	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 14.236.456,99				
4.2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	35.876.908,01		37.518.127,72	
	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 3.392.573,97				
4.2.3	Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten *)	1.371.053,00		1.435.641,20	
	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 391,39				
			347.193.407,17		358.608.083,84
4.3	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	0,00		0,00	
			0,00		0,00
4.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		88.870,68		175.028,28
4.5	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen		13.540.862,09		12.473.439,08
4.6	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		11.052.562,53		9.444.182,81
4.7	Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben		4.130.544,74		3.461.222,27
4.8	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen		11.439.361,26		18.692.579,03
4.9	Sonstige Verbindlichkeiten		42.904.592,86		56.030.784,30
			430.350.201,33		458.885.319,61
5	RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		36.512.158,93		36.093.906,11
			2.554.070.345,33		2.521.053.613,81

1.2 Ergebnisrechnung Wiesbaden und AKK

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-13.995.222	-12.397.609	-14.568.479	2.170.870
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-36.247.488	-37.815.280	-37.399.942	-415.338
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-17.444.943	-16.393.345	-17.386.084	992.739
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-1.268.601	-2.000.000	-1.192.244	-807.756
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-480.988.816	-472.971.000	-554.950.603	81.979.603
6	Erträge aus Transferleistungen	-163.468.073	-159.169.557	-161.889.688	2.720.131
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-188.478.612	-197.088.681	-201.708.119	4.619.438
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-14.521.704	-11.682.942	-16.166.182	4.483.240
9	Sonstige ordentliche Erträge	-32.924.891	-24.344.979	-33.907.332	9.562.353
10	Summe der ordentlichen Erträge	-949.338.350	-933.863.394	-1.039.168.673	105.305.280
11	Personalaufwendungen	195.466.389	196.887.831	204.369.071	-7.481.240
12	Versorgungsaufwendungen	28.535.017	49.923.582	45.820.910	4.102.672
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	138.650.166	181.261.099	144.127.584	37.133.515
14	Abschreibungen	66.099.951	50.041.842	62.310.663	-12.268.821
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	20.273.905	21.026.596	20.255.116	771.479
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	98.061.798	101.247.570	115.201.762	-13.954.192
17	Transferaufwendungen	399.508.598	402.640.310	421.286.301	-18.645.991
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.961.150	1.713.681	3.467.966	-1.754.285
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	948.556.974	1.004.742.510	1.016.839.373	-12.096.863
20	Verwaltungsergebnis	-781.376	70.879.117	-22.329.300	93.208.417
21	Finanzerträge	-40.613.456	-36.557.406	-35.841.066	-716.340
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20.441.731	22.118.500	18.320.543	3.797.957
23	Finanzergebnis	-20.171.725	-14.438.906	-17.520.523	3.081.617
24	Ordentliches Ergebnis	-20.953.101	56.440.211	-39.849.823	96.290.034
25	Außerordentliche Erträge	-6.309.535	-235.136	-18.343.042	18.107.906
26	Außerordentliche Aufwendungen	8.115.235	0	30.625.912	-30.625.912
27	Außerordentliches Ergebnis	1.805.699	-235.136	12.282.870	-12.518.006
28	Jahresergebnis	-19.147.401	56.205.075	-27.566.953	83.772.028

Jahresabschluss 2013

1.3 Finanzrechnung

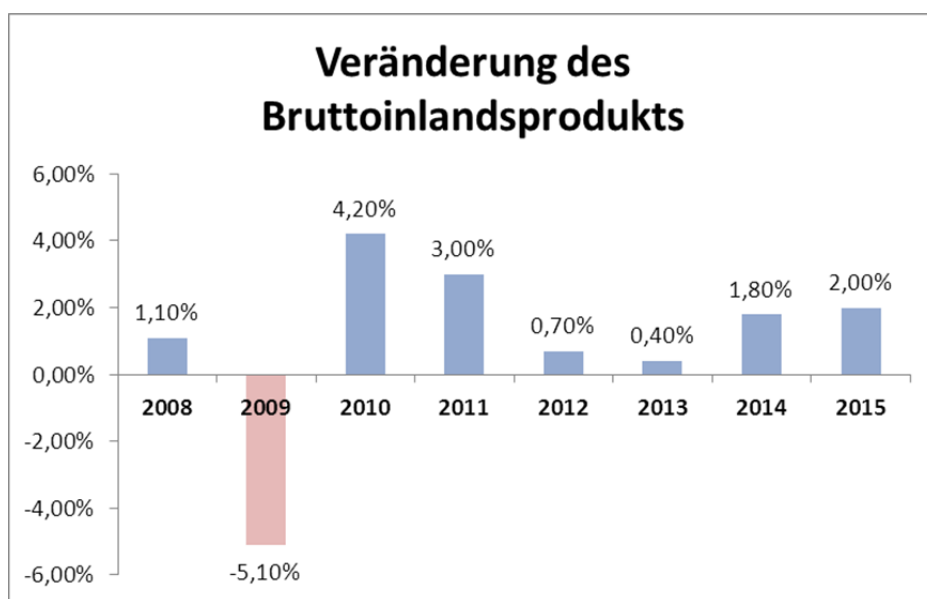
Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012	Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013
1	Jahresergebnis aus Gesamtergebnisrechnung	19.147.401,27	- 59.029.496,00	27.566.953,14
2	+/- Abschreibungen / Zuschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	44.246.920,34	50.041.842,00	47.081.491,70
3	- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen/-zuschüsse	-14.521.704,28	- 11.682.942,00	-16.196.283,08
4	+/- Zunahme/Abnahme von Rückstellungen	8.013.803,12	nicht planungsrelevant	35.419.215,54
5	-/+ Erträge/Aufwendungen a. d. Abgang v. Verm.ggst. d. Anlageverm.	-964.221,69	nicht planungsrelevant	11.348.442,45
6	+/- sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge	-509.094,35	- 8.094.000,00	-13.441.088,59
7	-/+ Zunahme/Abnahme d. Vorräte, der Forderungen a. Lief./Leist. sowie anderer Aktiva, d. nicht d. Invest./Finanz.tätigkeit zuzuordnen sind	54.165.551,70	nicht planungsrelevant	62.117,97
8	+/- Zunahme/Abnahme d. Verbindl. a. Lief./Leist. sowie anderer Passiva, die nicht der Invest./Finanz.tätigkeit zuzuordnen sind	7.452.483,64	nicht planungsrelevant	-16.702.188,79
9	Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Positionen 1 bis 8)	117.031.139,75	- 28.764.596,00	75.138.660,34
10	+ Einzahlungen a. Investitionszuweisungen/-zuschüsse sowie aus Investitionsbeiträgen	12.321.095,34	11.903.000,00	14.343.711,38
11	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögen u. d. immateriellen Anlagevermögen	8.474.558,81	11.350.000,00	8.166.070,59
12	- Auszahlungen für Investitionen i. d. Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-34.187.391,20	- 86.643.500,00	-44.842.387,80
13	+ Einzahlungen a. Abgängen von Vermögensgegenständen d. Finanzanlagevermögens	3.154.432,12	2.247.000,00	4.049.474,01
14	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanl.verm.	-2.425.937,53	- 8.050.000,00	-3.958.558,67
15	Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit (Positionen 10 bis 14)	-12.663.242,46	- 69.193.500,00	-22.241.690,49
16	Einzahlungen a.d. Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	40.073.847,92	56.769.000,00	5.857.000,00
16a	Korrektur für Aufnahmen Sonderkonjunkturprogramm, Landesanteile	0,00	nicht planungsrelevant	0,00
17	- Auszahlungen a.d. Tilgung v. Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	-93.971.429,54	- 17.666.500,00	-17.207.088,47
17a	Korrektur für Tilgung Sonderkonjunkturprogramm, Landesanteile	1.801.199,70	nicht planungsrelevant	1.530.844,30
18	Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit (Position 16 + 17)	-52.096.381,92	39.102.500,00	-9.819.244,17
21	Überschuss oder Bedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Nr. 22)	0,00	-	0,00
22	Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf (Nr. 9, 15, 18, 21)	52.271.515,37	- 58.855.596,00	43.077.725,68
23	Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Haushaltsjahres	80.508.688,05	21.009.941,00	132.780.203,42
24	Veränderung des Zahlungsmittelbestandes im Haushaltsjahr (Nr. 22)	52.271.515,37	- 58.855.596,00	43.077.725,68
25	Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Nr. 23 und Nr. 24)	132.780.203,42	- 37.845.655,00	175.857.929,10

2 Rechenschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nachdem bereits ab Herbst 2012 eine Beruhigung im Verlauf der Euro-Krise eingetreten war, stabilisierte sich die Weltwirtschaft im Jahresverlauf 2013. Allerdings wiesen viele Industrieländer weiterhin hohe öffentliche Finanzierungsdefizite auf und die Geldpolitik zur Stützung der Konjunktur war nach wie vor sehr expansiv ausgerichtet. In den Schwellenländern setzte sich die Konjunkturlangsamung 2013 fort. Das Bruttoinlandsprodukt konnte 2013 weltweit eine Steigerung von 2,2% verzeichnen, für 2014 wird mit einer Steigerungsrate von 3,2% gerechnet.¹

Dennoch waren die Auswirkungen der Euro-Krise auch weiterhin in Deutschland zu spüren. Die wirtschaftlichen Außenverhältnisse und die witterungsbedingten Auswirkungen bescherten der Konjunktur in Deutschland keinen guten Start. Erst ab dem Frühjahr 2013 entspannte sich die wirtschaftliche Situation und die Konjunktur konnte einen moderaten Aufwärtstrend verzeichnen. Dadurch bedingt konnte die deutsche Wirtschaft 2013 lediglich eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von 0,4% verzeichnen. Für die Jahre 2014 und 2015 werden mindestens 1,8% und 2,0% Wachstum prognostiziert.



Quelle: Eurostat, Online-Datenbank, Wachstumsrate des realen BIP (Stand: 04/2014)

In Hessen stieg das Bruttoinlandsprodukt um 3,4 Prozent. Hierbei hatten das Baugewerbe und das Dienstleistungsgewerbe die stärksten Steigerungsrate zu verzeichnen.

Wie den Konjunkturdaten der IHK Wiesbaden zum Jahr 2013 zu entnehmen ist, stieg der Klimaindex von 116 im Jahresverlauf auf 123 am Jahresende, mit weiter steigender Tendenz im ersten Quartal 2014.

Die Gewerbesteuererträge im Haushaltsjahr 2013 lagen mit 318.620 Tsd. €² etwa 63.296 Tsd. € über denen des Vorjahres. Die Ursache liegt in der guten Ergebnissituation der ansässigen Unter-

¹ Quelle: Sachverständigenrat - Jahresgutachten 2013/2014

² Die Gewerbesteuererträge stehen nicht vollumfänglich zur Verfügung. Sie sind jeweils um die Gewerbesteuerumlage (50.510 Tsd. € in 2013) zu bereinigen.

nehmen. Ergebnisverbesserungen bei Gewerbetreibenden führen erst mit zeitlicher Verzögerung zu einer Anpassung der Vorauszahlungen.

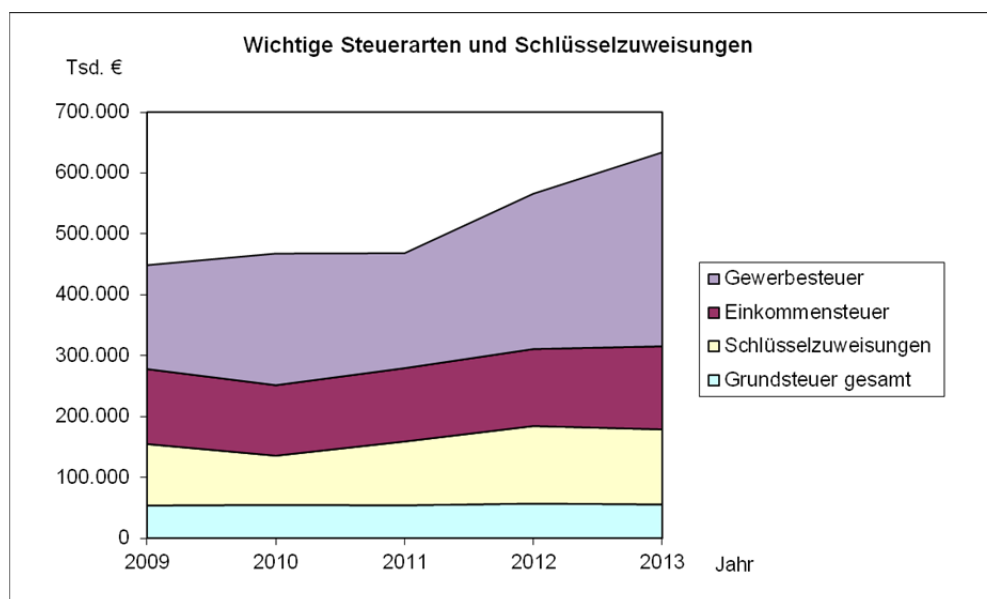
Im Gegensatz dazu werden die Vorauszahlungen bei sinkender Konjunktur von den Unternehmen eher vorsichtig angesetzt.

Die Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer konnte sich weiter auf 136.583 Tsd. € erholen (+ 10.028 Tsd. €) und erreichte damit wieder das Niveau von 2008.

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich um 463 auf 126.161 erhöht. Die Arbeitslosenquote stieg in Wiesbaden, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, leicht von 7,3 % im Jahr 2012 auf 7,4% im Jahr 2013. Da auch die Bevölkerung auf 280.108 Einwohner zugenommen hat (+1.467) kann gleichzeitig mit der Anzahl der Arbeitsplätze auch die Arbeitslosigkeit ansteigen.

2.2 Entwicklung der Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen

Die nachfolgende Grafik zeigt die Erholung der Gewerbesteuererinnahmen der Landeshauptstadt Wiesbaden nach den Krisenjahren. Allerdings ist hierbei zu beachten, dass die Werte des Jahres 2013 einen Einmaleffekt in Höhe von ca. 50.000 Tsd. € an Gewerbesteuererträgen beinhaltet.



in Tsd. €	2009	2010	2011	2012	2013
Gewerbesteuer	170.831	216.244	188.941	255.324	318.620
Einkommensteuer	123.251	115.914	120.515	126.555	136.583
Schlüsselzuweisungen	100.854	80.826	104.850	127.463	123.293
Grundsteuer gesamt ³	53.866	54.795	54.109	56.906	55.562

³ Auf den Ausweis interner Grundsteuern, die nach Ziff. 3 der Verwaltungsvorschriften zu § 4 der GemHVO-Doppik in der Ergebnisrechnung auszuweisen sind, wurde in dieser Darstellung verzichtet. Sie sind als rein interner Vorgang für die Finanzlage der Landeshauptstadt Wiesbaden irrelevant.

Jahresabschluss 2013

Jeweils mit der Steuerkraft korreliert auch die Schlüsselzuweisung. Bedingt durch die wieder ansteigenden Steuererträge seit 2011 sinkt die Schlüsselzuweisung⁴ um 4.170 Tsd. € auf 123.293 Tsd. €. Da die Tarifverträge die Gewinne aus der guten Konjunktur weitergeben, steigt in der Folge auch der Gemeindeanteil der Einkommensteuer weiter leicht an.

2.3 Strategien und Ziele

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist eine weltoffene, grüne Stadt im Herzen des Rhein-Main-Gebietes, ein wirtschaftliches, kulturelles und soziales Zentrum.

Die kommunale Aufgabenwahrnehmung der Landeshauptstadt Wiesbaden fokussiert sich auf eine moderne Stadtentwicklung, die Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Klimas, kulturelle Vielfalt, den Umwelt- und Naturschutz sowie die Gesundheitsförderung. Gleichermäßen kümmert sich die Landeshauptstadt Wiesbaden um die Belange ihrer Bürgerinnen und Bürger, bietet gute Jobchancen und achtet auf ihr historisches Erbe.

Wiesbaden ist eine der wenigen Städte, für die entgegen dem Bundes- und Landestrend ein Bevölkerungswachstum in den kommenden Dekaden vorhergesagt wird. Im Hinblick auf diese und die allgemeine demografische Entwicklung, werden in den kommenden Jahren einige strategische Handlungsfelder zu bearbeiten sein. Hierzu zählen Kindergärten und Schulen, der Wohnungsbau, Nahverkehr und Energieversorgung, medizinische und soziale Einrichtungen, sowie die Schaffung von Bedingungen die einen weiteren Zuwachs an Arbeitsplätzen gewährleisten.

Im ersten Jahr des Doppelhaushalts 2012/2013 lag der Hauptschwerpunkt der kommunalen Aufgabenwahrnehmung auf der Absicherung des Leistungsspektrums für die Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus erfolgte eine starke Investitions- und Instandhaltungstätigkeit im Bereich Schulen und städtischer Infrastruktur sowie der weitere Ausbau der Kinderbetreuungsplätze in den Bereichen Krippe, Kindertagesstätte und Schulkinderbetreuung.

Im Bereich Beteiligungen^[1] war die Sicherung bezahlbaren Wohnraums bei gleichzeitig steigenden energetischen Standards ein strategisches Thema der Landeshauptstadt Wiesbaden. Im strategischen Handlungsfeld „Gesundheitsstadt Wiesbaden“ nahm der Erhalt der Dr. Horst-Schmidt-Kliniken als städtisches Krankenhaus der Maximalversorgung einen bedeutenden Stellenwert ein. Durch den Teilverkauf mit dem Eingehen einer strategischen Partnerschaft mit den Rhön Kliniken konnte der Weiterbetrieb gesichert werden.

Aufgrund der bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2012/2013 bekannten gesamtwirtschaftlichen Eckdaten wurde ein Fehlbetrag im Gesamtergebnis erwartet. Bedingt durch die günstige Entwicklung der Gewerbesteuer und der Schlüsselzuweisung konnte ein kleiner Überschuss erwirtschaftet werden, der nun die Rücklagen stärkt.

Die Strategie, bei einem vorübergehenden (so lauteten die Prognosen) Einbruch die bestehenden Strukturen nicht durch kurzfristige Sparziele zu gefährden, zeigte sich als richtiger Weg.

⁴ Berechnungsgrundlage für die Schlüsselzuweisung 2013 sind die Daten des 2. Hj. 2012 und des 1. Hj. 2013.

^[1] Näheres zur Geschäftstätigkeit der Beteiligungen kann dem jeweils aktuellen Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Wiesbaden entnommen werden.

2.4 Haushaltsplan 2013

Der Haushaltsplan 2012 / 2013 wurde am 21.06.2012 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und am 28.11.2012 von der Aufsichtsbehörde unter Auflagen genehmigt. Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 ging - unter der Berücksichtigung der bekannten Risiken - von einem Gesamtjahresfehlbetrag in Höhe von 59.029 Tsd. € aus.

An Auszahlungen für Investitionstätigkeit wurden 86.644 Tsd. € (Sachanlagen, Investitionszuschüsse und Finanzanlagen) geplant. Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde auf 56.769 Tsd. € festgesetzt.

Mit dem Haushaltsvollzugsbericht nahm die Stadtverordnetenversammlung (Beschluss Nr. 0637) am 20.12.2012 die positive Entwicklung im Jahr 2012 zur Kenntnis und beschloss im gleichen Zuge das Haushaltssicherungskonzept 2013. Es wird mit dem Haushalt 2014 / 2015 fortgeschrieben.

Die nachfolgende Übersicht stellt die wesentlichen Plangrößen des Haushalts der Landeshauptstadt Wiesbaden mit den nachfolgenden Planänderungen bzw. -anpassungen, die zum so genannten fortgeschriebenen Plan geführt haben, zusammen. Die geplanten ordentlichen Erträge weichen im SAP-System durch die nachträgliche Abrechnung des Projekts I.01521 „66 WIN Söhnleinstraße“ in Höhe von 144 Tsd. € gegenüber der Satzung (-932.263 Tsd. € SAP / -932.407 Tsd. € Satzung) ab. Aus Gründen der Datenkonsistenz weisen die folgenden Tabellen die SAP-Werte aus.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Plan / Ansatz 2013	Vortrag 2012 auf 2013	apl/üpl 2013	Sperre 2013	Plan fortg. ⁵ 2013	Vortrag 2013 auf 2014	Plan fortg. bereinigt ⁶ 2013
10 ordentliche Erträge	-932.263		-2.472	-872	-933.863		-933.863
19 ordentlicher Aufwand	1.005.736	37.165	19.699	20.692	1.041.908	17.999	1.023.909
20 Verwaltungsergebnis	73.473	37.165	17.226	19.820	108.045	17.999	90.046
21 Finanzerträge	-36.418			139	-36.557		-36.557
22 Zinsen und sonstige Finanzaufw.	22.119				22.119		22.119
23 Finanzergebnis	-14.300			139	-14.439		-14.439
24 ordentliches Ergebnis	59.173	37.165	17.226	19.960	93.606	17.999	75.607
25 außerordentliche Erträge				235	235		235
26 außerordentliche Aufwendungen							
27 außerordentliches Ergebnis				235	235		235
28 Jahresergebnis	59.173	37.165	17.226	20.195	93.371	17.999	75.372

Die im fortgeschriebenen Plan enthaltenen Werte sind um die nach 2014 übertragenen Ansätze (Vortrag) zu bereinigen, da diese Mittel dem Haushalt 2013 durch die Übertragung nach 2014 wieder entzogen werden. Die Plandaten wurden mit Datenstand vom 26.06.2014 ausgewertet. Es ist nicht auszuschließen, dass nach diesem Termin noch Budgetumsetzungen erfolgten.

⁵ = Haushaltsansatz 2013 (gem. Satzung) + Budgetüberleitungen 2012 nach 2013 (Vorträge)
+ außer- / überplanmäßige Plananpassungen (apl/üpl) - Haushaltssperren (Sperre)

⁶ = Haushaltsansatz 2013 (gem. Satzung) + Budgetüberleitungen 2012 nach 2013 (Vorträge)
+ außer- / überplanmäßige Plananpassungen (apl/üpl) - Haushaltssperren (Sperre)
- Budgetüberleitungen 2013 nach 2014 (Vorträge)

Jahresabschluss 2013

2.5 Ergebnissituation

2.5.1 Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
Privatrechtliche Leistungsentgelte	-13.741	-12.983	-14.351	-13.995	-14.568
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-33.112	-33.188	-33.303	-36.247	-37.400
Kostenerstattungen und -erstattungen	-17.575	-17.517	-16.935	-17.445	-17.386
Bestandsveränder. / andere aktiv. Eigenleist.	-2.208	-2.124	-1.688	-1.269	-1.192
Steuern und steuerähnliche Erträge	-384.151	-423.357	-403.307	-480.989	-554.951
Erträge aus Transferleistungen	-160.947	-162.227	-164.873	-163.468	-161.890
Erträge aus Zuweisungen / Zuschüssen	-160.450	-151.163	-157.420	-188.479	-201.708
Erträge aus der Auflösung von SoPos	-10.957	-11.336	-12.526	-14.522	-16.166
sonstige ordentliche Erträge	-57.877	-40.115	-35.001	-32.925	-33.907
ordentliche Erträge	-841.018	-854.010	-839.405	-949.338	-1.039.169
Personalaufwendungen	181.095	185.069	190.970	195.466	204.369
Versorgungsaufwendungen	38.231	30.419	29.470	28.535	45.821
Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	121.229	139.118	135.225	138.650	144.128
Abschreibungen	52.324	54.790	56.057	66.100	62.311
Zuweisungen, Zuschüsse, bes. Finanzausgaben	24.733	21.184	21.762	20.274	20.255
Steueraufw. u. Aufw. gesetzl. Umlageverp	81.679	94.576	93.921	98.062	115.202
Transferaufwendungen	384.975	391.935	387.566	399.509	421.286
sonstige ordentliche Aufwendungen	21.183	642	699	1.961	3.468
ordentliche Aufwendungen	905.448	917.733	915.672	948.557	1.016.839
Verwaltungsergebnis	64.430	63.723	76.266	-781	-22.329
Finanzerträge	-23.720	-31.111	-42.439	-40.613	-35.841
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18.544	18.534	22.207	20.442	18.321
Finanzergebnis	-5.176	-12.577	-20.232	-20.172	-17.521
ordentliches Ergebnis	59.254	51.146	56.035	-20.953	-39.850
außerordentliche Erträge	-1.715	-1.804	-12.287	-6.310	-18.343
außerordentliche Aufwendungen	13.456	4.527	5.600	8.115	30.626
außerordentliches Ergebnis	11.741	2.723	-6.687	1.806	12.283
Jahresergebnis	70.994	53.869	49.348	-19.147	-27.567

Jahresergebnis:

Im zweiten Jahr in Folge liegt das Jahresergebnis mit 27.567 Tsd. € im positivem Bereich. Dies bedeutet eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr von 8.420 Tsd. €.

Ordentliches Ergebnis / Verwaltungsergebnis:

Der Haushaltsausgleich konnte mit einem Überschuss im ordentlichen Ergebnis in Höhe von - 39.850 Tsd. € erreicht werden. Ein Teil des Überschusses wird zum Ausgleich des außerordentlichen Ergebnisses (12.283 Tsd. €) verwendet, sodass lediglich der verbleibende Rest (-27.567 Tsd. €) der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt wird. Trotz allen positiven Entwicklungen durch gestiegene Steuererträge wirken Gesetze zur Leistungsausweitung, wie etwa der Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder zwischen einem und drei Jahren, hemmend auf die dauerhafte Erholung des kommunalen Haushalts.

	2009	2010	2011	2012	2013
Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad	93,59%	94,54%	94,02%	102,16%	103,85%

In den Vorjahren bis 2008 war es möglich, Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen wie außerordentlichen Ergebnisses zu bilden, welche die entstandenen Jahresfehlbeträge ausgleichen konnten. In den Jahren 2012 und 2013 können die Rücklagen wieder angefüllt werden.

Ordentliche Erträge:

In der Entwicklung der Ertragssituation spielen die Schwankungen der **Gewerbsteuererträge** eine bedeutende Rolle. Die Zeitreihe zeigt das Wiederansteigen seit der Finanzkrise. In den aktuellen Steuererträgen ist allerdings ein Einmaleffekt (Gewerbsteuer ca. 50.000 Tsd. € Einmaleffekt, 318.620 Tsd. € insgesamt) enthalten, der in den Folgejahren nicht zu realisieren sein wird.

Dies zeigt auch die Entwicklung der Steuerquote im Zeitvergleich:

	2009	2010	2011	2012	2013
Steuerquote	45,68%	49,57%	48,05%	50,67%	53,40%

Die Steuerquote ist im Verhältnis zu den übrigen Ertragsarten zu sehen. Da auch die Mittelzuweisung aus dem kommunalen Finanzausgleich zeitverzögert steigt bzw. fällt, schwankt die Kennzahl nicht so stark, wie vielleicht erwartet.

Die **Transfererträge** stiegen in den Krisenjahren aufgrund der Erstattungen aus der Funktion der Landeshauptstadt Wiesbaden als Optionskommune und sinken nunmehr leicht aufgrund der Leistungsbeteiligung des Bundes an der Eingliederung Arbeitssuchender. Dieser Posten schwankt abrechnungsbedingt. In den folgenden Jahren werden zusätzliche Transfererträge aus der stufenweisen Übernahme der Kosten der Grundsicherung (SGB XII Kap. 3) und der Zahlungen des Landes Hessen aus den Ausgleichszahlungen nach dem Konnexitätsprinzip für die gestiegene Personalausstattung im Bereich Kinderbetreuung⁷ erwartet. Im Bereich „Hilfe zur Pflege stationär“ sinken die Erträge um ca. 2.400 Tsd. € durch ein geändertes Abrechnungsverfahren, allerdings sinken dadurch auch die entsprechenden Aufwendungen.

Im Bereich **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen** zeigen sich die Schwankungen aus den **Schlüsselzuweisungen**, die mit der Steuerkraft der Kommunen korrelieren. Die Schlüsselzuweisung fiel im Jahr 2013 ca. 4.170 Tsd. € niedriger als im Jahr 2012 aus.

⁷ Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder (MVO)

Jahresabschluss 2013

Bezogen auf alle Kommunen des Landes Hessen kürzte das Hessische Ministerium der Finanzen die Zuweisungen an die kommunale Familie ab dem Jahr 2011 um insgesamt 358,6 Mio. €. Der Betrag setzt sich wie folgt zusammen aus Streichungen des Anteils der Grunderwerbsteuer (-160 Mio. €), der Ersatzleistungen des Bundes für KFZ-Steuer (-159 Mio. €) und der Gewerbesteuerumlage (-39,6 Mio. €). Tendenziell werden die Schlüsselzuweisungen und damit die Zuweisungen insgesamt analog zu den steigenden Steuererträgen in den Folgejahren sinken.

Vor dem Hintergrund, dass die Gewerbesteuererträge im Jahr 2009 deutlich rückläufig waren, die Schlüsselzuweisungen aber nahezu konstant, ergibt sich der vergleichsweise hohe Wert der Zuwendungsquote im Jahr 2009.

	2009	2010	2011	2012	2013
Zuwendungsquote	19,08%	17,70%	18,75%	19,85%	19,41%

In 2010 ergab sich der gegenläufige Effekt (Steigerung der Erträge aus Gewerbesteuer um 45.414 Tsd. € im Vergleich zu einem Rückgang der Schlüsselzuweisungen um 20.029 Tsd. €), sodass die Zuwendungsquote wieder sank.

Durch die niedrige Steuerkraft im Bemessungszeitraum (2. Halbjahr 2010 und 1. Halbjahr 2011) erhielt die Landeshauptstadt Wiesbaden im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr wiederum höhere Schlüsselzuweisungen (127.463 Tsd. €), die aktuell aufgrund der gestiegenen Steuerkraft wieder sinken (4.170 Tsd. €, s. o.).

Positiv wirkt sich auch die Kostenübernahme des Bundes an den Leistungen zu Kap. 4⁸ des 12. Sozialgesetzbuchs aus (+12.642 Tsd. € gegenüber 2012, Sachkonto 592032 „Vom Land überlassene Verwaltungskosten“).

Die gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegenen Erträge im Bereich **Sonstige ordentliche Erträge** resultieren hauptsächlich aus betrieblichen periodenfremden Erträgen und anderen sonstigen betrieblichen Erträgen. Der erkennbare Einbruch seit dem Jahr 2010 ergibt sich hauptsächlich aufgrund des gebuchten Verwaltungskostenanteils AKK, der im Jahr 2010 ergebnisneutral und ab 2011 nur noch über die Kosten- und Leistungsrechnung und damit nicht mehr im Hauptbuch gebucht wird.

Ordentliche Aufwendungen:

Mit einem Anteil von knapp einem Viertel der ordentlichen Aufwendungen und der Finanzaufwendungen fallen die Personalaufwendungen entsprechend der personalintensiven Arbeit eines Dienstleisters deutlich ins Gewicht.

	2009	2010	2011	2012	2013
Personalaufwandsquote	24,22%	23,48%	24,07%	23,61%	24,60%

⁸ Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Die Entwicklung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) stellt sich wie folgt dar:

	VZÄ	davon Kinder- betreuung	Schulsozial- arbeit	Sozialdienst	SGB II	Sonstige
Stand 31.12.2012	3.551,51	554,98	93,35	125,91	279,00	2.498,27
Stand 31.12.2013	3.643,17	590,03	91,51	135,91	292,57	2.533,15
Differenz	91,66	35,05	-1,84	10,00	13,57	34,88

Der Ausbau der Kinderbetreuung führt zu einem Zuwachs von 35,05 VZÄ. Zur Kinderbetreuung zählen im weiteren Sinn die Schulsozialarbeit (Ausbau Nachmittagsbetreuung) und der Sozialdienst (Verhinderung Kindeswohlgefährdung). Für den Bereich SGB II ist die Teilrefinanzierung sichergestellt (Optionskommune).

In den Bereich „Sonstige“ fällt das politische Schwerpunktthema „Sicherheit und Sauberkeit“ im Dezernat für Ordnung, Bürgerservice und Grünflächen; hier Dezernat VII/ Amt 31 mit 22,98 VZÄ. Für diesen Personaleinsatz fand eine Refinanzierung durch den Eigenbetrieb ELW statt.

Damit verbleibt ein Zuwachs von 11,9 VZÄ in den übrigen städtischen Bereichen. Davon sind 8 Vollzeitbeschäftigte und 10 Teilzeitbeschäftigte durch Erträge refinanziert (11,92 Vollzeitäquivalente).

Darüber hinaus sind Veränderungen der Personalaufwendungen durch Tarifierhöhungen und Erhöhungen der Beamtenbezüge festzustellen.

Vergleiche mit anderen kreisfreien Städten zeigen die Werte Wiesbadens am unteren Rand der Bandbreite⁹.

Zu berücksichtigen ist im Rahmen eines Gemeindevergleichs auch der Grad der Auslagerung von kommunalen Aufgaben auf städtische Gesellschaften sowie private Träger. Eine Eigenwahrnehmung der sehr personalintensiven Kinderbetreuung im Gegensatz zu den bezuschussten Kindertagesstätten in freier Trägerschaft bedingt eine höhere Personalaufwandsquote, ohne in der Regel das Leistungsgefüge gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die Aufgabenstruktur und auch die Aufwände als solche zu verändern.

Relativ starke Schwankungen sind im Bereich **Versorgungsaufwendungen** zu erkennen. Die Ursache liegt hauptsächlich in den sich jährlich ändernden Grundlagen für die Bildung der Pensionsrückstellungen. Zu den Gründen zählen beispielsweise geänderte Sterbetafeln, Änderungen der Besoldung und das auf 67 Jahre heraufgesetzte Pensionsalter.

Das Sinken des Wertes im Jahr 2010 resultiert hauptsächlich aus den niedrigeren Zuführungen zu Pensionsrückstellungen aufgrund der Anhebung des Pensionsalters der Beamten auf 67 Jahre, sowie moderaten Steigerungsraten der Bezüge. Im Jahr 2013 stiegen diese unter anderem aufgrund der Berücksichtigung des Besoldungsanpassungsgesetzes 2013/2014 um 16.449 Tsd. € auf insgesamt 21.975 Tsd. € gegenüber dem Vorjahr. Darüber hinaus sind die Pensionsrückstellungen beeinflusst durch die Anzahl der Ein- und Austritte.

Für die Landeshauptstadt Wiesbaden ist zudem zu beachten, dass die kommunale Arbeitsvermittlung (SGB II) im Optionsmodell mit eigenem Personal erfolgt und somit auf die Kennzahl einwirkt.

⁹ siehe auch: IHK für die Pfalz, Haushaltsanalyse 2013, Ludwigshafen, 2013

Jahresabschluss 2013

Die mit der Übernahme der Aufgabe der kommunalen Arbeitsvermittlung verbundenen Personalkosten werden weitgehend durch Kostenerstattungen des Bundes (Transfererträge) gedeckt.

Die Position **Sach- und Dienstleistungen** ist stark beeinflusst durch die Instandhaltungsaufwendungen. Zum einen wurde ab 2009 das Verfahren zur Buchung der Instandhaltungsaufwendungen auf eine kontenscharfe Abrechnung umgestellt. Dies führt zu einer Verteilung der Instandhaltungsaufwendungen über mehrere Positionen. Zum anderen erfuhr der Prozess zur Bildung von Instandhaltungsrückstellungen mit dem Jahr 2009 zwei Änderungen. Die Instandhaltungsrückstellungen wurden von 2010 bis 2012 nicht mehr pauschal durch Budgetreste, sondern über ein differenziertes Meldeverfahren der bauausführenden Ämter ermittelt. Dies führt in der Summe zu deutlich geringeren Instandhaltungsrückstellungen und zu dem Effekt deutlich geringerer Sach- und Dienstleistungsaufwendungen im Jahr 2009, verursacht durch die Auflösung der Instandhaltungsrückstellungen des Vorjahres. Aus Gründen der Praktikabilität wurde das Verfahren ab dem Jahresabschluss 2013 erneut geändert. Auf Basis der Rückstellungshöhe des letzten Jahres wird ein Quotient von 3,5% der Instandhaltungsaufwendungen als Grundlage für die Bildung der Instandhaltungsrückstellung festgelegt.

Die **Abschreibungen** sanken gegenüber dem Vorjahr um 3.789 Tsd. €, hauptsächlich verursacht durch geringere (- 4.837 Tsd. €) Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände.

Im Bereich **Zuweisungen und Zuschüsse** sind die Zuweisungen an verbundene Unternehmen enthalten. Diese bleiben in den vergangenen Jahren relativ konstant.

Die **Steueraufwendungen**, hier insbesondere die **Gewerbesteuerumlage** (+ 14.694 Tsd. €), zeigen aufgrund der guten Konjunkturlage weiter steigende Tendenz.

Eine relativ starke Zunahme erfährt auch der Bereich **Transferaufwendungen**. Dies wird auch tendenziell so bleiben, da ein Teil der neu zu schaffenden Betreuungsplätze (Krippe) durch Zuschüsse an freie Träger finanziert wird. Der vollständige Ausbau wird erst in einigen Jahren abgeschlossen sein. Daneben steigen in der Folge mit den Platzzahlen auch die Beitragszuschüsse. Auch die Transferzahlungen zur Grundsicherung im Alter steigen tendenziell an. Diese Kosten (SGB XII Kap. 4) werden stufenweise im Rahmen der Entlastung durch den Bund voll übernommen. Im Jahr 2013 betrug die Quote 75%.

Die sinkenden Aufwendungen im Bereich **Sonstige Aufwendungen** ergeben sich hauptsächlich aufgrund des gebuchten Verwaltungskostenanteils AKK, der ab 2010 nur noch ergebnisneutral und ab 2011 nur noch über die Kosten- und Leistungsrechnung und damit nicht mehr im Hauptbuch gebucht wird.

Finanzergebnis:

Das Finanzergebnis weist einen Überschuss in Höhe von 17.521 € (-2.651 Tsd. € gegenüber 2012) auf. Hauptursache für den gesunkenen Überschuss sind geringere Zinserträge (Nachzahlungszinsen -5.035 Tsd. €).

Das generelle Anwachsen des Finanzergebnisses innerhalb der vergangenen fünf Jahre gründet hauptsächlich auf stärkeren Gewinnabführungen verbundener Unternehmen, Bürgschaftsprovisionen und Zinsen aus Betriebsmittelkrediten an verbundene Unternehmen. Aufgrund der aktuellen Niedrigzinsphase sinken allerdings die Zinserträge. So sanken die Zinsen auf Wertpapiere von 2011 (6,228 Mio. EUR) nach 2012 und 2013 (2,149 Mio. EUR) um 4,079 Mio. EUR. Der Grund liegt

im Wegfall zweier Papiere zum Ende 2011 wegen Fälligkeit und Kündigung. Die vormals gute Verzinsung kann ohne deutlich höheres Verlustrisiko derzeit nicht erreicht werden.

Durch den im Bundesvergleich niedrigen Schuldenstand (mit und ohne Sonderkonjunkturprogramm) und die derzeit günstigen Bedingungen zur Refinanzierung fällt das Verhältnis von Zinsaufwendungen zu den ordentlichen und Finanzaufwendungen (Zinslastquote) günstig aus. Der Zeitreihenvergleich zeigt ein leichtes Ansteigen durch das Sonderkonjunkturprogramm. Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr fällt die Quote niedriger aus, da dem gesunkenen Zinsaufwand (Erstattungszinsen Gewerbesteuer -1.764 Tsd. € gegenüber dem Vorjahr) ein gestiegener ordentlicher Aufwand gegenübersteht.

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Zinslastquote	2,89% ¹⁰	2,05%	2,02%	2,43%	2,16%	1,80%

Außerordentliches Ergebnis:

Für das Jahr 2013 wurden 18.343 Tsd. € an außerordentlichen Erträgen erzielt. Auf der Ertragsseite ist das Ergebnis - auch im Zeitvergleich - stark beeinflusst von Anlagenabgängen, insbesondere von Grundstücken, die projektbezogen nicht gleichmäßig anfallen. Die außerordentlichen Aufwendungen (30.326 Tsd. €) enthalten hauptsächlich Aufwendungen aus Anlagenabgängen unter dem Buchwert und Wertkorrekturen im Finanzanlagevermögen. Im Jahr 2013 wurden die außerordentlichen Aufwendungen durch die Übernahme des Verlustes 2009 (2.407 Tsd. €) von mattiaqua und der Bildung einer Rückstellung für die drohende Verlustübernahme der TriWiCon (8.000 Tsd. €) infolge des Abrisses der Rhein-Main-Hallen im Jahr 2014 beeinflusst. Aufgrund des Charakters fällt das außerordentliche Ergebnis im Zeitreihenvergleich unterschiedlich aus. Der Fehlbetrag 2013 im außerordentlichen Ergebnis beträgt 12.283 Tsd. €.

2.5.2 Die Ergebnislage der Landeshauptstadt Wiesbaden im Plan¹¹-Ist Vergleich

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	2013			2012		
	akt. Plan EUR	Ist EUR	Differenz EUR	akt. Plan EUR	Ist EUR	Differenz EUR
10 ordentliche Erträge	-933.863	-1.039.169	105.305	-908.007	-949.338	41.331
19 ordentlicher Aufwand	1.004.743	1.016.839	-12.097	981.096	948.557	32.539
20 Verwaltungsergebnis	70.879	-22.329	93.208	73.089	-781	73.871
21 Finanzerträge	-36.557	-35.841	-716	-36.419	-40.613	4.194
22 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	22.119	18.321	3.798	20.967	20.442	525
23 Finanzergebnis	-14.439	-17.521	3.082	-15.453	-20.172	4.719
24 ordentliches Ergebnis	56.440	-39.850	96.290	57.637	-20.953	78.590
25 außerordentliche Erträge	-235	-18.343	18.108		-6.310	6.310
26 außerordentliche Aufwendungen		30.626	-30.626		8.115	-8.115
27 außerordentliches Ergebnis	-235	12.283	-12.518		1.806	-1.806
28 Jahresergebnis	56.205	-27.567	83.772	57.637	-19.147	76.784

¹⁰ Die höhere Zinslastquote im Jahr 2008 resultiert hauptsächlich aus einer unterbliebenen Abgrenzungsbuchung.

¹¹ Zum aktualisierten Planwert zählen der Ansatz, über- und außerplanmäßige Zusetzungen, sowie Sperrn

Jahresabschluss 2013

Das Haushaltsjahr 2013 schloss mit einem Jahresüberschuss von 27.567 Tsd. €, der Betrag wird zum 01.01.2014 der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Gegenüber dem fortgeschriebenen Haushaltsplan von 2013, der einen Jahresfehlbedarf in Höhe von 56.205 Tsd. € vorsah, ergab sich eine Verbesserung in Höhe von 83.772 Tsd. €. Die positive Abweichung des Jahresfehlbedarfs gegenüber der Planung resultierte insbesondere aus höheren Steuererträgen (+81.980 Tsd. €) und höheren sonstigen ordentlichen Erträgen (+9.562 Tsd. €). Die höheren sonstigen ordentlichen Erträge beruhten insbesondere auf ungeplanten Erträgen aus Auflösung von Wertberichtigungen (+4.991 Tsd. €) und aus der ertragswirksamen Auflösung der sonstigen Verbindlichkeiten aus der Fehlbelegungsabgabe (+2.873 Tsd. €).

Insgesamt ist für die ordentlichen Aufwendungen eine Überschreitung gegenüber dem Plan in Höhe von 12.097 Tsd. € festzustellen.

Der Personalaufwand inklusive Versorgung zeigt eine Überschreitung in Höhe von 3.379 Tsd. €, wobei die Personalaufwendungen ohne Versorgung Überschreitung von 7.481 Tsd. aufweisen.

Im Bereich Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wurden Mittel in Höhe von 34.396 Tsd. € global veranschlagt, die jedoch nicht benötigt wurden.

Die Abschreibungen weisen eine Überschreitung in Höhe von 12.269 Tsd. € aus, zu einem bedeutsamen Teil (10.285 Tsd. €) verursacht durch ungeplante pauschale Einzelwertberichtigungen und unbefristete Niederschlagungen.

Die gegenüber der Planung niedrigeren Finanzerträge in Höhe von 716 Tsd. € resultieren aus einer Vielzahl von positiven und negativen Positionen, insbesondere Nachzahlungszinsen (-1.865 Tsd. €), Zinsen festverzinslicher Wertpapiere (-1.449 Tsd. €) und Bankzinsen Termingeld (+1.510 Tsd. €).

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen werden aufgrund ihres Charakters nicht geplant. Weitere Ausführungen zum Außerordentlichen Ergebnis sind dem Kapitel Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre zu entnehmen.

2.6 Erläuterung der Plan-Ist-Abweichungen in den Dezernaten einschließlich bedeutsamer Investitionen, Aufgabenschwerpunkte

Im Folgenden werden die Plan-Ist-Abweichungen bezogen auf die Teilergebnishaushalte der Dezernate erläutert. Hierbei ist zu beachten, dass die Planzahlen die fortgeschriebenen Haushaltsansätze betreffen.

Für den Jahresabschluss 2013 hatte die organisatorische Neuordnung der Dezernate nach dem Amtswechsel des Oberbürgermeisters Auswirkungen auf die Teilergebnisrechnungen der Dezernate I, II, III und VI im Vergleich zum Vorjahr. Die Vorjahreswerte entsprechen denen der den jeweiligen Dezernaten aktuell zugehörigen Profitcentern und sind daher nicht mehr unmittelbar mit den jeweiligen Teilergebnissen im Jahresabschluss 2012 vergleichbar.

- Das Amt des Oberbürgermeisters hat zum 02.07.2013 Herr Sven Gerich übernommen.
- Gleichzeitig übt der Oberbürgermeister die Funktion des Stadtkämmerers seitdem nicht mehr in Personalunion aus. Neuer Finanzdezernent ist seit Juli lt. Beschluss Nr. 0661 des Magistrates vom 02.07.2013 Herr Axel Imholz.
- Der Sozialbereich wurde - ebenfalls durch Mag.-Beschluss Nr. 0061 - dem Dezernat des Bürgermeisters, Herrn Arno Goßmann zugeordnet.

Die Veränderungen auf Ämterebene im Einzelnen:

Ämter	Von Dezernat	Zu Dezernat
20 Kämmerei	I	VI
37 Feuerwehr	III	I
39 Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz	II	VI
51 Amt für Soziale Arbeit	VI	II
53 Gesundheitsamt	II	VI

Die Tabellen für die wichtigen Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen wurden aus dem Investitionscontrolling der Landeshauptstadt Wiesbaden (Datenstand: 4. Quartal 2013) generiert¹² und auf den Stand nach Buchungsende aktualisiert.

¹² Die Auswahl der Maßnahmen erfolgte durch Benennung durch die Dezernate im Rahmen des Investitionscontrollings zu Jahresbeginn.

Jahresabschluss 2013

2.6.1 Dezernat I

Hauptamt, Amt für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Revisionsamt, Amt der Stadtverordnetenversammlung, Feuerwehr, Sportamt, Referat Kommunale Frauenbeauftragte

Handlungsfelder

Zu den Handlungsfeldern des Dezernates zählen der Betrieb von Bürgerhäusern, die Sicherstellung von Dienstleistungen in den Ortsverwaltungen, die Durchführung von protokollarisch wichtigen Veranstaltungen der Landeshauptstadt Wiesbaden, die Sportförderung in Form von Bezuschussung von sportlichen Veranstaltungen sowie Gewährung von Zuschüssen für vereinseigene Sportanlagen, der Betrieb von Sporthallen und Sportanlagen und die Gewährleistung eines funktionierenden Feuerwehrwesens.

Ziele im Haushaltsjahr

Die Hauptzielbereiche lagen in der kontinuierlichen Verbesserung der Bausubstanz im Bereich der Bürgerhäuser und Sportanlagen, sowie die gleichbleibend hohe Förderung im Sportbereich trotz des Dezernentenwechsels.

Grad der Zielerreichung

Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte wurden durch ein Sofortprogramm dringend notwendige Instandhaltungsmaßnahmen im Haupt- und Sportamt angestoßen. Im Bereich der Sportförderung ist gleich bleibende Kontinuität seit dem Wechsel des Oberbürgermeisters festzustellen.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2012 EUR	Fortgeschriebener Plan 2013 EUR	Ergebnis 2013 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-3.729	-4.177	-4.315
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	60.634	62.379	63.129
20 Verwaltungsergebnis	56.904	58.201	58.814
21 Finanzerträge			
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen			5
23 Finanzergebnis			5
24 Ordentliches Ergebnis	56.904	58.201	58.819
25 Außerordentliche Erträge	-203		-48
26 Außerordentliche Aufwendungen	103		144
27 Außerordentliches Ergebnis	-100		96
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	56.804	58.201	58.915
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-9.281	-12.501	-10.835
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	47.523	45.700	48.080

Das Teilergebnis des Dezernates I vor interner Leistungsverrechnung differiert um 713 Tsd. € gegenüber dem fortgeschriebenen Planansatz. Insgesamt weichen die ordentlichen Aufwendungen nur um 750 Tsd. € vom Planansatz ab. Geringe Schwankungen ergaben sich bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (-768 Tsd. €), den Abschreibungen (+750 Tsd. €) aufgrund der Aktivierung von investiven Beschaffungen, die sich bedingt durch die vorläufigen Haushaltsführung von 2012 nach 2013 verlagert haben, sowie den Transferaufwendungen/ Zuschüssen aus der Auszahlung von Ortsbeiratsmitteln an Vereine (+483 Tsd. €).

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats

(Darstellung in T€)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ¹³	Ausgaben bis 2013	Istausgaben 2013	Noch verfügbar / Rest 2013 ¹⁴
I.01701 I.03413	52 Platz der Dt. Einheit	53.262	1.090	493	20.439
Der Sporthallen-Gewerbekomplex wird voraussichtlich im Mai 2014 fertiggestellt.					
I.02628	10 Sanierung Bürgerhaus Erbenheim	2.156	1.558	427	170
Der dritte und letzte Bauabschnitt der Generalsanierung Bürgerhaus Erbenheim ist bis auf Restarbeiten abgeschlossen.					
I.03499	10 BGH Naurod Generalsanierung	1.955	15	406	0
Der 1. und 2. Bauabschnitt wurde in 2013 mit der Dachsanierung und dem Anbau an das Forum durchgeführt. Mit dem 3. und 4. Bauabschnitt soll im Sommer 2014 begonnen werden, die Ausführungsvorlage befindet sich bereits im Geschäftsgang					
I.03590	Sportplatz Rheinhöhe Neubau Kunstrasen	1.000	3	706	290
Die Maßnahme ist in vollem Gange und wird 2014 abgeschlossen.					
I.03542	NW-Sportanlage Neubau Kunstrasen	800	0	593	207
Die Maßnahme ist in vollem Gange und wird 2014 abgeschlossen.					

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2014

Das Jahr 2014 wird weiterhin geprägt sein von großen Baumaßnahmen im Bereich der Bürgerhäuser und Sportstätten. Dazu gehören u.a. der geplante Beginn der Neubauten Bürgerhaus Medenbach und Dotzheim sowie die Fortführung der Generalsanierungen Forum Naurod und Sporthalle Wettiner Straße. Gleichzeitig erfolgt eine weiterhin hohe Bezuschussung von Sportvereinen sowohl für Projekte als auch für Baumaßnahmen. Außerdem sind auch im Bereich Feuerwehr immer wieder Maßnahmen anzustoßen, die die Leistungsfähigkeit des Brandschutzes und der feuerwehrlichen Versorgung sicherstellen.

¹³ Die Darstellung der Gesamtmaßnahme bezieht sich auf die in SAP verfügbaren Mittel, evt. weitergehende Beschlussfassungen bleiben hier unberücksichtigt.

¹⁴ Die Angabe bezieht sich ausschließlich auf die Restmittel 2013. Ansätze der Folgejahre sind nicht berücksichtigt.

Jahresabschluss 2013

2.6.2 Dezernat II

Rechtsamt, Umweltamt, Amt für Soziale Arbeit

Handlungsfelder

Im Bereich Umweltamt wurden zahlreiche zentrale Projekte maßgeblich vorangetrieben. Diese beschäftigten sich u.a. mit der Fertigstellung des 1. Bauabschnitts des Hochwasserschutzes in Sonnenberg, der Erarbeitung einer Risikoanalyse bezüglich der Überflüge des Infraseriv-Geländes, der Weiterführung der Planung zur Herausnahme von Wellritzbach und Kesselbach aus der Abwasserkanalisation sowie der Umsetzung der Ausgleichsfläche Kiesgrube Delkenheim. Ein weitere zentraler Bestandteil waren die Projekte zum Ausbau Erneuerbare Energien und die Öffentlichkeitsarbeit des Umweltamtes.

Ausbau Kinderbetreuung

Das strategische Ziel, den gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr zu erfüllen, wird durch den Ausbau der Kinderbetreuung weiterhin verfolgt. Insgesamt wurden bis zum Jahresende 2013 insgesamt 2.820 Betreuungsplätze U3 bei der Landeshauptstadt Wiesbaden, bzw. bei freien Trägern in Betrieb genommen. Für weitere 510 Plätze wurden die Ausbauentscheidungen getroffen. Diese befinden sich im Bau bzw. in Vorbereitung.

SGB II¹⁵

Das SGB II hat zwei wesentlich gesetzliche Aufgaben:

- 1) Erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und ihren Angehörigen durch die Grundsicherungsleistungen „... zu ermöglichen, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht“ (SGB II § 1 Abs. 1).
- 2) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte durch gezielte Dienst- und Sachleistungen bei der Aufnahme, Ausweitung oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit zu unterstützen.

Das kommunale Jobcenter im Amt für Soziale Arbeit hat im Dezember 2013

- 20.001 erwerbsfähige Leistungsberechtigte
- 29.438 Leistungsberechtigte - darunter
- 9.437 Sozialgeldbezieher
- in 14.740 Bedarfsgemeinschaften

gefördert. Diese Zahlen entsprechen weitgehend den Daten des Dezember 2012.

Das Leistungsgeschehen der kommunalen Jobcenter wird u.a. über Zielvereinbarungen mit dem Land Hessen und bundesweit geltenden Kennzahlen erfasst.

Bis Ende 2013 konnten 4.985 Personen in eine sozialversicherungspflichtige Arbeit, berufliche Ausbildung oder in Selbständigkeit integriert werden. Die Integrationsquote lag bei 24,1%. Die Nachhaltigkeit dieser Integrationen erreicht im Vergleich zu den Rhein-Main-Städten mit 63,2 % (gilt für September) aller Integrationen einen Spitzenwert. Auch der Langzeitbezug (> 24 Monate)

¹⁵ Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) - Grundsicherung für Arbeitssuchende

reduziert sich in Wiesbaden anders als in allen anderen Rhein-Main-Städten mit durchschnittlich 2,2% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2012 EUR	Fortgeschriebener Plan 2013 EUR	Ergebnis 2013 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-220.148	-207.566	-237.730
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	480.169	488.187	505.954
20 Verwaltungsergebnis	260.021	280.621	268.224
21 Finanzerträge	-18		-70
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	29		54
23 Finanzergebnis	10		-16
24 Ordentliches Ergebnis	260.032	280.621	268.208
25 Außerordentliche Erträge	-694	-226	-784
26 Außerordentliche Aufwendungen	1.020		2.513
27 Außerordentliches Ergebnis	326	-226	1.728
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	260.357	280.395	269.937
31 Ergebnis aus internen Leistungen	25.357	27.160	22.649
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	285.714	307.555	292.585

Die Abweichungen im Bereich ordentliche Erträge resultieren aus der nicht bei Dezernat II, sondern im Bereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ veranschlagten (24.000 Tsd. €) aber im Ist hier gebuchten (25.450 Tsd. €) Bundesbeteiligung an den Kosten des SGB XII/Kapitel 4 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung¹⁶, einer Einmalerstattung im Bereich Kindertagesstätten (3.687 Tsd. €) und der Umstellung vom Brutto- auf das Nettoprinzip im Bereich der stationären Hilfe zur Pflege (dieses führt allerdings gleichzeitig zu erhöhtem Aufwand in ähnlicher Höhe).

Die Abweichung des ordentlichen Aufwands resultiert unter anderem aus der Pauschalen Einzelwertberichtigung für den Kassenkredit des Simeonhauses mit 3.100 Tsd. €. Daneben begründen sich die Abweichungen bei Amt 51 aus Fallzahl- und Kostensteigerungen im Bereich der ambulanten Hilfe zum Lebensunterhalt (+9.218 Tsd. €, SGB XII/ Kap. 3 und 4.). Des Weiteren schlägt die Umstellung vom Brutto- auf das Nettoprinzip im Bereich der stationären Hilfe zur Pflege zu Buche (dieses führt allerdings gleichzeitig zu erhöhtem Ertrag in ähnlicher Höhe- s. Erläuterung im Pkt. oben).

Die Abweichungen im außerordentlichen Ergebnis basieren auf Anlagenabgängen und Belastungen durch nichtaktivierungsfähige Kosten. Bei den Anlagenabgängen handelt es sich insbesondere um die Flurbereinigung Waldwiesen-West, welche erst in 2013 rechtskräftig umgesetzt wurde und den Abgang von 6 Häusern in der Pfälzer Straße.

¹⁶ Der Gesetzentwurf war bei der Haushaltplanaufstellung noch nicht in Kraft.

Jahresabschluss 2013

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats

(Darstellung in Tausend Euro)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ¹⁷	Ausgaben vor 2013	Istausgaben 2013	Noch verfügbar / Rest 2013 ¹⁸
I.01585.200	51 Ersatzneubau Kita Schlangenbader Str.	2.886	631	2.016	219
Baumaßnahme ist abgeschlossen, Restbudget wird für weitere Baumaßnahmen im Rahmen des Ausbaus von u3 Plätzen verwendet, sofern keine Abschlussrechnungen mehr anstehen.					
I.03573.212	51 Neubau der Kita Wörther-See-Straße	872	17	855	0
Derzeit steht der Rohbau: EG und OG stehen, Dach ist dicht; das Budget steht im Rahmen des Ausbaus von u3-Plätzen zur Verfügung					
I.01643.200	51 Erweiterung KT im Sampel	1.020	1.010	804	20
Baumaßnahme ist abgeschlossen, Restbudget wird für weitere Baumaßnahmen im Rahmen des Ausbaus von u3 Plätzen verwendet, sofern keine Abschlussrechnungen mehr anstehen.					
I.02618.200	51 KT Parkfeld Erweiterung um eine Krippengruppe	477	34	384	60
Baumaßnahme ist abgeschlossen, Restbudget wird für weitere Baumaßnahmen im Rahmen des Ausbaus von u3 Plätzen verwendet, sofern keine Abschlussrechnungen mehr anstehen.					
I.02084.210	51 Neubau Kleinkinderhaus St. Veiter Platz	1.959	76	1.481	402
Baumaßnahme ist abgeschlossen, Restbudget wird für weitere Baumaßnahmen im Rahmen des Ausbaus von u3 Plätzen verwendet, sofern keine Abschlussrechnungen mehr anstehen.					
I.00599	36 Hochwasserschutz Sonnenberg, 1. BA	4.179	3.310	334	536
Die Hoch-Wasser-Schutz (HWS)-Maßnahme 1. BA ist abgeschlossen. Die Abnahme der Bauhauptarbeiten erfolgte am 24.09.2013. Die Mängelbeseitigung ist noch nicht abschließend erfolgt. Es liegen noch nicht alle Schlussrechnungen vor.					
I.01455	36 Hochwasserlenkung Hofgartenplatz, 2. BA	1.890	124	36	380
Die Bauhauptmaßnahme ist vergeben. Die Vorarbeiten haben im Oktober 2013 begonnen. Die Bauhauptarbeiten sollen im Januar 2014 beginnen.					
I.02627	36 Kessel-/Wellritzbach Abtrennungs-Umsetzung	5.190	251	203	4.736
Sanierung/Neubau Spülleitung Strang Kesselbach ist beauftragt, Baubeginn Januar 2014. Der Vorentwurf der Freiraumplanung ist fertiggestellt. Die Entwurfs-/Ausführungsplanung wird mit Beteiligung der Betroffenen aufgestellt. Sukzessive Umsetzung ab 2015 geplant.					

¹⁷ Die Darstellung der Gesamtmaßnahme bezieht sich auf die in SAP verfügbaren Mittel, evtl. weitergehende Beschlussfassungen bleiben hier unberücksichtigt.

¹⁸ Die Angabe bezieht sich ausschließlich auf die Restmittel 2013. Ansätze im den Folgejahren sind nicht berücksichtigt.

2.6.3 Dezernat III

Personal- und Organisationsamt, Amt für Wirtschaft und Liegenschaften

Handlungsfelder

Neben der Betreuung des Eigenbetriebs TriWiCon bei der Vorbereitung des im Jahr 2014 geplanten Abrisses der Rhein- Main-Hallen bestanden die Aufgaben des Dezernats in der Ausführung der Personal- und Liegenschaftsverwaltung, sowie der Wirtschaftsförderung.

Einen besonderen Schwerpunkt bildeten Maßnahmen zur gezielten Flächenbevorratung. So wurden (z.B. Wolfsfeld Nord, Eichen, Hainweg) Grundstücke an- und verkauft, diverse Flächen weiterentwickelt (z. B. Hessenring) und es erfolgte die Vermietung und Verpachtungen von Grundstücken und Immobilien. Weiterhin wirkte das Amt für Wirtschaft und Liegenschaften aktiv an der Entwicklung neuer Wohnbauflächen - insb. Wolfsfeld Nord, Eichen, Hainweg - mit. Die als Kulturstandort wichtige „Walkmühle“ überführte die Stadt an die WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG und sicherte die Sanierung durch einen städtischen Zuschuss.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2012 EUR	Fortgeschriebener Plan 2013 EUR	Ergebnis 2013 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-13.054	-12.479	-13.684
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	32.459	31.535	33.525
20 Verwaltungsergebnis	19.405	19.057	19.840
21 Finanzerträge	-1		-24
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen			360
23 Finanzergebnis	-1		335
24 Ordentliches Ergebnis	19.404	19.057	20.175
25 Außerordentliche Erträge	-4.501		-4.683
26 Außerordentliche Aufwendungen	1.652		6.149
27 Außerordentliches Ergebnis	-2.849		1.466
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	16.556	19.057	21.642
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-13.383	-13.433	-12.219
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	3.173	5.624	9.423

Das Teilergebnis vor interner Leistungsverrechnung verschlechtert sich um 2.585 Tsd. € gegenüber dem fortgeschriebenen Plan. Hierzu trägt insbesondere das außerordentliche Ergebnis mit einem Minus von -1.466 Tsd. € bei, hauptsächlich verursacht durch Verluste aus der Veräußerung von Grundstücken. Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um 836 Tsd. € gegenüber dem Planwert. Verantwortlich hierfür ist u.a. eine Steuernachzahlung in Höhe von 958 Tsd. €.

Jahresabschluss 2013

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats

(Darstellung in Tausend Euro)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ¹⁹	Ausgaben vor 2013	Istausgaben 2013	Noch verfügbar / Rest 2013 ²⁰
I.00129 ²¹	Betriebliches Eingliederungsmanagement	13	0	13	0
Zur monatlichen Auswertung in Loga eingebunden.					
I.00129 ²²	Sepa Konvertor	13	0	13	0
Wurde zur Berechnung IBAN und BIC eingeführt.					
I.00133 ²³	Onlinebewerbungsverfahren	51	0	51	0
Erweiterung für eingehende Bewerbungen.					
I.02802	Invest. Zuschuss Walkmühle	4.000	0	1.000	3.000
Der Zuschuss wird der WIM in voller Höhe für die Sanierung der Walkmühle zur Verfügung gestellt. Der Mittelabfluss erfolgt gemäß Zuschussvertrag.					
I.03380	Beschaffung von AVA-Software	214	0	169	45
Das Projekt wird Anfang 2014 abgeschlossen und in den Regelbetrieb überführt.					
I.03414	Investitionszuschuss Neubau RMH	30.000	1.052	1.374	4.702
Für den Neubau der Rhein-Main-Hallen liegen das Finanzierungskonzept, das Rückbaukonzept für die Bestandshallen und der aktualisierte Rahmenzeitplan vor, das B-Plan-Verfahren ist eingeleitet. Den Neubau begleitet eine Kommunikationsagentur im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit.					
I.03907	Ausbildungshalle	39	0	39	0
Maßnahme ist abgeschlossen.					

¹⁹ Die Darstellung der Gesamtmaßnahme bezieht sich auf die in SAP verfügbaren Mittel, evt. weitergehende Beschlussfassungen bleiben hier unberücksichtigt.

²⁰ Die Angabe bezieht sich ausschließlich auf die Restmittel 2013. Ansätze im den Folgejahren sind nicht berücksichtigt.

²¹ Bei Position 1 und 2 handelt es sich um Teilmaßnahmen für Lizenzbeschaffungen des Beschaffungsprogramms I.00129 „11 Beschaffungen/Arbeitsmittel u.a. SG“. Es ist nicht das gesamte Projekt abgebildet.

²² Bei Position 1 und 2 handelt es sich um Teilmaßnahmen für Lizenzbeschaffungen des Beschaffungsprogramms I.00129 „11 Beschaffungen/Arbeitsmittel u.a. SG“. Es ist nicht das gesamte Projekt abgebildet.

²³ Bei Position 3 handelt es sich um Teilmaßnahmen für Lizenzbeschaffungen des Beschaffungsprogramms I.00133 1104 Beschaffungen“, Es ist nicht das gesamte Projekt abgebildet

2.6.4 Dezernat IV

Stadtplanungsamt, Bauaufsichtsamt, Hochbauamt, Tiefbau- und Vermessungsamt

Handlungsfelder:

Neben den klassischen Tätigkeiten im Hoch- und Tiefbau mit direktem Einfluss auf das Vermögen der LH Wiesbaden, erstrecken sich die Handlungsfelder vielfach auf Planungen und Rahmensetzungen im Bauplanungs- und Bauordnungsbereich, die generell das Leben in der Gemeinde in vielfältiger Weise gestalten und beeinflussen.

Hierzu gehörten im Geschäftsjahr:

- die Fortschreibung des Flächennutzungsplans und des Verkehrsentwicklungsplans,
- die soziale Bodenordnung,
- die Schaffung von Baurecht für den Neubau Rhein-Main-Hallen,
- die Gewährleistung wohnortnaher Versorgung in den Stadtteilen,
- der 4spurige Ausbau der Boelckestraße,
- das Wisek (Wiesbadener integriertes Stadtentwicklungskonzept),
- die Entlastung des innerstädtischen Verkehr,
- der Radverkehrsplan/ das Radverkehrsforum,
- die Stärkung des ÖPNV,
- die Entwicklung von Wohnbauland,
- die Fortführung des Entwicklungs- und Handlungskonzepts für den Stadtumbau Kostheim / Kastel,
- die Durchführung von Bauleit- und Baugenehmigungsverfahren für große und bedeutende Vorhaben,
- Neubau, Sanierung, Bauunterhaltung, Wartung, Energiemanagement und Reinigung der städtischen Gebäude,
- das Mietvertragsmanagement für die Verwaltungsgebäude,
- die Aufrechterhaltung der Mobilität und Gewährleistung der Verkehrssicherheit (Straßenzustandserfassung und -bewertung).

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2012 EUR	Fortgeschriebener Plan 2013 EUR	Ergebnis 2013 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-10.759	-15.265	-13.830
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	72.686	75.270	74.988
20 Verwaltungsergebnis	61.927	60.005	61.157
21 Finanzerträge			-2
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2		
23 Finanzergebnis	2		-2
24 Ordentliches Ergebnis	61.928	60.005	61.155
25 Außerordentliche Erträge	-265	-9	-247
26 Außerordentliche Aufwendungen	354		348
27 Außerordentliches Ergebnis	89	-9	101
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	62.018	59.996	61.256
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-11.111	-9.839	-11.499
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	50.906	50.156	49.757

Das Teilergebnis vor interner Leistungsverrechnung liegt um 1.261 Tsd. € über dem fortgeschriebenen Plan. Die Hauptursache liegt in fehlenden Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten.

Jahresabschluss 2013

Hier sind im Plan 1.517 Tsd. € berücksichtigt. Aufgrund Ziff. 3 der Hinweise zu § 38 der GemHVO wurde der Ist-Betrag dem Produktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ zugeordnet. Bereinigt um diesen Effekt, liegt das Ergebnis des Dezernats im Rahmen des Planwertes.

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats

(Darstellung in Tausend €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ²⁴	Ausgaben vor 2013	Istausgaben 2013	Noch verfügbar / Rest 2013 ²⁵
I.01845	Glarusstraße WI Investition	8.821	101	2.252	625
<p>Die Stadt Wiesbaden beabsichtigt zur innerstädtischen Verkehrsentslastung des Stadtteils Biebrich die vorhandene Glarusstraße (Kurfürstenstraße), die derzeit auf der Höhe der Straße „Am Rheinbahnhof“ endet, bis zur Breslauer Straße fortzuführen. Mit dem Bau der Glarusstraße entsteht eine wirkungsvolle Entlastung der Hauptverkehrsstraßen „Straße der Republik, Rathausstraße und Stettiner Straße“ in Biebrich. Weiterhin erhalten die Gewerbegebiete in Biebrich-Ost bzw. Amöneburg eine direkte Anbindung über den Amöneburger Kreisel an die A 671. Als Trennung zwischen der gewerblichen Nutzung und dem Wohnen entsteht ein breiter Grünzug auf den Flächen von InfraServ, der auch öffentlich nutzbar sein soll. Sowohl die Verfügbarkeit der Flächen von InfraServ, als auch die Herstellung des Grünzuges durch InfraServ sind gewährleistet. Diese Trennung wird wesentlich auch durch die Glarusstraße definiert.</p> <p>Die Umsetzung erfolgt in 3 Bauabschnitten im Zusammenhang mit der Förderung durch das Land Hessen. Der 1. Bauabschnitt (BA) ist zwischenzeitlich baulich abgeschlossen. Der 2. BA ist in der Bauausführung (Baubeginn 14.10.13) und soll im August 2014 fertiggestellt sein. Die Ausschreibung für den 3. BA soll im Okt. 2014 erfolgen, sodass mit dem Baubeginn voraussichtlich im März 2015 zu rechnen ist. Die vorbereitenden Arbeiten der Versorger für den 3. BA erfolgen in 2014.</p>					
I.03649	Hans-Römer-Platz WI Investition	800	0	128.	672
<p>Der Hans-Römer-Platz liegt direkt am Schiersteiner Hafen. Das Gebiet ist für Wiesbaden ein bedeutendes Naherholungsziel und wird daher vor allem in den Sommermonaten rege besucht. Die Neugestaltung des Hans-Römer-Platz stellt einen Lückenschluss zur neu gestalteten Uferpromenade im Osten und zur weiterführenden Promenade im Westen dar.</p> <p>Der Baubeginn war am 07.10.2013. Die Einweihung und feierliche Übergabe erfolgt am 09.05.2014.</p>					
I.00216/ I.03760	Straßenbel. Energiesparlampen WI Investition	1.437 1.550	0,00	534	1.016
<p>Die Landeshauptstadt Wiesbaden betreibt insgesamt etwa 25.250 Leuchten im gesamten Stadtgebiet, davon sind noch 6.740 HQL-Leuchten (Quecksilberdampfleuchten). Der Austausch durch Natriumdampf- und LED-Leuchten (in Anwohnerstraßen) bedeutet eine Energieeinsparung von ca. 1.100.000 kWh, was einer monetären Einsparung von etwa 170.000 € pro Jahr entspricht. Die Emissionseinsparung beträgt ca. 720.000 kg/CO₂ pro Jahr. Damit handelt es sich um eine hoch rentierliche Maßnahme, die den steigenden Energiekosten wirksam gegensteuert.</p> <p>Die Beauftragung erfolgt Zug um Zug entsprechend den Förderzusagen des ESWE Innovations- und Klimaschutzfonds.</p>					
I.01521	Söhnleinstraße	1.471	8	184	919
<p>Zur Sicherung des Wassergewinnungsgebietes Schierstein/Niederwalluf baut das Land Hessen (Abschnitt 1) die Söhnleinstraße (K 638 und K 648) auf einer Länge von insgesamt 1.660 m um. In diesem Zusammenhang wird auch der „INTRA-Knoten“ (Einmündung K 638 / K 648) zu einem Kreisverkehrs-</p>					

²⁴ Die Darstellung der Gesamtmaßnahme bezieht sich auf die in SAP verfügbaren Mittel, evt. weitergehende Beschlussfassungen bleiben hier unberücksichtigt.

²⁵ Die Angabe bezieht sich ausschließlich auf die Restmittel 2013. Ansätze im den Folgejahren sind nicht berücksichtigt.

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ²⁴	Ausgaben vor 2013	Istausgaben 2013	Noch verfügbar / Rest 2013 ²⁵
<p>platz umgestaltet und ein Geh- und Radweges zwischen Niederwalluf und Schierstein angelegt. Die vom Land Hessen durchzuführende Baumaßnahme endet unmittelbar an der Ortsdurchfahrtsgrenze. Zur Fortführung einer durchgehenden Radwegeverbindung von Walluf bis Schierstein wird deshalb ein kombinierter Geh- und Radweg von der Ortsdurchfahrtsgrenze bis zur Kleinaustraße ausgebaut (Abschnitt 2). Geplantes Bauende ist im September 2014.</p>					
I.02388	HWS Sonnenberg 2.BA	2.547	157	214	1.116
<p>Ausgehend von der Notwendigkeit der Verbesserung der Hochwassersituation in Sonnenberg bestand die einmalige Chance neben der Lösung für die Gewässerentwicklung und den Hochwasserschutz auch eine seit langem erwünschte und notwendige Neugestaltung des zentralen Sonnenberger Platzes umzusetzen. Die Umgestaltung und Aufweitung des Hofgartenplatzes ist eine große Verbesserung der Stadtgestaltung, der Sicherheit und Aufenthaltsqualität in diesem Bereich. Es wird ein Platzbereich geschaffen, der durch das offen verlaufende Gerinne des Rambach geprägt wird. Die zurzeit ungeordnete Stellplatz-situation wird durch eine geordnete, gestaltete Stellplatzanlage ersetzt. Die Ausschreibung erfolgt Ende 2014/Anfang 2015; die Bauausführung in 2015.</p>					
I.01507 ²⁶	FD Fahrbahndeckenprogramm Wi	1.415	entfällt	965	451
Kontinuierliche Abarbeitung der Maßnahmen.					

²⁶ Das Fahrbahndeckenprogramm wird auf Projekt I.01507 lediglich geplant. Die Ausführung erfolgt auf speziellen Ausführungsprojekten. Das Programm wird in der Investitionsprogrammposition „Z-04-IN-A-INV-P-DECK-WI“ zusammengefasst, die der Auswertung zu Grunde liegt.

Jahresabschluss 2013

2.6.5 Dezernat V

Amt für Zuwanderung und Integration, Schulamt, Kulturamt

Die wichtigsten Handlungsfelder des Dezernates gliedern sich folgt:

- Amt für Zuwanderung und Integration
 - Fortsetzung des Wiesbadener Weges im Bereich der Integration,
 - Umstrukturierung Ausländerbehörde.
- Schulamt
 - Sicherstellung eines geordneten Schulbetriebes,
 - Ausbau der Schulkinderbetreuung inkl. Übernahme der Hortplätze von Amt 51,
 - Sanierung der Schulgebäude,
 - Bereitstellung von ausreichendem Schulraum für die vorhandenen und die zukünftigen Bedarfe (neue Siedlungsgebiete, Zuzüge etc.).
- Kulturamt
 - Sicherstellung des kulturellen Angebotes und der kulturellen Vielfalt in Wiesbaden,
 - Vorbereitende Arbeiten die Zusammenlegung der Stadtbibliothek, der Musikbibliothek und des Medienzentrums in der Mauritiusgalerie.
- Dezernatsbüro
 - Schaffung eines Bildungsbüros,
 - Weiterentwicklung der Inklusion.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2012 EUR	Fortgeschriebener Plan 2013 EUR	Ergebnis 2013 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-17.431	-17.141	-16.453
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	89.924	92.784	95.748
20 Verwaltungsergebnis	72.493	75.643	79.295
21 Finanzerträge			-4
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen			3
23 Finanzergebnis			-1
24 Ordentliches Ergebnis	72.493	75.643	79.294
25 Außerordentliche Erträge	-225		-1.522
26 Außerordentliche Aufwendungen	2.687		116
27 Außerordentliches Ergebnis	2.462		-1.406
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	74.955	75.643	77.888
31 Ergebnis aus internen Leistungen	7.785	2.634	7.688
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	82.740	78.278	85.576

Im Teilergebnis überschreitet Dezernat V den Planwert von 2013. Auch das ordentliche Ergebnis liegt über dem Planwert.

Im ordentlichen Aufwand heben sich positive und negative Effekte teilweise gegenseitig auf. Abweichungen ergeben sich bei den privaten Leistungsentgelten (+1.086 Tsd. €), Erträgen aus Zuweisungen und Zuschüssen (+1.865 Tsd. €) und Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten²⁷ (-3.473 Tsd. €)

²⁷ Siehe hierzu auch die Ausführungen zum gleichen Sachverhalt unter Dezernat IV

Die Abweichungen beim ordentlichen Aufwand resultieren beim Schulamt hauptsächlich aus den Abschreibungen (+ 941 Tsd. €), den Transferaufwendungen durch den Ausbau der Kinderbetreuung an den Grundschulen (+ 1.364 Tsd. €) und den Mehrausgaben für Energie (+ 1.841 Tsd. €)²⁸.

Die Abweichungen im außerordentlichen Ergebnis ergeben sich im Wesentlichen aus Erträgen aus Grundstückverkäufen, die im Jahre 2013 realisiert werden konnten.

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats

(Darstellung in Tausend €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ²⁹	Ausgaben vor 2013	Istausgaben 2013	Noch verfügbar / Rest 2013 ³⁰
I.00546 ³¹	40 Joh.-Maaß-Schule Neubau	4.215	1.769	2.067	0
<i>Der Neubau wurde in den Herbstferien 2013 bezogen. Danach Restarbeiten und Mängelbeseitigung. Abbruch Bestandsgebäude im Frühjahr 2014.</i>					
I.03098	40 August-H.-Francke-Schule Turnhalle	3.100	211	84	2.754
Leistungsphasen 1 bis 4 sind abgeschlossen, Bauantragsunterlagen liegen vor. Aufgrund des Beschlusses der StVV ist die Weiterverfolgung der Maßnahme derzeit ausgesetzt. Es wird geprüft, ob ein neuer Standort für das Projekt gefunden werden kann.					
I.03655	40 Betreuung Riederbergschule Mensa	366	0	163	203
Umsetzung des Projekts beginnt. Bauzeitenplan ist erstellt, Kick-Off steht an. Baugenehmigung ist erteilt.					
I.01870 ³²	41 Namentliches Gedenken Michelsberg	3.456	3.267	9	179
Bauliche Maßnahme ist abgeschlossen. Gewährleistungsansprüche hinsichtlich mangelhafter Steine am Mahmal sind zwischen SEG und bauausführender Firma zu klären.					
I.01323	41 Sanierung Burg Sonnenberg	1.750	958	288	54
Die Instandsetzungsarbeiten an der Innenseite der Nordmauer sind weitgehend abgeschlossen. Fortsetzung der Instandsetzungsmaßnahmen an der Westmauer und landschaftsbauliche Maßnahmen.					

²⁸ An diesem Posten wurde im Aufstellungsverfahren ein zu erbringender Konsolidierungsbeitrag durch das Dezernat vom Plan abgesetzt. Im Vergleich zum Vorjahres Istwert ergibt sich eine Einsparung in Höhe von 142 Tsd. €.

²⁹ Die Darstellung der Gesamtmaßnahme bezieht sich auf die in SAP verfügbaren Mittel, evtl. weitergehende Beschlussfassungen bleiben hier unberücksichtigt.

³⁰ Die Angabe bezieht sich ausschließlich auf die Restmittel 2013. Ansätze im den Folgejahren sind nicht berücksichtigt.

³¹ Die Angabe des Dezernates beschränkt sich auf die Baukosten. Einrichtungskosten sind nicht angegeben.

³² Die Darstellung der Maßnahmen erfolgt ausschließlich des Tiefbauanteils für des Amt 66 zuständig ist.

Jahresabschluss 2013

2.6.6 Dezernat VI

Kämmerei, Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz, Gesundheitsamt

Zu den Schwerpunkten der Kämmerei zählen die Aufstellung des Haushalts und des Jahres- und Gesamtabschlusses, das Finanz- sowie das Beteiligungscontrolling, das IT-Management und der Betrieb des SAP-Kompetenzzentrums.

Neben der Lebensmittelüberwachung und Verbraucherschutz, der Tierseuchen- und Fleischhygiene gehört auch der Tierschutz in den Zuständigkeitsbereich des Amtes für Veterinärwesen und Verbraucherschutz.

Das Gesundheitsamt nimmt Aufgaben nach dem hessischen Gesetz über den Gesundheitsdienst in der Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, der Prävention und Gesundheitsförderung insbesondere im schulärztlichen Bereich, der hygienischen Überwachung von Einrichtungen und der Überwachung der Hausanschlüsse und Aufbereitungsanlagen für Warmwasser nach der Trinkwasserverordnung wahr.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2012 EUR	Fortgeschriebener Plan 2013 EUR	Ergebnis 2013 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-18.714	-17.451	-18.097
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	35.136	35.775	35.277
20 Verwaltungsergebnis	16.422	18.325	17.181
21 Finanzerträge	-23.612	-23.261	-23.564
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	41	0	0
23 Finanzergebnis	-23.570	-23.261	-23.563
24 Ordentliches Ergebnis	-7.148	-4.936	-6.382
25 Außerordentliche Erträge	97	0	-2.410
26 Außerordentliche Aufwendungen	1.767	0	12.608
27 Außerordentliches Ergebnis	1.864	0	10.198
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	-5.285	-4.936	3.815
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-1.468	3.759	755
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	-6.752	-1.177	4.571

Das Ergebnis vor Leistungsverrechnung liegt 8.752 Tsd. € über dem Planwert für 2013, hauptsächlich hervorgerufen im außerordentlichen Ergebnis durch die Übernahme des Verlustes des Eigenbetriebs mattiaqua aus dem Jahr 2009 (2.407 Tsd. €) und der Bildung einer Rückstellung für die drohende Verlustübernahme des Eigenbetriebs TriWiCon aufgrund des Abrisses der Rhein- Main-Halle im Jahr 2014 (8.000 Tsd. €).

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats

(Darstellung in Tausend Euro)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ^[1]	Ausgaben vor 2013	Istausgaben 2013	Noch verfügbar / Rest 2013 ^[2]
I.03333	20 ITM Produktivgang eAkten	3.370	221	615	1.498
Produktivgang Softwareimplementierung eAkte und SOA vorbereitet für bereits mehr als 200 User - durch Verschiebung von Meilensteinen weiterer Mittelabfluss erst ab 2014 ff.					
I.03403.211	20 ITM Ausstattung Technikräume	304	0	0	304
Ursprüngliche Planung die Technikräume mit notwendigen Klimageräten und USV's auszustatten. Bisher keine Beauftragungen hierzu.					
I.03217	20 Instandhaltung Technikräume	301	10	26	125
Sanierung der Technikräume mit zentralen Netzknoten. 2 Projekte wurden in 2013 abgeschlossen. Für 2 weitere Technikräume wurde die Sanierung beauftragt und begonnen.					

^[1] Die Darstellung der Gesamtmaßnahme bezieht sich auf die in SAP verfügbaren Mittel, evtl. weitergehende Beschlussfassungen bleiben hier unberücksichtigt.

^[2] Die Angabe bezieht sich ausschließlich auf die Restmittel 2013. Ansätze im den Folgejahren sind nicht berücksichtigt.

Jahresabschluss 2013

2.6.7 Dezernat VII

Kassen- und Steueramt, Ordnungsamt, Bürgeramt, Amt für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten

Handlungsfelder:

Neben dem Tagesgeschäft des Kassen- und Steueramtes standen die Umstellung des Rechnungswesens auf SEPA, der Einführung des elektronischen Rechnungsworkflows (xFlow) und der Durchführung der Inventur des Sachanlagevermögens im Vordergrund.

Im Jahr 2013 wurden zwei Projekte im Ordnungsamt umgesetzt bzw. begonnen, die sowohl erhebliche finanzielle als auch personelle Kapazitäten gebunden haben.

Bei dem ersten Projekt handelt es sich um die Einführung des „Rund um die Uhr Betriebes“ (auch 24/7 Dienst genannt). Konkret bedeutet das, dass im Rahmen eines 12-monatigen Projektes 50 Ordnungskräfte, 24 Stunden an 7 Tagen in der Woche im Einsatz sind.

Im Jahr 2013 wurden im Rahmen des zweiten Projektes - ein auf 4 Jahre angelegtes Sauberkeits- und Sicherheitsprojekt - zusätzliche 25 Ordnungskräfte eingestellt, die durch die konsequente Ahndung von Fehlverhalten zu Lasten der Sauberkeit, wie das Nichtentfernen von Hundekot, das Nichtentfernen von Müll, das Wegwerfen von Zigarettenkippen oder Glasflaschen für mehr Sauberkeit und Sicherheit sorgen sollen. Hierfür wurde durch die STVV mit Beschluss-Nr. 0169 vom 23.05.2013 für das Jahr 2013 Mittel in Höhe von 909.000 € (Personal- und Sachkosten ab Mai 2013) freigegeben.

Das Bürgeramt realisierte ein durch das Bundesinnenministerium gefördertes und in Hessen einzigartiges Projekt. Das sogenannte Bürgerserviceportal bietet den Bürgern durch die Identifikation mittels des elektronischen Personalausweises die Möglichkeit von zu Hause aus Dienstleistungen des Bürgerbüros in Anspruch zu nehmen. Von der Beantragung eines Führungszeugnisses oder Wahlscheines, bis hin zur Ummeldung eines Fahrzeuges ist hier alles möglich.

Das Amt für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten hat im Jahr 2013 Schwerpunktmäßig den Investitions- und Instandhaltungsstau im Bereich der Kinderspielplätze und Friedhöfe weiter abgearbeitet.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2012 EUR	Fortgeschriebener Plan 2013 EUR	Ergebnis 2013 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-21.469	-22.343	-22.205
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	54.294	53.593	56.638
20 Verwaltungsergebnis	32.825	31.250	34.434
21 Finanzerträge	-1.874	-1.662	-1.925
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	1
23 Finanzergebnis	-1.874	-1.662	-1.925
24 Ordentliches Ergebnis	30.951	29.588	32.509
25 Außerordentliche Erträge	-518	0	-8.649
26 Außerordentliche Aufwendungen	532	0	8.749
27 Außerordentliches Ergebnis	14	0	100
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	30.965	29.588	32.609
31 Ergebnis aus internen Leistungen	832	1.102	2.265
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	31.797	30.690	34.874

Der Planwert des Dezernates wurde in 2013 im Ergebnis vor interner Leistungsverrechnung um 3.021 Tsd. € überschritten. Verursacht wurden die Abweichungen größtenteils zum einen durch Personalaufwendungen einschließlich Versorgung (+767 Tsd. €) und Abschreibungen auf Forderungen (+1.729 Tsd. €).

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats

Dezernat VII hat im Rechenschaftsbericht des Dezernates keine IM-Maßnahmen benannt, deshalb wurden die Maßnahmen und Sachstände übernommen, die zum Quartalscontrolling IV/2013 gemeldet wurden. Die Werte wurden zum Endstand der Jahresabschlussarbeiten aktualisiert.

(Darstellung in Tausend Euro)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ¹	Ausgaben vor 2013	Istausgaben 2013	Noch verfügbar / Rest 2013 ¹
I.00249	67-Beschaffung KFZ Grünflächen	385	19	60	306
Im Rahmen der Ertüchtigung des Fuhrparks der Grünunterhaltung und zur Einführung der Umweltzone werden neue Fahrzeuge beschafft (systematische Ersatzbeschaffung). Der Betrachtungszeitraum bezieht sich auf die den Doppelhaushalt 2012/13					
I.03683	67-Fuchs-Dachs-Anlage Fasanerie	27	0	2	0
Die Maßnahme wurde im Rahmen des Entwicklungskonzeptes Fasanerie Ende 2013 begonnen und wird 2014 weiter umgesetzt					
I.00353	31-Beschaffungen	155	9	54	92
Der Betrachtungszeitraum bezieht sich lediglich auf die den Doppelhaushalt 2012/13 Darin u.a. 1) Sonnenschutzlamellen Die in den Büroräumen der Gebäude 10008, 10003 und 10005 vorhandenen Sonnenschutzlamellen müssen neu beschafft werden. Die Umsetzung wurde beauftragt (Obligo aufgebaut), wurde von der Firma aus terminlichen Gründen noch nicht umgesetzt. Geplant im Januar 2014. Kosten rund 12.000 €. Erneuerungen im Gebäude 10008 wurden zurückgestellt. Die Mittel müssen nach 2014 übertragen werden. 2) Klimaanlage Geb. 10003 Die Beschaffung einer Klimaanlage für das Gebäude 10003 wurde zurückgestellt. Stattdessen werden die Mittel zur Deckung von weiteren Fahrzeugbeschaffungen herangezogen. Die Fahrzeuge befinden sich in der Lieferung. Der Rechnungsausgleich erfolgt in diesem Quartal. Die Deckungsmittel müssen noch auf das Produkt Fahrzeuge umgesetzt werden. 3 Fahrzeuge für die Bereich 3102, 3103 und 3104 im Gesamtwert von 44.260 €					
I.00324	31-Beschaffung KFZ (Radarfahrzeug)	167	21	124	22
Die Beschaffung ist erfolgt. Der Betrachtungszeitraum bezieht sich lediglich auf die den Doppelhaushalt 2012/13					
I.03010	34-Beschaffungen	106	1	40	65
Der Betrachtungszeitraum bezieht sich lediglich auf die den Doppelhaushalt 2012/13 Darin u.a.: 1) Neumöblierung KFZ/Zulassung, Stielstraße 3 (Die Mittel sind aus 2012 und 2013 zusammengeführt). Im Betrag der voraussichtlichen Ist-Ausgaben 2013 sind Aufwendungen für eine Schließanlage (Zylinderschlösser) in der Bleichstraße enthalten, die Kosten betragen 3.409 €, Weiter wurden aus dem Betrag Aufwendungen in Höhe von 3.037 € zur Deckung der bereits beschafften Klimageräte herangezogen (Teilbetrag). Die Möbelbeschaffung wird auf 2014 geschoben, die Mittel sollen übergeleitet werden, die Bestellung erfolgt spätestens im Februar 2014.					

Jahresabschluss 2013

2) 34-Beschaffungen Wartebereich Bürgerbüro

In 2013 wurden dringend benötigte Möbel beschafft in Höhe von 14.034 €. Die Deckung erfolgt aus Mitteln der Neumöblierung Kfz.-Zulassungsstelle und wird in 2014 dem Projekt wieder zurückgeführt. Die für die Gestaltung des Wartebereiches geplanten 5.000 €, wurden aufgrund der bereits durch die Wartemarkenautomaten erzielten Optimierung für die für den Einbau der Klimageräte im 4. und 6. Stock der Bleichstraße aufgewendet!

3) Außenbeleuchtung Bürgerbüro

Auf die zunächst geplante Anschaffung einer größeren Außenbeleuchtung wurde verzichtet, da die vorhandene im Dezember 2012 aufwändig instand gesetzt werden musste. - Der Betrag (ursprüngl. 10.000€) wurde für den Einbau der Klimageräte im 4. und 6. Stock der Bleichstraße 3 genutzt, hierbei entstandene Kosten betragen 18.037 €. Die restliche Deckung erfolgte aus der lfd. Nr. 7 mit 5.000 € und der lfd. Nr. 6 mit 3.073 €.

2.6.8 Allgemeine Finanzwirtschaft

Die im Bereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ausgewiesenen Mittel werden außerhalb der Dezer-natsbudgets zentral durch die Kämmerei als fiktives Dezernat bewirtschaftet. In diesem Bereich werden hauptsächlich die allgemeinen Deckungsmittel wie Steuern und Zuweisungen, sowie Zins-erträge und Aufwendungen für die gesamte Landeshauptstadt Wiesbaden verwaltet.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2012 EUR	Fortgeschriebener Plan 2013 EUR	Ergebnis 2013 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-642.766	-637.442	-711.661
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	123.256	165.219	151.580
20 Verwaltungsergebnis	-519.510	-472.223	-560.081
21 Finanzerträge	-15.108	-11.634	-10.251
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20.369	22.119	17.897
23 Finanzergebnis	5.261	10.485	7.646
24 Ordentliches Ergebnis	-514.249	-461.739	-552.436
25 Außerordentliche Erträge	0	0	0
26 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
27 Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	-514.249	-461.739	-552.436
31 Ergebnis aus internen Leistungen	0	0	0
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	-514.249	-461.739	-552.436

Höhere ordentliche Erträge (+74.220 Tsd. €) und geringere ordentliche Aufwendungen (-13.639 Tsd. €) sorgten u.a. für die Verbesserung des Teilergebnisses von 90.697 Tsd. € gegenüber dem fortgeschriebenen Plan. Die Verbesserungen resultieren u.a. aus höheren Steuereinnahmen (+81.773 Tsd. €). Die Zuführung zur Pensionsrückstellung stieg gegenüber dem Planwert um 1.185 Tsd. € aufgrund der Steigerung der Bezüge. Darüber hinaus wurden 9.593 Tsd. € mehr als geplant auf den Bereich „Erträge aus der Auflösung von Sonderposten“ gebucht. Gemäß Ziff. 3. zu § 38 der Hinweise zur Gemeindehaushaltsverordnung sind die Auflösungen der Sonderposten, deren Zuschusszweck ausschließlich dazu bestimmt war, die Auszahlungen zu decken, die von der Gemeinde selbst zu tragen sind, dem Produktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ zuzuordnen. Dementsprechend wird ab dem Jahresabschluss 2012 verfahren. Da diese Vorschrift zum Zeitpunkt der Planung nicht berücksichtigt werden konnte, wurde die Planung dieses Postens in den Fachbereichen vorgenommen.

Jahresabschluss 2013

2.7 Entwicklung der Finanzlage

Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012	Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013
	in Tsd. €		
Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	117.031	-28.765	75.139
Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-12.663	-69.194	-24.649
Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-52.096	39.103	-9.819
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf d. Haushaltsjahres	52.272	-58.856	40.670
Zahlungsmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	80.509	21.010	132.780
Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres	132.780	-37.846	175.858

In der Analyse der Plan-Ist-Abweichungen ergibt sich insgesamt eine positive Abweichung in Höhe von 213.704 Tsd. €. Dies liegt zum einen an einem deutlich besseren Jahresergebnis als geplant und einem geringer als geplantem Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit (- 44.545 Tsd. €) durch entsprechend geringere Auszahlungen für Investitionen. Zum anderen wurden 50.912 Tsd. € weniger an Krediten aufgenommen als geplant. Die übrigen Abweichungen verteilen sich auf mehrere Positionen.

Aufgrund der Haushaltsentwicklung entstand ein Überschuss im Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 75.139 Tsd. €. Insgesamt entstand ein Finanzmittelüberschuss in Höhe von 40.670 Tsd. €.

Die Finanzierungsfähigkeit und Tätigkeit in der Abhängigkeit von Steuern und Zuweisungen wird durch die folgenden Kennzahlen anschaulich:

Selbstfinanzierungsgrad / Freier Cash-Flow

Im Jahresabschluss 2010 wurde erstmals der Selbstfinanzierungsgrad ausgewiesen. Diese Kennzahl schwankt jedoch je nach Überschuss bzw. Fehlbetrag und unterschiedlichen Aktivierungszeitpunkten von Großinvestitionen sehr stark. Aus diesem Grund wird die Kennzahl ab dem Jahresabschluss 2011 nicht mehr verwendet und stattdessen der freie Cash-Flow berichtet.

in Tsd. €	2009	2010	2011	2012	2013
Freier Cash-Flow ³³	-59.329	-93.735	-64.342	24.861	59.462

Aufgrund des hohen Zahlungsmittelbestandes konnten die Investitionen in den Verlustjahren 2009 und 2010 (ohne Sonderkonjunkturprogramm) durch die vorhandenen Liquiditätsreserven ohne nennenswerte zusätzliche Kredite erfolgen. Durch die hohen Steuererträge entstand im Jahr 2012 erstmals seit 2009 wieder ein positiver Wert. Im laufenden Haushalt setzt sich der Trend fort. Es

³³ Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit - Tilgung + Korrektur für die Tilgung der Landesanteile des Sonderkonjunkturprogramms.

wurden 59.462 Tsd. € erwirtschaftet, die zur Innenfinanzierung oder Tilgung eingesetzt werden können.

Investitionsquote / Reinvestitionsquote

	2009	2010	2011	2012	2013
Investitionsquote	1,28%	3,11%	2,52%	0,56%	1,21%
Reinvestitionsquote	84,0%	209,9%	161,9%	36,0%	76,6%

Die Investitionsquote steigt durch das Sonderkonjunkturprogramm an bis zur Spitze im Jahr 2010. Danach sinkt die Quote wieder. Im Jahr 2013 waren Nettoinvestitionen in Höhe von 28.245 Tsd. € zu verzeichnen, im Gegensatz zu 13.065 Tsd. € im Vorjahr. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Aktivierung eines einzigen Großprojekts bzw. größere Anlagenabgänge zu einer starken Schwankung der Kennzahlen beitragen. So waren für das Jahr 2013 zwar Zugänge im Sachanlagevermögen in Höhe von 49.124 Tsd. € zu verzeichnen, im Gegenzug aber auch Abgänge in Höhe von 24.736 Tsd. €. Bei der Reinvestitionsquote ist der gleiche Verlauf zu beobachten.

Neben dem Sonderkonjunkturprogramm mit Effekten auf die Jahre 2010 und 2011, sind jedoch auch die folgenden größeren Anlagenabgänge mit ihren Auswirkungen in den Jahren 2009 bis 2013 zu beachten.

Jahr	Beträge in Tsd. €	Vorgang (Abgänge)
2009	38.360	Rhein-Main-Halle / Ausgliederung TriWiCon
	3.792	Polizeipräsidium
2010	3.648	Grundstück ehemaliges Gesundheitsamt
2011	4.252	Grundstücke Mainzer Str. 87, Bierstadt, Delkenheim, Biebrich
2012	2.536	Grundstücke Berta-Kramer-Ring, Murnaustraße, Kastel, Hasengartenstraße 8-10
2013	3.752	Walkmühle
	808	Grundstück Mainzer Straße 97
	702	Teilfläche Adalbert Stifter Schule
	722	Grundstück Dotzheim an HSK-Pflege

Jahresabschluss 2013

2.8 Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Entwicklung der Schulden gemäß der amtlichen Schuldenstatistik:

in Mio. €	2010	2011	2012	2013
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen ³⁴ gem. Schuldenstatistik	378,7	369,4	357,2	347,7*
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen gem. Vermögensrechnung	380,4	412,8	358,6	347,2
<i>davon Sonderkonjunkturprogramm</i>	<i>57,1</i>	<i>55,3</i>	<i>52,98</i>	<i>51,0</i>
<i>davon Tagesgeld</i>	<i>0</i>	<i>42,0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
Schuldendienst gesamt	30,6	31,9	108,18	30,6
davon Zinsen ³⁵	14,3	14,7	14,3	13,4
<i>davon Sonderkonjunkturprogramm</i>	<i>1,3</i>	<i>2,3</i>	<i>2,2</i>	<i>1,9</i>
<i>davon Zinsen Tagesgeld</i>	<i>0</i>	<i>0,04</i>	<i>0,04</i>	<i>0</i>
davon Tilgung	15,9	17,2	93,98	17,2
<i>davon Sonderkonjunkturprogramm</i>	<i>1,1</i>	<i>1,5</i>	<i>1,9</i>	<i>1,9</i>

*darin enthalten sind 2 Mio. € durch das Land zu tilgende Anteile („Altlasten“)

Die Schulden (im Sinne der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen) des Jahres 2013 enthalten auch den Bestand an Schulden für das Sonderkonjunkturprogramm. Gemäß Hessischer Vorgaben³⁶ sind diese Schulden trotz fremder Tilgungsanteile (Landesprogramm 83,33%, Bundesprogramm 87,5%) vollständig bei den Kommunen zu bilanzieren. Im Ergebnis führt dies zu einer Verschlankung der Schuldenstatistiken bei Land und Bund zu Lasten der kommunalen Schuldenstatistik. Als Gegenposition findet sich der Tilgungsanteil des Landes in entsprechender Höhe im Forderungsbestand.

Die Verbindlichkeiten zum 31.12.2011 enthielten die Aufnahme von Tagesgeldern in Höhe von 42 Mio. €. Die Tilgung in 2012 (93,98 Mio. €) setzt sich zusammen aus der Rückführung dieses Betrages, sowie aus der Umschuldung von Krediten (mit neutraler Wirkung i.H.v. 34,4 Mio. €) und planmäßiger Tilgung i.H.v. 17,5 Mio. €.

Insgesamt konnte die Summe der Kreditverbindlichkeiten - ohne Sonderkonjunkturprogramm und ohne Tagesgeld - und damit auch Teile des Zinsaufwands weiter gesenkt werden.

Pro-Kopf-Verschuldung ³⁷	2009	2010	2011	2012	2013
inkl. Sonderkonjunkturprogramm	1.322,97 €	1.381,86 €	1.499,89 €	1.299,88 €	1.255,58
ohne Sonderkonjunkturprogramm	1.208,51 €	1.174,36 €	1.299,12 €	1.107,82 €	1.070,99

³⁴ Die Darstellung enthält gegenüber dem an das Land Hessen gemeldeten Schuldenstand jeweils auch die Verbindlichkeiten aus Anspar- und Sonderbeiträgen für Landesdarlehen des Investitionsfonds B.

³⁵ Die genannten Zinswerte sind der jeweiligen Ergebnisrechnung (d.h. inklusive Abgrenzung) entnommen.

³⁶ Förderrichtlinien zum Gesetz zur Umsetzung des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms.

³⁷ 2008-2011 durchschnittliche Einwohnerzahl von 2007-2011(275.246 Ew.), ab 2012 durchschnittliche Einwohnerzahl der letzten fünf Jahre; 2013 = 276.521 Ew.

Die Kennzahl drückt die Schulden durch Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen je Einwohner aus. Ohne Sonderkonjunkturprogramm ist bis 2011 eine leicht steigende Tendenz zu erkennen. Dies korreliert jedoch mit den Investitionsprogrammen der vergangenen Jahre und dem Ausbau der Kinderbetreuung. Der gesunkene Wert in 2012 erklärt sich aus der Tilgung von Schulden, insbesondere der nur über den Jahreswechsel aufgenommenen und damit bilanziell wirksamen Tagesgelder (s. o). Perspektivisch werden die Schulden durch das Projekt „Platz der deutschen Einheit“ (Sporthalle und Gewerbekomplex) ab 2014 wieder ansteigen.

2.9 Chancen

1. Demographische Entwicklung

Die Landeshauptstadt Wiesbaden zählt nach neueren Analysen¹ zu den Wanderungsgewinnern bis 2030. Da die Bevölkerungszahl zu den Verteilungsfaktoren des kommunalen Finanzausgleichs zählt, garantiert dies weiterhin die stetige Teilhabe an den Mitteln zur Kommunalfinanzierung. Während andere Kommunen vor der Frage des Rückbaus von Wohngebäuden und Infrastruktur stehen, zeigt die Prognose für die Landeshauptstadt Wiesbaden die Chance auf, eine stetige wirtschaftlich positive Entwicklung als leistungsstarke Kommune zu nehmen.

2. Neubau Rhein-Main-Halle

Durch den Neubau der Rhein-Main-Halle (geplant bis 2017) erhält die Landeshauptstadt Wiesbaden wieder einen konkurrenzfähigen Messebau an der alten Stelle. Einerseits bieten sich bei guter Auslastung Chancen für die Entwicklung der Gewerbesteuer durch die Umsätze, welche die Messebesucher in Wiesbaden tätigen. Andererseits kann eine positive Geschäfts- zu einer ebenfalls guten Ergebnisentwicklung und damit zu geringeren Betriebskostenzuschüssen führen.

3. Niedriges Zinsniveau

Das weiterhin niedrige Zinsniveau bewirkt eine beträchtliche Haushaltsentlastung, wobei die Liquiditätswirkung mit dazu beiträgt, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden lediglich zum Ausgleich kurzfristiger Liquiditätsschwankungen Tagesgeld aufnimmt. Die Landeshauptstadt Wiesbaden sichert das Zinsniveau über Forward-Kredite.

4. Investitionen in Wohnungsbau

Durch die Anziehungskraft des Rhein-Main-Gebietes als Ballungsraum und der hohen Attraktivität Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsort besteht ein hoher Bedarf an Wohnraum. Die Landeshauptstadt Wiesbaden und ihre Wohnungsbaugesellschaften eruieren derzeit Flächen für den Wohnungsbau, damit Wohnen in Wiesbaden auch in Zukunft für breite Bevölkerungsschichten attraktiv und bezahlbar bleibt und sichert somit die Zukunftsfähigkeit Wiesbadens in diesem Sektor. Mit zwei Planungsverfahren („Bierstadt-Nord“ im Ortsbezirk Bierstadt und „Hainweg“ im Ortsbezirk Nordenstadt) wurden städtebauliche, funktionale und wirtschaftlich überzeugende Konzepte gesucht, die durch die Neuschaffung von zeitgemäßen Wohnformen und attraktiven Freiräumen eine langfristige Bindung der Bewohner und Nutzer an ihr Umfeld unterstützen.

¹ Wiesbadener Stadtanalysen Nr. 47, Wiesbaden, 2012

2.10 Risiken

Aus der kommunalen Aufgabenwahrnehmung der Stadt erwachsen naturgemäß eine Reihe von Risiken. Als Risikobereiche sind insbesondere zu nennen:

1. Steuerentwicklung

Die ordentlichen Erträge belaufen sich im Jahr 2013 auf 1.039.169 Tsd. €. Davon resultieren rund 455.203 Tsd. € aus den Steuerarten Gewerbesteuer und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Demnach ist das Ertragsaufkommen der Landeshauptstadt Wiesbaden wesentlich von der Entwicklung dieser beiden Steuerarten abhängig. Das Risiko der Stadt besteht insbesondere darin, dass diese beiden Steuerarten stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf, bzw. dem Erfolg einzelner großer Unternehmen bestimmt werden.

2. Bundes- und Landesgesetzgebung

Finanzielle Risiken können durch die Verlagerung von Aufgaben von Bund und Ländern an die Kommunen erwachsen, aber auch durch Leistungsgesetze, deren Finanzierung zu großen Teilen den Kommunen obliegt. Als Beispiel ist der Ausbau der Kinderbetreuung zu nennen, der ab der Endausbaustufe 2017 zusätzliche Ergebnisbelastungen in Höhe von geschätzten 18,5 Mio. € pro Jahr bedeutet, die durch Steuern, Gebühren oder Einsparungen an anderer Stelle zu erwirtschaften sind.

Zusätzliche Risiken erwachsen auch aus den Jahressteuergesetzen, die regelmäßig Auswirkungen auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil aus der Einkommenssteuer haben.

Darüber hinaus ergeben sich Risiken durch die höchstrichterliche Rechtsprechung zur Umsatzsteuer (EuGH und BFH), welche die Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand erheblich ausweitet. Die Auswirkungen auf die Landeshauptstadt Wiesbaden sind derzeit noch nicht absehbar.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wirkt diesen Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

3. Beteiligungen

Im Rahmen des Beteiligungscontrollings wird die unternehmerische Planung der Gesellschaften durch das Beteiligungsmanagement überwacht. Das Beteiligungsmanagement stellt sicher, dass die vorgegebenen Kontrollmechanismen beachtet werden. Es koordiniert den Informationsaustausch mit den Unternehmen und ggf. den Fachdezernaten. Das Beteiligungscontrolling dient insbesondere dazu, Budgetabweichungen frühzeitig, u.a. mittels der Quartalsberichterstattung wesentlicher städtischer Gesellschaften, festzustellen und an den Magistrat sowie an die Gremien zu berichten. Im Bedarfsfall werden gleichzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen bei den Geschäftsführungen und Betriebsleitungen eingefordert. Steuerungsrelevante Informationen über Einzelgesellschaften und Unternehmensbereiche werden von dem Beteiligungsmanagement als Teil des Finanzdezernats generiert. Ziel der Systematisierung ist es, zeitnah zuverlässige Aussagen über die wirtschaftliche Entwick-

lung und die Risiken der einzelnen Gesellschaften, der Unternehmensbereiche sowie letztendlich des städtischen Beteiligungsportfolios treffen zu können.

Das Beteiligungsmanagement prüft ferner die Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften mit Blick auf den Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (nach IDW PS 720). Zu beachten ist dort vor allem der Fragenkreis 4 „Risikofrüherkennungssystem“. In der Landeshauptstadt Wiesbaden gibt es keine Mehrheitsgesellschaft, wonach zu diesem Fragenkreis Beanstandungen im Jahr 2013 festzustellen sind. Die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften haben in ihren Gesellschaften Maßnahmen ergriffen und Frühwarnsignale definiert, mit denen bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

Das Prüfungsfeld wurde für das Geschäftsjahr 2013 um das EU-Beihilfenrecht erweitert. Die IDW Richtlinien beinhaltet auch das neu in Kraft getretene Legislativpaket der EU-Kommission (Almunia-Paket). Das Paket verschärft die Definition der Daseinsvorsorge und beeinflusst den neuen Prüfungsstandard des Abschlussprüfers. Dieser beinhaltet nun die Überprüfung beihilfenrechtlicher Sachverhalte nach Artikel 107 AEUV insb. zugunsten öffentlicher Unternehmen (IDW EPS 700). Das Beteiligungsmanagement hat sich dem Sachverhalt angenommen wird nach Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung im April 2014 und nach Genehmigung des Haushaltes eine Verifizierung des Beihilfetatbestandes im Sinne des EU-Rechtes in Zusammenarbeit mit einer Rechtsanwalts- und Steuerberatungsgesellschaft durchführen.

Für **Kapitalgesellschaften**, deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar mindestens zu 50% im Besitz der Landeshauptstadt Wiesbaden befindet, hält die Landeshauptstadt Wiesbaden Ausfallbürgschaften in Höhe von 604.889 Tsd. €. Dem Risiko des Eintritts wird ebenfalls im Rahmen der oben genannten Maßnahmen des Beteiligungsmanagements entgegengewirkt.

Feierabendheim Simeonhaus GmbH und AltenHilfe Wiesbaden GmbH

Am 29. Februar 2012 wurde der Pflegebereich des Simeonhauses auf Basis der Durchführungsverordnung der Heimaufsicht aus dem Jahre 2007 vollständig geschlossen. Seither beschränkt sich die Tätigkeit der Gesellschaft auf den Betrieb des „Wohnen mit Service“. Die Finanzlage zeigt seit dem 31.12.2007 fortlaufend einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag. Die LHW musste seither fortlaufend Kassenkredite zur Verfügung stellen und im Rang von diesen Forderungen zurücktreten. Zur Beseitigung der bilanziellen Überschuldung ist zuletzt mit STVV Beschluss- Nr. 0752 vom 21. Dezember 2011 der Erwerb der Liegenschaft Langendellschlag beschlossen worden. Im Jahre 2013 kam das Grundstücksgeschäft nicht zustande. Zur Liquiditätssicherung und Abwendung der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens werden weitere Kassenkredite der Feierabendheim Simeonhaus GmbH im Geschäftsjahr 2014 zur Verfügung gestellt. Das Grundstücksgeschäft wurde im Jahr 2014 abgewickelt.

Bei der AHW sind derzeit keine Risiken erkennbar.

Mattiaqua

Für das Geschäftsjahr 2013 wurde im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2014 ff. eine Eigenkapitalzuführung in Höhe von 2,4 Mio. € empfohlen und mit der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung (Nr. 507 vom 21. November 2013) genehmigt. Die Zuführung soll das Eigenkapital von mattiaqua stärken.

HSK, Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH

Die RHÖN KLINIKUM AG hat ihre Anteile an der HSK Klinik an Fresenius verkauft. Hierzu hat die Kartellbehörde im Februar 2014 ihre Freigabe erteilt. Nach mehrmonatigen Verhandlungen mit HELIOS, stimmte die Stadtverordnetenversammlung am 22. Mai 2014 (Beschluss Nr. 218) dem Erwerb von Geschäftsanteilen an der HSK Klinik durch HELIOS zu.

HSK Rhein-Main GmbH

Die Liquidität der HSK Rhein-Main GmbH ist derzeit nur bis in das erste Quartal 2015 gesichert. Bei einer Zahlungsunfähigkeit ist die Landeshauptstadt Wiesbaden in der Pflicht einen Teil der Zahlungsverpflichtungen der HSK Rhein-Main GmbH zu übernehmen.

TriWiCon

Ein weiteres Risiko besteht darin, dass während Abriss und Neubau der Rhein-Main-Halle Erträge wegfallen. Auch für die Zeit nach der erneuten Inbetriebnahme (geplant 2018) besteht das Risiko der Vermarktung. Beides würde sich über steigende Zuschüsse bzw. Abschreibungen auf den Firmenwert und damit auf den Abschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden auswirken (siehe auch Anmerkungen unter 2.11).

ESWE Verkehrsgesellschaft mbH

Die Risiken in diesem Sektor wirken sich mittelbar über die Gewinnabführungen der WVV Wiesbaden Holding GmbH (WVV) aus. So können steigende Energie- und Personalkosten nicht voll über den Fahrpreis erwirtschaftet werden. Auch das Einnahmeaufteilungsverfahren mit dem Rhein Main Verkehrsverbund kann sich ungünstig auf das Ergebnis des Teilkonzerns WVV auswirken. Für das Jahr 2012 wurde die neue Fahrgastzählung, die alle fünf Jahre durch den RMV durchgeführt wird, für das Einnahmeaufteilungsverfahren angewendet. Wiesbaden wurde zunächst stark beeinträchtigt und zu höheren Verbundzahlungen geleistet durch ESWE Verkehr zunächst verpflichtet. Nach weiterer Verifizierung der Daten konnten Fehler in der Datenermittlung festgestellt und zugunsten der Landeshauptstadt Wiesbaden aufgehoben werden. Dies hatte bei ESWE Verkehr für das Geschäftsjahr 2013 einen positiven Ergebniseffekt von rd. 3,5 Mio. € unter Berücksichtigung der Nachholeffekte aus dem Jahr 2012. Die Ergebnisverbesserung wirkt sich auch auf die aktuelle Wirtschaftsplanung 2014 ff. aus.

WVV Wiesbaden Holding GmbH

Die WVV umfasst den Bereich Verkehr, Versorgung und Immobilien. Die Risiken des Bereichs Verkehr sind bereits im vorhergehenden Absatz beschrieben. Die Versorgung trägt mit ihrem Ergebnis zur Quersubventionierung des Verkehrs bei. Der steuerliche Querverbund steht gemäß neuesten Erkenntnissen auf europäischer Ebene in der Diskussion. Sollte dieser nicht weiter möglich sein, bestünde die Gefahr von künftig erhöhter Steuerlast. Im Immobiliensektor sind vor allem die SEG und die Wibau GmbH durch geringes bzw. negatives Ergebnis mit Risiken behaftet, während die GWW durch den Nachfrageüberhang auf dem Wohnungsmarkt ein solides Ergebnis erwirtschaftet und damit die Eigenkapitalquote (geringer als 20%) stärken kann.

4. Investition und Instandhaltung

Die Landeshauptstadt Wiesbaden verfügt über umfangreiches Gebäude- und Infrastrukturvermögen. Hieraus ergeben sich ständig Investitions- und Instandhaltungsrisiken. Soweit diese vorhersehbar sind, werden sie im Rahmen der Haushaltsplanung erfasst und entsprechende Maßnahmen geplant. Die Durchführung der Maßnahmen und die technische Entwicklung der Anlagen unterliegen der dauernden Überwachung durch die Bauämter.

5. Allgemeine Organisationsrisiken

Aufgrund der Aufgaben und der Leistungsstruktur der Landeshauptstadt Wiesbaden existieren eine Reihe von allgemeinen Organisationsrisiken. Als solche sind beispielsweise zu nennen: Korruption, Veruntreuung, Entscheidung zugunsten unwirtschaftlicher Handlungsalternativen, Vermögens- oder Personenschäden aufgrund fahrlässiger Handlungen, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Vertragsgestaltung, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Leistungserbringung Dritter. Zur Reduzierung dieser Risiken hat die Landeshauptstadt Wiesbaden eine Reihe von Maßnahmen ergriffen und das Verwaltungshandeln durch interne Vorschriften geregelt. Hierzu gehören:

- die Schaffung der Stelle eines Korruptionsbeauftragten
- der Erlass städtischer Vergaberichtlinien
- der Erlass von Dienstanweisungen
- die permanente Kontrolle von beauftragten Unternehmen
- die Vertragskontrolle durch das Rechtsamt

6. Liquiditätsrisiko

Der Finanzmittelbestand am Ende des Jahres betrug 175.858 Tsd. €, ausgehend von 212.925 Tsd. € im Jahr 2008. Mehrere Jahre mit sinkenden Gewerbesteuererträgen verbunden mit gleichbleibenden oder steigenden Ausgaben würden zu einem Liquiditätsrisiko führen, wenn die hinreichende Aufnahme von Liquiditätskrediten, etwa durch eine verhaltene Vergabebereitschaft der kommunalfinanzierenden Banken, erschwert wäre. Solche Tendenzen sind für die Landeshauptstadt Wiesbaden derzeit nicht erkennbar.

7. Zinsrisiken

Aus der Finanzierungstätigkeit einer Kommune heraus erwachsen Zinsrisiken. Zur Reduzierung dieses Risikos hat die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden mit Beschluss Nr. 0071 vom 12.02.2004 die Einführung eines Zinsrisikomanagements beschlossen. Die Kämmerei berichtet den Körperschaften hierüber regelmäßig halbjährlich.

8. Betriebsprüfungen

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wird regelmäßig Betriebsprüfungen durch das Finanzamt Wiesbaden unterzogen. Hierbei bestehen Risiken, wenn die Prüfung die Erfordernis von Steuernachzahlungen ergibt. Derzeit ist das Risiko jedoch nicht bezifferbar.

2.11 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2013 sowie Ausblick

Durch den anteiligen Verkauf (49%, Jahr 2012) der HSK, **Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH** an die RHÖN KLINIKUM AG verbunden mit der Übergabe der Geschäftsleitung wurde die Landeshauptstadt Wiesbaden von der Inanspruchnahme der Bürgschaften (77.209 Tsd. €, Stand 31.12.2011) und der Patronatserklärung gegenüber der HSK freigestellt. Die von der Landeshauptstadt Wiesbaden gewährten Kassenkredite (33.700 Tsd. €, Stand: 31.12.2011) wurden inzwischen vollständig zurückgezahlt. Die RHÖN KLINIKUM AG hat die Zahlungsfähigkeit der HSK Klinik sichergestellt.

Im Sommer 2013 kaufte Fresenius HELIOS die Mehrzahl der Krankenhäuser der RHÖN KLINIKUM AG, darunter auch die HSK, Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH. Nach mehrmonatigen Verhandlungen mit HELIOS, stimmte die Stadt am 13. Mai 2014 dem Erwerb von Geschäftsanteilen an der HSK Klinik durch HELIOS zu. HELIOS erklärt, dass alle Vereinbarungen, die in den Verträgen oder in der Folgezeit mit der RHÖN KLINIKUM AG getroffen wurden, übernommen werden. Dazu zählt auch die Verpflichtung, umfangreiche Investitionen in einen Neubau und die Technik vorzunehmen. Auf diese Weise kann die Zukunft der kommunalen Kliniken als Maximalversorger sichergestellt werden.

Bereits im Jahr 2010 wurden per Beschluss der Stadtverordnetenversammlung die Weichen für mehrere Großbauprojekte gestellt, die zu Kreditaufnahmen und finanziellen Belastungen in der Zukunft führen werden. Hierzu gehören u.a. der Sporthallen- und Gewerbekomplex am **Platz der Deutschen Einheit**, dessen Spatenstich im Juni 2012 stattfand. Die Inbetriebnahme erfolgte im Jahr 2014. Auch der seitens der TriWiCon geplante **Neubau der Rhein-Main-Hallen** wird nicht ohne finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Landeshauptstadt Wiesbaden bleiben. So hat die Stadtverordnetenversammlung am 21.11.2013 beschlossen im Jahr 2013 eine Rückstellung in Höhe von 8 Mio. € zu bilden, um die drohende Verlustübernahme aufgrund des Abrisses der Rhein-Main-Halle bilanziell abzubilden. Das Architekturbüro Ferdinand Heide wird die Planung des Neubaus übernehmen. Das Architekturbüro hatte in einem Architekturwettbewerb den vierten Preis belegt. In der anschließenden Verhandlungsrunde mit allen Preisträgern war es ihm gelungen, bei der Optimierung seines Entwurfs das Vergabegremium von seinem Gesamtkonzept zu überzeugen. Mit Beschluss Nr. 0638 v. 19.08.2014 nahm der Magistrat von den geplanten Baukosten in Höhe von 194,1 Mio. € vorab der Weiterleitung an den Ortsbeirat Kenntnis. Die Stellungnahme der Kämmerei weist auf eine dauerhafte Haushaltsbelastung aus erforderlichen Verlustausgleichen in Höhe von 6,7 Mio. € p.a. hin. Der Neubau der Rhein-Main-Halle soll Anfang 2018 fertig sein. Der Abbruch der alten Halle wird Mitte 2014 durchgeführt.

Am 17.06.2014 hat der Magistrat per Beschluss Nr. 449 die Stadtverordnung gebeten zu beschließen: *„eine aufsichtsrechtliche Genehmigung beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport zu beantragen, die einen finanziellen Ausgleich für zu viel geleistete **unbezahlte Mehrarbeitsstunden bei der Berufsfeuerwehr im Zeitraum vom 01.01.2001 bis 31.12.2006** zulässt. Des Weiteren soll im Rahmen der Gleichbehandlung ein zusätzlicher finanzieller Ausgleich für zu viel geleistete unbezahlte Mehrarbeitsstunden bei der Berufsfeuerwehr im Zeitraum von 01.01.2007 bis 31.12.2009 an die Betroffenen gezahlt werden, die den Vergleichsvorschlag aus dem Jahre 2008 akzeptiert haben.“* Sollte die Stadtverordnetenversammlung einen entsprechenden Beschluss fassen und die Aufsichtsbehörde die Auszahlung genehmigen, werden geschätzte 2,5 Mio. € zur Auszahlung kommen.

Die Haushaltssatzung 2014/2015 wurde am 19.12.2013 und am 13.02.2014 (Korrektur) von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und am 05.05.2014 von der Aufsichtsbehörde mit Hinweisen zur Haushaltsführung genehmigt. Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 geht - unter der Berücksichtigung der bekannten Risiken - von einem Gesamtjahresfehlbetrag in Höhe von 21.413. Tsd. € aus.

An Auszahlungen für Investitionen (immaterielle und Sachanlagen, sowie Finanzanlagen) wurden - 136.755 Tsd. € geplant. Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde auf 77.600 Tsd. €, der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 300.000 Tsd. € festgesetzt.

Die nachfolgende Übersicht stellt die wesentlichen Plangrößen des Haushalts 2014 mit den Plan- und Ist-Zahlen des Haushaltsjahres 2013 gegenüber.

Position / Bezeichnung	HH Ansatz 2014	Ist 2013	Plan akt. ³⁹ 2013	HH Ansatz 2013
10 ordentliche Erträge	-976.012.573	-1.039.168.673	-933.863.394	-932.263.075
19 ordentlicher Aufwand	1.022.532.207	1.016.839.373	1.004.742.510	1.005.736.121
20 Verwaltungsergebnis	46.519.634	-22.329.300	70.879.117	73.473.046
21 Finanzerträge	-46.827.420	-35.841.066	-36.557.406	-36.418.050
22 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	21.721.300	18.320.543	22.118.500	22.118.500
23 Finanzergebnis	-25.106.120	-17.520.523	-14.438.906	-14.299.550
24 ordentliches Ergebnis	21.413.514	-39.849.823	56.440.211	59.173.496
25 außerordentliche Erträge	-2.000	-18.343.042	-235.136	0
26 außerordentliche Aufwendungen	0	30.625.912	0	0
27 außerordentliches Ergebnis	-2.000	12.282.870	-235.136	0
28 Jahresergebnis	21.411.514	-27.566.953	56.205.075	59.173.496

Das weiterhin günstige wirtschaftliche Umfeld zeigt sich in einer Sollstellung der Gewerbesteuer in Höhe von 251.119 Tsd. € (Datenstand: Juli 2014) und damit aufgrund des beschriebenen Sonder-effekts niedriger als im Vorjahr.

Der Ansatz für die Schlüsselzuweisungen im Jahr 2014 beträgt 110.312 Tsd. €. Er wurde somit auf die vorläufige Berechnung der Schlüsselzuweisungen in Höhe vom 110.312 Tsd. € gesetzt.

Im Endergebnis 2014 prognostiziert die Hochrechnung des Haushaltsmanagementsystems (Da-tenstand: 30.06.2014) einen Fehlbetrag in Höhe von 16.677 Tsd. €.

Auf Grundlage der weiterhin guten Prognose für das Steuervolumen geht die Landeshauptstadt Wiesbaden weiterhin davon aus, den Jahresfehlbetrag der Haushaltsjahre bis 2015 gering halten und aus Rücklagen ausgleichen zu können.

Wiesbaden, den 29. September 2014



Imholz

Stadtkämmerer

³⁹ Fortgeschriebener Ansatz ohne übertragene Ermächtigungen (früher: Haushaltsreste)

2.12 Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen⁴⁰

Vermögenslage	Investitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen}^{41}}{\text{Sachanlagen zu hist. Anschaffungs- / Herstellungskosten zu Jahresbeginn}} \times 100$
	Reinvestitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen auf Sachanlagen}}$
	Freier Cash-Flow	Zahlungsmittelsaldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit /. Auszahlungen a. d. Tilgung v. Krediten und Anleihen
Finanzlage	Pro- Kopf-Verschuldung	$\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen}}{\text{Einwohnerzahl } (\emptyset \text{ vergangene fünf Jahre})^{42}} \times 100$
Ertrags- und Aufwandslage	Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{(\text{Ordentliche Erträge} + \text{Finanzerträge}) \times 100}{(\text{Ordentliche Aufwendungen} + \text{Finanzaufwendungen})}$
	Steuerquote	$\frac{\text{Erträge aus Steuern} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
	Zuwendungsquote	$\frac{\text{Ertr. a. Zuweisungen und Zusch. f. lfd. Zwecke} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
	Personalaufwandsquote	$\frac{\text{Personalaufwendungen (inkl. Versorgung)} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
	Zinslastquote	$\frac{\text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

⁴⁰ Die ausgewählten Kennzahlen bieten einen Einstieg in die kommunale Jahresabschlussanalyse. Allerdings ist die Zeitreihenanalyse noch vorsichtig zu bewerten, da in den ersten vier Jahren nach Erstellung der Eröffnungsbilanz, also bis einschließlich des Jahresabschlusses 2010, noch Korrekturen der Eröffnungsbilanz möglich gewesen sind, was zu Unschärfen in den Kennzahlen führen kann.

Durch die unterschiedlichen Ausprägungen der Vorschriften zur Doppik in den einzelnen Bundesländern und den verschiedenen Ausgestaltungen in den hessischen Kommunen / Landkreisen (z.B. Ausüben von Wahlrechten bei Ansatz und Bewertung) sind interkommunale Vergleiche der Jahresabschlüsse und damit die vergleichende Jahresabschlussanalyse nur erschwert möglich. Erwähnt seien an dieser Stelle die verschiedenen Bewertungsvorschriften, ausgeübte Wahlrechte, Kontenpläne und teilweise unterschiedlich gegliederte Rechenwerke bzw. Vorschriften zur Ergebnisverwendung.

Die Kennzahlendefinitionen erfolgten in Anlehnung an den KGSt -Bericht Nr. 1/2011 „Jahresabschlussanalyse im neuen Haushalts- und Rechnungswesen“. Die Kennzahl „Verschuldungsgrad“ wurde auf die Bedürfnisse der Landeshauptstadt Wiesbaden aus Gründen der Vergleichbarkeit angepasst (ohne mittelbare Schulden).

⁴¹ = Zugänge zu AH/HK des Haushaltsjahres (-) Abgänge zu AH/HK des Haushaltsjahres (+/-) Umbuchungen zu AH/HK des Haushaltsjahres (-) Abschreibung auf Anlagenabgänge und Umbuchungen

⁴² Um Verzerrungen der Kennzahl durch Melderegisterbereinigungen oder den Zensus zu glätten wird mit einer über die vergangenen fünf Jahre gemittelten Einwohnerzahl (276.521 Ew.) gerechnet.

3 Anhang/ Erläuterungen zum Jahresabschluss

Im Anhang zum Jahresabschluss 2013 werden gemäß Ziffer 4 des § 112 HGO die wesentlichen Positionen erläutert mit Übersichten über das Anlagevermögen, die Forderungen und Verbindlichkeiten.

Die Teilergebnisrechnungen der Dezernate werden für die Teilhaushalte Wiesbaden und die Stadtteile Amöneburg, Kastel und Kostheim (AKK) zusammen erstellt und befinden sich im Tabellenteil ab Kapitel 4.9.

Investitionen und Instandhaltung werden im Kapitel 3.4 erläutert.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass es bei den Erläuterungen in Tsd. € - durch Rundungen bedingt - geringfügige Differenzen zu den exakten Werten in der Vermögens- und Ergebnisrechnung geben kann.

3.1 Erläuterungen zu Posten der Vermögensrechnung

Das Anlagevermögen als wertmäßig bedeutsamste Position in der Vermögensrechnung hat sich gegenüber 2012 um 8.468 Tsd. € auf nunmehr 2.229.004 Tsd. € verringert. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 87 %.

In 2013 wurden die beiden Flurbereinigungsverfahren Waldwiesen-West und Hochheim II im Anlagevermögen erfasst. Hieraus resultieren Vermögensverschiebungen im Bereich der Grundstücke (unbebautes und bebautes Grundvermögen sowie Infrastrukturvermögen). Der Gesamtbuchwert aller beteiligten Flurstücke ist dabei gleich geblieben, bei den einzelnen Bilanzpositionen gibt es dadurch jedoch Veränderungen. Insgesamt waren Flurstücke mit einem Gesamtbuchwert von rd. 9.748 Tsd. € beteiligt.

3.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände	Stand 31.12.2013 Tsd. €	Stand 31.12.2012 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	2.994	3.054	-60
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	46.006	44.586	1.420
Gesamt	49.000	47.640	1.360

Der Buchwert der immateriellen Vermögensgegenstände hat sich in 2013 wie folgt entwickelt:

Stand am 01.01.2013	47.640 Tsd. €
Zugänge	7.044 Tsd. €
Umbuchungen zu Restbuchwerten	1.009 Tsd. €
Abgänge	- 5.134 Tsd. €
Abschreibungen des Haushaltsjahres (Wertberichtigungen auf Abgänge)	- 6.692 Tsd. € +5.134 Tsd. €)
Stand am 31.12.2013	49.000 Tsd. €

Die Zugänge setzen sich zusammen aus der Gewährung von Investitionszuschüssen an Dritte (rd. 6.010 Tsd. €) und der Beschaffung von Software / Lizenzen (rd. 1.034 Tsd. €).

Die Zugänge bei den Konzessionen, Lizenzen und ähnlichen Rechten betreffen vor allem Lizenz-erwerbe u.a. im Zusammenhang mit der Einführung der e-Akte sowie der papierlosen Rechnungs-prüfung (WMD). Zudem wurden verschiedene Spezialsoftwareprogramme beschafft wie z.B. ein Zeit-Management-System für die Feuerwehr oder ergänzende Lizenzen für LOGA.

Bei den geleisteten Investitionszuschüssen an Dritte wurden unter anderem ein Investitionszu-schuss an das Deutsche Rote Kreuz für den Neubau einer Kindertagesstätte (Zugang rd. 1.670 Tsd. €) sowie Zuschüsse an die GeWeGe zur Sanierung von Wohngebäuden ausgezahlt (Zugang rd. 1.350 Tsd. €). Daneben wurden beispielsweise Investitionszuschüsse in den Bereichen Sport, Kultur und Kinderbetreuung geleistet.

2012 wurde festgelegt, dass bereits abgeschriebene Investitionszuschüsse aus dem Anlagever-mögen ausgebucht werden. In 2013 wurden daher die im Jahr 2003 gewährten und zwischenzeit-lich abgeschriebenen Investitionszuschüsse ausgebucht, daraus resultieren Anlagenabgänge in Höhe von rd. 5.027 Tsd. € sowie die damit zusammenhängenden Wertberichtigungen.

3.1.2 Sachanlagevermögen

Grundstücke	Buchwert Stand 31.12.2013 Tsd. €	Buchwert Stand 31.12.2012 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Unbebaute Grundstücke	142.011	143.140	-1.129
Bebaute Grundstücke	322.090	327.315	-5.225
Gesamt	464.101	470.455	-6.354

Bei den Grundstücken sind öffentliche Grünflächen und Waldflächen nicht enthalten, sie werden unter dem Infrastrukturvermögen ausgewiesen.

In 2013 wurden mehr Grundstücke veräußert als angekauft. Unter anderem wurde beispielsweise die Walkmühle an die WIM Liegenschaftsfonds GmbH&Co.KG sowie eine Teilfläche im Bereich Stegerwaldstraße an die HSK Pflege GmbH verkauft. Zudem kam es zur Veräußerung von Teilflä-chen der Adalbert-Stifter-Schule sowie der Kerschensteinerschule und von Gewerbeflächen in der Mainzer Straße.

Jahresabschluss 2013

Weiterhin wurde in 2013 erstmals entschieden, Grundstücke, für die ein Erbbaurecht ab 01.01.2007 vergeben wurde, analog zur Bewertung in der Eröffnungsbilanz abzuwerten (rd. 1.335 Tsd. €). In 2013 wurde ungefähr die Hälfte der betroffenen Flurstücke abgewertet, die restlichen Erbbaurechtsflurstücke werden in 2014 abgewertet.

Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	Buchwert Stand 31.12.2013 Tsd. €	Buchwert Stand 31.12.2012 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Schulbauten	297.370	299.285	-1.915
Gebäude der Kinder-, Jugend - und Freizeiteinrichtungen	26.712	24.863	1.849
Bauten der Alten- u. Betreuungseinrichtungen	3.694	3.784	-90
Bauten der Sporteinrichtungen	15.790	16.509	-719
Kulturgebäude	19.688	20.140	-452
Gebäude des Brand- u. Katastrophenschutzes	11.221	11.438	-217
Friedhofsgebäude	959	954	6
sonstige Betriebsgebäude	6.247	6.593	-346
Gebäude der Verwaltung	14.593	14.923	-330
Wohn- und Mischgebäude	21.094	23.383	-2.289
Andere Bauten	2.028	1.936	91
Bauten auf fremden Grundstücken	351	353	-2
Außenanlagen	10.873	11.371	-498
Gesamt	430.621	435.533	-4.912

Der Buchwert der Gebäude und anderen Bauten hat sich in 2013 wie folgt entwickelt:

Stand am 01.01.2013	435.533 Tsd. €
Zugänge	4.553 Tsd. €
Umbuchungen zu Restbuchwerten	2.746 Tsd. €
Abgänge	- 3.174 Tsd. €
Abschreibungen des Haushaltsjahres*	- 10.192 Tsd. €
Stand am 31.12.2013	430.621 Tsd. €

* weitere Wertkorrekturen werden hier nicht dargestellt

Wesentliche Veränderungen in 2013:

Als wesentliche Veränderung sind der Neubau der Johannes-Maaß-Schule (Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) rd. 3.630 Tsd. €), der Neubau der KT Schlangebader Straße (AHK rd. 2.427 Tsd. €) sowie der Abriss der Gebäude in der Pfälzer Straße für den Neubau der Glarusstraße (rd. 2.369 Tsd. €) zu nennen.

Im Bereich der Kulturgebäude wurde in 2013 die Vorsteuerkorrektur des Jahres 2008 für die Villa Clementine und die Wartburg gebucht.

In einigen Bereichen ergibt sich eine Reduzierung der Buchwerte durch die Abschreibungen des Haushaltsjahres, denen keine oder geringere Investitionen gegenüberstehen.

Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	Stand 31.12.2013 Tsd. €	Stand 31.12.2012 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Straßen	197.125	210.424	-13.298
Wege, Plätze	24.671	25.556	-886
Ingenieurbauten	58.730	59.583	-853
Verkehrslenkungsanlagen	10.167	9.863	304
Sonstige Infrastruktureinrichtungen	0	1	-1
Denkmäler	3.589	3.617	-28
Öffentliche Grünflächen	44.939	44.335	604
Friedhofsanlagen	15.974	15.952	22
Gewässerbauten	392	80	312
Wald	46.210	46.283	-74
Gesamt	401.798	415.695	-13.897

Der Buchwert des Infrastrukturvermögens hat sich in 2013 wie folgt entwickelt:

Stand am 01.01.2013	415.695 Tsd. €
Zugänge	11.325 Tsd. €
Umbuchungen zu Restbuchwerten	1.675 Tsd. €
Abgänge	- 7.301 Tsd. €
Abschreibungen des Haushaltsjahres*	- 19.595 Tsd. €
Stand am 31.12.2013	401.798 Tsd. €

* weitere Wertkorrekturen werden hier nicht dargestellt

Jahresabschluss 2013

In 2013 wurden die beiden Flurbereinigungsverfahren Waldwiesen-West und Hochheim II im Anlagevermögen erfasst. Hieraus resultieren Vermögensverschiebungen im Bereich der Grundstücke (unbebautes und bebautes Grundvermögen sowie Infrastrukturvermögen). Der Gesamtbuchwert aller beteiligten Flurstücke ist dabei gleich geblieben, bei den einzelnen Bilanzpositionen gibt es dadurch jedoch Veränderungen. Insgesamt waren Flurstücke mit einem Gesamtbuchwert von rd. 9.748 Tsd. € beteiligt. Im Bereich des Infrastrukturvermögens fand die größte Veränderung statt, hier sind rund 7.000 Tsd. € jeweils bei den Zu- und Abgängen ausgewiesen.

Neben den Flurbereinigungsverfahren gab es folgende wertmäßig bedeutende Zugänge (Anschaffungs- und Herstellungskosten mit gerundeten Werten):

Die Werte setzen sich zusammen aus den Zugängen und den Umbuchungen zu Restbuchwerten.

Glarusstraße 1. BA	1.094 Tsd. €
Verschiedene Fahrbahndeckenerneuerungen	1.083 Tsd. €
Neue Beleuchtungsanlagen	867 Tsd. €
Neue Lichtsignalanlagen	222 Tsd. €
Pocketpark Sonnenberg	263 Tsd. €
Neugestaltung Faulbrunnenplatz	408 Tsd. €

In einigen Bereichen ergibt sich eine Reduzierung der Buchwerte durch die Abschreibungen des Haushaltsjahres, denen keine oder geringere Investitionen gegenüberstehen.

Weiteres Anlagevermögen	Stand 31.12.2013 Tsd. €	Stand 31.12.2012 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	167	179	-12
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	27.068	26.629	439
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	64.146	49.358	14.788

Die Bilanzposition **Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung** ist mit 167 Tsd. € wertmäßig unbedeutend. Der geringere Buchwert gegenüber 2012 resultiert überwiegend aus den Abschreibungen des Haushaltsjahres.

Der Buchwert der **Betriebs- und Geschäftsausstattung** hat sich in 2013 wie folgt entwickelt:

Stand am 01.01.2013	26.629 Tsd. €
Zugänge	7.449 Tsd. €
Umbuchungen zu Restbuchwerten	203 Tsd. €
Abgänge	- 3.889 Tsd. €
Abschreibungen des Haushaltsjahres (Wertberichtigungen auf Abgänge*)	- 7.026 Tsd. € + 3.728 Tsd. €
Stand am 31.12.2013	27.068 Tsd. €

* weitere Wertkorrekturen werden hier nicht dargestellt

Jahresabschluss 2013

Anlagenzugänge

Beispiele für Anlagenzugänge (Wert der AHK)

Nachaktivierungen im Rahmen der Inventur 2013	47 Tsd. €
Fahrzeugbeschaffungen	1.830 Tsd. €
Ausstattung KT Schlangebader Straße	216 Tsd. €
EDV-Ausstattung	686 Tsd. €
Büro-Medientechnik	484 Tsd. €
Mobiliar/Einbauten	1.240 Tsd. €

Anlagenabgänge

In 2013 wurde erstmals eine Folgeinventur für die beweglichen Vermögensgegenstände durchgeführt. In Vorbereitung der Inventur wurden bereits abgeschriebene Vermögensgegenstände (VG) ausgebucht, deren Anschaffungskosten im GWG-Bereich (geringwertige Wirtschaftsgüter) lagen.

Beispiele für Abgangsbuchungen (Wert der AHK)

Ausbuchen der abgeschriebenen VG im GWG-Bereich 2007-2012	606 Tsd. €
Abgangsmeldungen im Rahmen der Inventur 2013	508 Tsd. €
Fahrzeugabgänge (Verkäufe, Diebstahl)	1.267 Tsd. €
Abzgl. Abgänge Inv.	-370 Tsd. €
Korrigierte Summe	897 Tsd. €

Die **Anlagen im Bau** sind mit rd. 64.146 Tsd. € ausgewiesen.

Wesentlicher Bestandteil der Anlagen im Bau sind die Umlegungsverfahren Petersweg-Ost und Oberer Wingertsweg mit zusammen rund 29.367 Tsd. €.

Noch nicht abgeschlossene Baumaßnahmen bzw. Investitionszuschüsse sind beispielsweise:

- der Zuschuss an KUK für die Sanierung des Wasserturms	(rd. 2.588 Tsd. €)
- der Zuschuss an TriWiCon für den Neubau der Rhein-Main-Hallen	(rd. 2.474 Tsd. €)
- die Hochwasserschutzmaßnahme in Sonnenberg	(rd. 5.637 Tsd. €)
- die Sanierung des Bürgerhauses Erbenheim	(rd. 2.148 Tsd. €)
- die Bauruinen im Künstlerviertel	(rd. 2.297 Tsd. €)
- der Neubau der Comeniusschule	(rd. 1.000 Tsd. €)
- die Erweiterung der Grundschule Bierstadt	(rd. 1.012 Tsd. €)
- der Bau der Glarusstraße	(rd. 772 Tsd. €)
- die Abtrennung des Kessel-/Wellritzbaches von der Mischkanalisation	(rd. 1.006 Tsd. €)
- die Erweiterung der KT Im Sempel	(rd. 1.105 Tsd. €)
- der Neubau des Kleinkinderhauses St. Veiter Platz	(rd. 1.651 Tsd. €)

Jahresabschluss 2013

3.1.3 Finanzanlagen und sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen

	Stand 31.12.2013 Tsd. €	Stand 31.12.2012 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Anteile an verbundenen Unternehmen und Sondervermögen	455.679	455.468	211
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	67.091	68.233	-1.142
Beteiligungen und Zweckverbände	184	173.819	-173.635
Ausleihungen an Unternehmen m. Beteiligungsverhältnis	17.486	17.841	-355
Wertpapiere	35.700	35.700	0
Sonst. Ausleihungen	42.324	40.921	1.403
Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640	0	173.640
Gesamt	792.104	791.982	122

▪ Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Erläuterungen zu veränderten Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat gemäß Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom 21. März 2013 neben den bisherigen Gesellschaftsanteilen in Höhe von 10.000 €, weitere Anteile in Höhe von 5.000 € übernommen. Die Beteiligungsquote beträgt 12,5%. Der Kulturfonds fokussiert sich auf die Förderung der Kultur und Kunst in der Region.

Mattiaqua

Mit Beschluss Nr. 0507 der Stadtverordnetenversammlung wurde beschlossen, dass zur Stärkung des Eigenkapitals im Jahr 2013 der Verlust des Jahres 2009 in Höhe von 2,4 Mio. € von der Landeshauptstadt Wiesbaden übernommen wird.

Da bei dem Eigenbetrieb Verluste eingetreten sind, die nicht durch Betriebskostenzuschüsse ausgeglichen wurden, besteht ein weiterer Korrekturbedarf im Sinne einer Wertminderung der Finanzanlagen.

Es wird im Jahresabschluss 2013 unter Anwendung der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode eine phasengleiche Abwertung i. H. v. 649.410,94 EUR der Finanzanlage vorgenommen. Die Abwertung stellt im laufenden Geschäftsjahr 2013 außerordentlichen Aufwand dar.

TriWiCon

Da bei dem Eigenbetrieb Verluste eingetreten sind, die nicht durch Betriebskostenzuschüsse ausgeglichen wurden, besteht ein weiterer Korrekturbedarf im Sinne einer Wertminderung der Finanzanlagen

Es wird im Jahresabschluss 2013 unter Anwendung der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode eine phasengleiche Abwertung i. H. v. 1.546.947,60 € der Finanzanlage vorgenommen.

Die Abwertung stellt außerordentlichen Aufwand dar und vermindert damit das Ergebnis im Geschäftsjahr.

Frankfurt RheinMain GmbH

Der im Jahr 2012 geplante Austritt der Landeshauptstadt Wiesbaden aus der Frankfurt RheinMain GmbH International Marketing of the Region wurde nicht vollzogen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hält weiterhin 4 % Anteile an der Frankfurt RheinMain GmbH.

Abwasserverband Flörsheim

Der Abwasserverband Flörsheim wird in den Finanzanlagen noch mit 1 Euro bewertet. Bisher liegt nur die testierte Eröffnungsbilanz 2007 vom Abwasserverband Flörsheim vor. Die Bilanzsumme der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 beträgt T€ 40.167. Eine Bewertung der Finanzanlage kann erst nach Vorlage weiterer Jahresabschlüsse vorgenommen werden.

▪ **Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen**

Nassauische Sparkasse, Wiesbaden

Die Beteiligung an der „Nassauischen Sparkasse“ wurde in Höhe von 173.640 Tsd. € von der Finanzanlage in eine neue Bilanzposition „Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen“ umgegliedert. Die notwendige Umgliederung der Nassauischen Sparkasse ergibt sich aus dem neuen Muster für die Vermögensrechnung aus dem § 49 GemHVO.

Der Anteilsbesitz der LH Wiesbaden stellt sich zum 31.12.2013 wie folgt dar:

	Buchwert in EUR 31.12.2013	Beteiligung in%	Buchwert in EUR 31.12.2012
Anteile an verbundenen Unternehmen			
Sondervermögen			
WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden	100.000		100.000
TriWicon(ehemals Kurbetriebe Landeshauptstadt Wiesbaden, (Eigenbetrieb)	14.600.470		16.147.418
Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden, (Eigenbetrieb)	122.608.358		122.608.358
Mattiaqua	8.276.175		6.518.083
Stiftungskapital (Grundkapital)	1.883.961		1.883.961
Summe Sondervermögen	147.468.964		147.257.820
sonstige Anteile an verbundenen Unternehmen			
WV Wiesbaden Holding GmbH	285.353.126	100	285.353.126
HSK Rhein-Main GmbH, Wiesbaden	2.000.002	100	2.000.002
Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH, Wiesbaden (abw. Wirtschaftsjahr 01.08.-31.07.)	9.245.471	100	9.245.471
Altenhilfe Wiesbaden GmbH, Wiesbaden	3.575.456	100	3.575.456
Feierabendheim Siemeonhaus GmbH, Wiesbaden	1	94,9	1
WIM Liegenschaftsfond GmbH & Co.KG	5.467.136	100	5.467.136
Bürgersolaranlagen Wiesbaden GmbH	25.000	100	25.000
GeWeGe Gemeinnützige Wohnungs-ges. der Stadt Wiesbaden m.b.H., Wiesbaden	1.774.984	5,1	1.774.984
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH, Wiesbaden	195.186	5,13	195.186
SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH, Wiesbaden	556.057	5,1	556.057
Exina GmbH	18.000	67,00	18.000
Summe sonstige verbundene Unternehmen	308.210.419		308.210.419
Summe Anteile an verbundenen Unternehmen	455.679.383		455.468.239
Beteiligungen			
Zweckverbände			
Kommunales Gebietsrechenzentrum Wiesbaden	1		1
Abwasserverband Flörsheim	1	38,5	1
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	1		1
Naturpark Rhein-Taunus	1		1
Hessischer Verwaltungsschulverband	1		1
Summe Zweckverbände	5		5
sonstige Beteiligungen			
Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	15.000	12,5	10.000
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main	61072	4	61072
WIVERTIS Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH, Wiesbaden	0	49,9	0
ivm GmbH, Frankfurt am Main	7.471	3,1	7.471
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus	80.431	3,7	80.431
ZVN Finanz GmbH, Wiesbaden	6.150	24,6	6.150
HSK, Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GmbH, Wiesbaden	0	5,1	0
Regionalpark Ballungsraum RheinMain gGmbH	12.500	7,14	12.500
MSW Mein Solar Wiesbaden GmbH & Co.KG	1.000	0,3	1.000
Summe sonstige Beteiligungen	183.624		178.624
Summe Beteiligungen	183.629		178.629

	Buchwert in EUR 31.12.2013	Beteiligung in%	Buchwert in EUR 31.12.2012
sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen			
NASPA	173.640.000	30	173.640.000
Summe sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640.000		173.640.000
Sonstige Ausleihungen			
davon Genossenschaftsanteile			
Wiesbadener Volksbank e.G.	1.636		1.636
Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft	320		320
Summe Genossenschaftsanteile	1.956		1.956

Rundungsdifferenzen möglich

Hinweis

Anhaltspunkte für einen über den geschilderten hinausgehenden Abwertungsbedarf von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie des Sondervermögens und der Zweckverbände ergaben sich bis zum Bilanzerstellungszeitpunkt nicht.

▪ Weiteres Finanzanlagevermögen

Bei den **Sondervermögen** handelt es sich neben den beiden Eigenbetrieben um das Stiftungsgrundkapital von einer Immobilienstiftung (431 Tsd. €) sowie von neun Bargeldstiftungen (1.453 Tsd. €).

Zu den **Wertpapieren des Anlagevermögens** gehört ein Schuldscheindarlehen in Höhe von 35.700 Tsd. € bei der DZ-Bank (Anlage aus den Erlösen des Teilverkaufs der Stadtwerke Wiesbaden AG aus dem Jahre 2001). Die Laufzeit der Anlage beträgt 20 Jahre (sofern keine Kündigung erfolgt) und wird zu 6,02 % p. a. verzinst. Die Zinsen werden jährlich ausgezahlt.

Die **Ausleihungen** (an verbundene Unternehmen 67.091 Tsd. €, an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis 17.486 Tsd. € und an Sonstige 42.324 Tsd. €) beinhalten im Wesentlichen soziale Wohnungsbaudarlehen. Es sind - politisch gewollt - niedrig verzinsten Darlehen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung.

Jahresabschluss 2013

Die größten Ausleihungen im Überblick:

Ausleihungen	Stand 30.12.2013 Tsd. €	Stand 31.12.2012 Tsd. €	Differenz Tsd. €
GWW	40.323	40.924	-601
GeWeGe	19.219	19.226	-7
Nass. Heimstätte	17.486	17.741	-255
Private/ Vereine	16.574	15.293	1.281
GWH	14.264	14.494	-230
Geno50	4.805	4.873	-68
SEG	4.652	4.708	-56
GSWerk	5.255	4.570	685
Mattiaqua	2.336	2.643	-307

3.1.4 Umlaufvermögen

▪ Vorräte

Da es kein wesentliches Vorratsvermögen in den Lagern gibt, gelten die Vorräte als verbraucht und werden nicht angesetzt.

▪ Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen/ -zuschüssen und Investitionsbeiträgen

Gemäß den Förderrichtlinien zur Umsetzung des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms sowie des Zukunftsinvestitionsgesetzes des Bundes wird hier eine Forderung gegenüber dem Land Hessen i. H. v. 40.218 Tsd. € ausgewiesen. In gleicher Höhe wird bei den Kreditverbindlichkeiten gegenüber dem Kreditmarkt ein entsprechender Gegenposten passiviert. Diese Form der Darstellung wurde ausschließlich auf Grund der oben erwähnten Förderrichtlinie vorgenommen.

Weitere wesentliche Forderungen bestehen für die Gemeindeanteile Einkommensteuer und Umsatzsteuer für das IV. Quartal 2013 (10.256 Tsd. €).

Die Umgliederungen für kreditorische Debitoren fallen zum diesjährigen Bilanzstichtag deutlich niedriger (1.096 Tsd. €) aus, da im Gegensatz zu 2012 keine Umgliederungen für vorschüssige Zahlungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (8.060 Tsd. €) vorgenommen werden mussten.

▪ **Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben**

Die Forderungen aus Gewerbesteuer sind im Vergleich zur Schlussbilanz 2012 leicht zurückgegangen auf 62.599 Tsd. €.

Die Wertberichtigungen für diese Bilanzpositionen stiegen um 7.319 Tsd. € auf nunmehr 44.269 Tsd. €. Wie auch in 2012 waren mehrere hohe Einzelwertberichtigungen für Gewerbesteuerforderungen notwendig.

Die in 2012 eingeführte Praxis der 100%igen Wertberichtigung für Gewerbesteuerforderungen, die seit mehr als fünf Jahren überfällig sind, wurde auch in 2013 fortgesetzt.

Umgliederungen von kreditorischen Debitoren wurden in Höhe von 1.577 Tsd. € vorgenommen.

	Stand 31.12.2013 in Tsd. €	Stand 31.12.2012 in Tsd. €	Differenz in Tsd. €
Gewerbesteuer	62.599	68.619	-6.020
Verwaltungs- und Benutzungsgebühren	1.670	1.873	-203
Forderung aus Beiträgen	187	1.404	-1.217
Grundsteuer	269	966	-697
Spielapparatesteuer	171	595	-424
Konzessionsabgabe	1.110	593	517
Hundesteuer	157	141	16
Sonstige Abgaben	110	124	-14
Umgliederungen kreditorischer Debitoren	1.577	607	970
Wertberichtigungen	-44.269	-36.950	-7319
Gesamt	23.580	37.970	-14.390

▪ **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen**

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen liegen mit 1.303 Tsd. € um 2.937 Tsd. € unter dem Wert von 2012. Der starke Rückgang resultiert aus Umgliederungen für falsche Abstimmkonten zu den Bilanzpositionen sonstige Vermögensgegenstände und Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen/ -zuschüssen und Investitionsbeiträgen:

- 3.977 Tsd. € Forderungen und 1.974 Tsd. € Wertberichtigungen wurden zu den sonstigen Vermögensgegenständen umgegliedert,
- 1.094 Tsd. € Forderungen wurden zu Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen/-zuschüssen und Investitionsbeiträgen umgegliedert.

Die Umgliederungen für kreditorische Debitoren betragen 366 Tsd. €.

An Wertberichtigungen wurden zum Stichtag 31.12.2013 630 Tsd. € gebucht.

Jahresabschluss 2013

▪ Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen

Die Forderungen gegen verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen haben sich in der Gesamtsumme der Bilanzposition nur unwesentlich verändert (Zunahme um 18 Tsd. € auf 21.521 Tsd. €)

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen haben um 174 Tsd. € auf 771 Tsd. € zugenommen.

Die **Forderungen aus Betriebsmittelkrediten** an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen belaufen sich unverändert auf 9.938 Tsd. €. Dazu kommen Zinsforderungen aus diesen Krediten i. H. v. 647 Tsd. €.

Im Detail setzen sich die Forderungen aus Betriebsmittelkrediten wie folgt zusammen:

Schuldner	Tilgungsforderung	Zinsforderung
Feierabendheim Simeonhaus GmbH	8.588 Tsd. €	451 Tsd. €
AHW Altenhilfe Wiesbaden GmbH	1.350 Tsd. €	196 Tsd. €
Gesamt	9.938 Tsd. €	647 Tsd. €

Wertberichtigungen für nicht mehr werthaltige Forderungen aus Betriebsmittelkredite wurden i. H. v. 3.100 Tsd. € vorgenommen.

Gegenüber den Entsorgungsbetrieben bestehen im Rahmen des **Cash-Pool-Projekts** zum 31.12.2013 Forderungen i. H. v. 8.700 Tsd. €.

Weiterhin enthält diese Position **sonstige Forderungen** i. H. v. 3.601 Tsd. € an städtische Eigenbetriebe und verbundene Unternehmen, die im Rahmen der **Abwicklung der Personalkosten** entstanden sind:

Name	Forderung
Entsorgungsbetriebe der LHW	2.999 Tsd. €
TriWiCon	383 Tsd. €
Rhein-Main-Hallen GmbH	100 Tsd. €
Kurhaus Wiesbaden GmbH	56 Tsd. €
WVV Wiesbaden Holding GmbH	30 Tsd. €
Wasserversorgungsbetriebe der LHW	17 Tsd. €
WITCOM GmbH	11 Tsd. €
SEG Stadtentwicklungsgesellschaft mbH	3 Tsd. €
WiBau GmbH	2 Tsd. €
Gesamt	3.601 Tsd. €

Die Umgliederungen für kreditorische Debitoren betragen 107 Tsd. €.

▪ Sonstige Vermögensgegenstände

Die wesentlichen Posten der sonstigen Vermögensgegenstände sind die Nebenforderungen (6.378 Tsd. €), Forderungen für Darlehen, die nach dem BSHG, SGB II und SGB XII vergeben wurden (2.129 Tsd. €) sowie Forderungen ans Finanzamt i. H. v. 1.278 Tsd. €.

Weiterhin enthalten sind sonstige Forderungen aus antizipativer Abgrenzung i. H. v. 554 Tsd. €

Die Wertberichtigung für die sonstigen Vermögensgegenstände beträgt 8.816 Tsd. €. Umgliederungen für debitorische Kreditoren wurden i. H. v. 2.835 Tsd. € vorgenommen.

Aufgrund der SEPA-Einführung wurden debitorische Abbuchungsläufe i. H. v. 10.533 Tsd. € für die Fälligkeiten Anfang Januar 2014 im Zeitraum vom 18.12.-30.12. durchgeführt um die vorgeschriebene Bearbeitungszeit von 6 Kalendertagen zu gewährleisten. Der Ausgleich auf den Debitorenkonten erfolgte in 2013 und wird bei den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Die Gutschrift aus diesen Abbuchungsläufen auf dem Bankkonto der LHW erfolgte entsprechend den Fälligkeiten im Januar 2014.

Das SEPA-Abbuchungsverfahren wurde mittlerweile umgestellt, so dass sich die Bearbeitungszeit auf zwei Tage verkürzt. In 2015 können die Abbuchungsläufe am ersten Arbeitstag des Kalenderjahres ausgeführt werden.

▪ Flüssige Mittel

Diese enthalten die Guthaben auf städtischen Girokonten i. H. v. 2.012 Tsd. € sowie Tagesgelder i. H. v. 1.800 Tsd. € und Festgelder i. H. v. 169.200 Tsd. € bei diversen Banken und Sparkassen. Weiterhin enthalten sind Bestände von Bankkonten i. H. v. 2.841 Tsd. €, die von der Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (SEG) treuhänderisch verwaltet werden sowie der Bestand der städtischen Handvorschüsse i. H. v. 4 Tsd. €.

3.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten u. a. Anspar- und Sonderbeiträge von Landesdarlehen 5.492 Tsd. €) sowie im Dezember 2012 gezahlte Transferaufwendungen (17.025 Tsd. €) und Beamtenbezüge (4.659 Tsd. €) für den Januar des Folgejahres.

Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden i. H. v. 610 Tsd. € gebildet.

Jahresabschluss 2013

3.1.6 Eigenkapital

Die Nettoposition entspricht dem nicht angreifbaren „Eigenkapitalstock“ i. H. v. 1.259.090 Tsd. €. Da seit 2011 keine Korrekturen der Eröffnungsbilanz mehr möglich sind, blieb die Nettoposition unverändert.

- **Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses**

Zum 01.01.2013 wurde der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses 2012 (20.953 Tsd. €) - vermindert um den Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses von 1.806 Tsd. € - i. H. v. 19.147 Tsd. € der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt, so dass sich der Bestand der Rücklage auf 52.017 Tsd. € erhöht hat.

- **Sonderrücklagen**

Bei dem **Stiftungskapital** handelt es sich um das auf der Aktivseite unter Sondervermögen (zum Finanzanlagevermögen gehörend) in gleicher Höhe ausgewiesene Stiftungsgrundkapital.

3.1.7 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge

Als eigenkapitalähnliche Position weist die LH Wiesbaden 241.309 Tsd. € als Sonderposten aus. Diese gliedern sich wie folgt auf:

Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	Stand 31.12.2013 Tsd. €	Stand 31.12.2012 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	-201.558	-201.467	-91
Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	-3.404	-3.131	-273
Investitionsbeiträge (Straßen, Wege, Plätze)	-36.347	-38.563	2.216
Gesamt	-241.309	-243.162	1.853

nachrichtlich SoPo Gebührenaussgleichsrücklage	0	-12	12
Gesamt	-241.309	-243.174	1.864

3.1.8 Rückstellungen

▪ Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Unter den Rückstellungen für **Pensionen** werden Verpflichtungen der LH Wiesbaden für Versorgungsansprüche von Beamtinnen/Beamten und ihren Hinterbliebenen ausgewiesen. Insgesamt bestehen zum 31.12.2013 Pensionsverpflichtungen i. H. v. 415.715 Tsd. € gegenüber 1.936 Berechtigten. Hierbei handelt es sich um 1.155 Anwärter/-innen (190.493 Tsd. €) und 781 Pensionsbezieher/-innen (225.223 Tsd. €), d.h. Pensionärinnen, Pensionäre, Witwen/Witwer und Waisen.

Gemäß der Hessischen Beihilfenverordnung wird aktiven und ausgeschiedenen Beamtinnen/ Beamten und deren beihilfeberechtigten Angehörigen **Beihilfe** als Zuschuss im Krankheitsfall gewährt. Zum 31.12.2013 bestehen Beihilfeverpflichtungen i. H. v. insgesamt 51.118 Tsd. € gegenüber 1.936 Beihilfeberechtigten. Hierbei handelt es sich um 1.155 Anwärter/-innen (21.834 Tsd. €) und 781 Pensionsbezieher/-innen (29.284 Tsd. €).

Die **Rückstellung für Altersteilzeit** beträgt insgesamt 940 Tsd. € und wurde für 23 Altersteilzeitfälle, für die bereits eine Altersteilzeitvereinbarung abgeschlossen wurde, gebildet. Die Altersteilzeitverpflichtungen gegenüber Beamtinnen/ Beamten betragen zum 31.12.2013 387 Tsd. €, die Altersteilzeitverpflichtungen gegenüber Tarifbeschäftigten 553 Tsd. €.

Die **Rückstellung für Steuern und Finanzausgleich** beinhaltet eine Umsatzsteuernachzahlung für BgA Personalgestaltung. Die Auszahlung der Nachforderung des Jahres 2009 erfolgte in 2013, so dass der Rückstellung 28 Tsd. € entnommen werden konnten.

Bei den **Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten** handelt es sich i.d.R. um Altlastenentsorgungsverpflichtungen, die den ermittelten Wert des Grund und Bodens übersteigen. Im Jahre 2013 erfolgte eine Teilauflösung der Rückstellung für Altlasten „Arsenschaden Rheinwiese“ aufgrund durchgeführter Sanierungen in Höhe von 127 Tsd. €. Die Rückstellung für die Maßnahme „Ehemaliges Gaswerk Bahnhofstraße“ reduzierte sich um 1 Tsd. €.

Gemäß der Hessischen Gemeindehaushaltsverordnung ist für im Haushaltsjahr unterlassene Instandhaltungen, die im Folgejahr nachgeholt werden sollen, eine **Instandhaltungsrückstellung** zu bilden. Das Verfahren zur Ermittlung der Höhe der zu bildenden Instandhaltungsrückstellung wurde zum Jahresabschluss 2013 geändert. Auf Basis der Rückstellungshöhe des letzten Jahres wird ein Quotient von 3,5% der Instandhaltungsaufwendungen festgelegt. Damit ergibt sich eine Rückstellungshöhe zum 31.12.2013 von 936 Tsd. €.

Die Instandhaltungsrückstellung aus 2011 wurde zweckentsprechend i.H.v. 81 Tsd. € verwendet.

▪ Sonstige Rückstellungen

Die **Rückstellung für die nicht ausgezahlten Leistungsentgelte nach dem TvöD** hat sich durch die Zuführung von 1.880 Tsd. € auf 5.484 Tsd. € erhöht.

Die Rückstellung für das Lebensarbeitszeitkonto hat sich um 716 Tsd. € auf 4.372 Tsd. € erhöht.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen für andere Aufwendungen** wurde allen erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Der Gesamtbetrag dieser Rückstellungen hat sich von 4.818 Tsd. € auf 14.967 Tsd. € erhöht.

Jahresabschluss 2013

Die Veränderungen im Einzelnen:

- Aus der Rückstellung für die **Photovoltaikanlage** auf der städtischen Deponie wurden 49 Tsd. € entnommen, um den ELW den Verlust 2012 gemäß Stvv-Beschluss auszugleichen.
- Die Rückstellung in Höhe von 225 Tsd. € für die Weiterverfolgung der Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dem **Künstlerviertel** wurde in voller Höhe entnommen. Die Prozesskosten konnten damit teilweise gedeckt werden.
- Die Rückstellung zur **Deckung des negativen Eigenkapitals der KGRZ** blieb unvermindert bei 1.240 Tsd. €
- Neu gebildet wurde eine Rückstellung in Höhe von 8.000 Tsd. € für eine drohende **Verlustübernahme** gegenüber der TriWiCon, da der Abriss der Rhein-Main-Hallen im Jahr 2014 zu einer außerordentlichen Abschreibung bei der TriWiCon in gleicher Höhe führen wird.
- Für eine drohende Rückforderung des Bundes für zuviel erhaltener **Eingliederungsleistungen SGB II** wurde eine Rückstellung in Höhe von 2.037 Tsd. € gebildet.
- Im Rahmen der **Baumaßnahme „Rückbau Bauernbrücke“** existiert noch eine offene Forderung gegenüber der Stadt. Die offene Forderung, die die Baufirma einklagt, liegt bei 321 Tsd. €, die Prozesskosten werden auf 65 Tsd. € geschätzt. Die Rückstellungshöhe liegt daher bei 386 Tsd. €.
- Bei den Rückstellungen für **Offene Nebenkostenforderungen Luisenforum** (198 Tsd. €) und Rückforderung des Bundes von Mitteln aus dem **Bildungs- und Teilhabepaket** (2.941 Tsd. €) haben sich keine Änderungen ergeben. Grundsätzlich wird der Rückstellung für nicht in Anspruch genommene Bundesmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket die Differenz zwischen Einzahlungen und Auszahlungen zugeführt. Diese Differenz beträgt für 2013 rd. 800 Tsd. €. Derzeit ist noch unklar, ob und wenn ja in welcher Höhe der Bund eine Rückforderung für 2013 geltend machen wird, da ein Teil der Rückforderung bereits innerhalb des Jahres 2013 durch den Bund verrechnet wurde. Etwaige Rückforderungen für 2013 können dann aus der Rückstellung für 2012 bedient werden, da abzusehen ist, dass die Rückforderung durch den Bund geringer ausfallen wird, als die gebildete Rückstellung.

Andere Rückstellungen im Sinne des § 39 Abs. 2 GemHVO wurden in Ausübung des Wahlrechts nicht gebildet.

3.1.9 Verbindlichkeiten

▪ Verbindlichkeitspiegel zum 31.12.2013

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten sind im Verbindlichkeitspiegel dargestellt (Kapitel 4.3).

Die Verbindlichkeiten haben sich um 28.535 Tsd. € auf 430.350 Tsd. € reduziert. Im Folgenden werden nun die wesentlichen Veränderungen bei den einzelnen Bilanzpositionen erläutert.

▪ Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen haben sich insgesamt um 11.415 Tsd. € auf 347.193 Tsd. € verringert.

Die Veränderungen im Einzelnen:

- Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen gegenüber Kreditinstituten konnten um 9.709 Tsd. € auf nunmehr 309.945 Tsd. reduziert werden.

Durch die Verschiebung der „Altlasten-Darlehen“ aus dem Bereich Kreditaufnahmen gegenüber öffentlichen Kreditgebern ergibt sich ein Zugang von 842 Tsd. €, die Reduzierung verringert sich also um diesen Betrag.

In der Jahresschuldenstatistik werden die durch das Land zu tilgenden Anteile der „Altlasten-Darlehen“ mit aufgenommen dadurch sind die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten dort um 1.965 Tsd. € höher.

- Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen gegenüber öffentlichen Kreditgebern konnten um 1.641 Tsd. € auf nunmehr 35.877 Tsd. reduziert werden.

Durch die Verschiebung der „Altlasten-Darlehen“ in den Bereich Kreditaufnahmen gegenüber Kreditinstituten ist die Verringerung um 842 Tsd. € erhöht.

- Die Verbindlichkeiten aus dem Sonderkonjunkturprogramm (Eigen- und Landesanteil) sanken um 411 Tsd. € bzw. 1.531 Tsd. € auf nunmehr 10.825 Tsd. € bzw. 40.218 Tsd. €. Die Höhe des Landesanteil entspricht der Höhe der Forderung gegenüber dem Land Hessen, die bei der Bilanzposition „Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen/ -zuschüssen und Investitionsbeiträgen“ gegenüber dem Land Hessen ausgewiesen wird.

▪ Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Diese Position enthält die Verbindlichkeiten aus Leibrenten (89 Tsd. €), zu deren Zahlung sich die LH Wiesbaden verpflichtet hat. Leibrenten sind von der Lebensdauer einer oder mehrerer bestimmter Personen (des Rentenberechtigten, des Rentenverpflichteten oder auch dritter Personen) abhängende Leistungen, die nur solange erfolgen, solange die versicherte Person lebt.

Solche Leibrenten vereinbart die LH Wiesbaden aktuell nicht mehr. Die bestehenden Verbindlichkeiten resultieren aus früheren Zahlungsverpflichtungen des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften sowie des Kulturamtes.

Jahresabschluss 2013

▪ **Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen und Transferleistungen**

Hier werden vor allem Transferverbindlichkeiten gegenüber Bund, Land, Gemeindeverbänden und sonstigen Dritten ausgewiesen (13.541 Tsd. €). Einen wesentlichen Anteil daran haben Verbindlichkeiten aus einer geplanten Zuweisung an das Land zur städtebaulichen Entwicklung des Areals Gerichtsstraße i. H. v. 10.000 Tsd. €; die tatsächliche Auszahlung erfolgt erst in späteren Jahren.

Verbindlichkeiten aus erhaltenen, aber noch nicht zweckentsprechend verwendeten Investitionsbeiträgen bestanden i. H. v. 340 Tsd. €.

▪ **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben im Vergleich zu 2012 um 1.608 Tsd. € zugenommen und betragen nunmehr 11.053 Tsd. €.

Weiterhin sind in dieser Position Umgliederungen für debitorische Kreditoren i. H. v. 997 Tsd. € enthalten.

▪ **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen**

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen sind um 7.253 Tsd. € auf nunmehr 11.439 Tsd. € gesunken. Der starke Rückgang ist damit zu erklären, dass im Gegensatz zum 31.12.2013 keine offenen Verbindlichkeiten aus Investitionszuschüssen bestehen.

Sie enthalten im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Stiftungen (verwendbares Stiftungskapital i. H. v. 4.441 Tsd. € und Grundkapital i. H. v. 881 Tsd. €). Weiterhin bestehen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen i. H. v. 4.060 Tsd. € und sonstige Verbindlichkeiten i. H. v. 989 Tsd. €.

Umgliederungen für debitorische Kreditoren wurden i. H. v. 1.241 Tsd. € vorgenommen.

▪ **Sonstige Verbindlichkeiten**

Die Sonstigen Verbindlichkeiten sind um 13.126 Tsd. € auf nunmehr 42.905 Tsd. € gesunken.

Diese Verringerung ist vor allem auf den starken Rückgang von Umgliederungen für kreditorische Debitoren zurückzuführen (von 11.517 Tsd. € auf 2.265 Tsd. €, siehe auch die Erläuterungen zu den Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen).

Den größten Anteil an den sonstigen Verbindlichkeiten haben zweckgebundene Einnahmen, die noch nicht dem Zweck entsprechend verwendet wurden:

	Stand 31.12.2013 in Tsd. €	Stand 31.12.2012 in Tsd. €	Differenz in Tsd. €
Garagenfonds	10.452	12.373	-1.921
Offensive für Kinderbetreuung	2.801	3.053	-252
LHW Anteil Sanierungsförderung	2.410	2.410	0
Biotopausgleich	1.036	872	164
Nachlässe	1.321	1.096	225
Schönheitsreparaturen Altenwohnanlagen	120	111	9
Grundwasserüberwachungsprogramm	200	200	0
Spenden	145	149	-4
Ökokonto	90	96	-6
Fehlbelegungsabgabe, kommunaler Anteil	1.424	4.300	-2.876
Ablösesumme Stellflächen	2.301	2.301	0
Zuweisungen Soziale Stadt	4.225	3.135	1.090
Zuweisungen Europ.Fonds f.regionale Entw.	2	95	-93
Gesamt	26.866	30.191	-3.664

Weitere wesentliche Positionen der sonstigen Verbindlichkeiten sind:

- 221 Tsd. € aus erhaltener und noch nicht ans Land Hessen weitergeleiteter Fehlbelegungsabgabe (Landesanteil: wird von LHW vereinnahmt und nach Abzug einer Verwaltungskostenpauschale periodisch ans Land weitergeleitet),
- 2.599 Tsd. € aus der antizipativen Abgrenzung für noch nicht ausgezahlte Darlehenszinsen
- 2.122 Tsd. € Transferverbindlichkeiten für den Dezember 2013, die über das Vorverfahren Prosoz erst im Januar 2014 ausgezahlt wurden,
- 800 Tsd. € für einen Mietkostenzuschuss im Rahmen der Ansiedlung eines weiteren Standorts der European Business School in Wiesbaden.

Für nicht ausgeglichene Verrechnungskonten erfolgt der Ausgleich im Folgejahr.

3.1.10 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Dieser Posten enthält u. a. Einnahmen für Grabnutzungsrechte i. H. v. 34.964 Tsd. €, die ertragsmäßig zukünftige Jahre betreffen. Die LH Wiesbaden ist Trägerin von Friedhöfen in verschiedenen Ortsteilen und mit unterschiedlichen Leistungsangeboten. Die Leistungsangebote umfassen i. d. R. alle gängigen Friedhofsleistungen inkl. Einäscherung sowie Sonderformen von Grabnutzungsrechten. Entsprechend der jeweils geltenden Friedhofsgebührenordnung erhebt die LH Wiesbaden Gebühren für den Erwerb eines Grabnutzungsrechtes über einen bestimmten Zeitraum, ggf. einschließlich der Pflege, sowie Gebühren für Nutzung der Trauerhalle und die Beisetzung. Die für Grabnutzungsrechte eingenommenen Gebühren werden über den Nutzungszeitraum zeitanteilig aufgelöst.

Ebenfalls enthalten sind mehrjährige Abgrenzungsposten für die Einnahmen aus der Legatgrabpflege (1.256 Tsd. €) sowie aus der Grundwasserabgabe (124 Tsd. €). Sonstige Abgrenzungsposten wurden zum 31.12.2013 in Höhe von 23 Tsd. € gebildet.

3.2 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

3.2.1 Allgemeine Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

Die Teilergebnisrechnungen spiegeln immer die in dem Haushaltsjahr jeweils gültige Organisationsstruktur ab. Bei Verschiebungen von Ämtern oder Ämterbereichen von einem Dezernat in ein anderes ändern sich dadurch automatisch auch die Werte des Vorjahres, so dass diese Spalte in den Teilergebnisrechnungen von den Teilergebnisrechnungen des Vorjahres abweichen kann.

In 2013 haben sich durch die Oberbürgermeisterwahl und den damit verbundenen Amtswechsel einige organisatorische Veränderungen ergeben, die im Rechenschaftsbericht ausführlich erläutert sind.

Die Sonderposten aus Investitionszuschüssen werden nicht mehr, wie bisher, in die Kostenstellen der Fachbereiche aufgelöst, sondern gemäß Ziff. 3 der Hinweise zu § 38 Gemeindehaushaltsverordnung in das Teilergebnis „Allgemeine Finanzwirtschaft“ gebucht. Da die Planung noch auf der Ebene der Fachdezernate erfolgte ergeben sich dementsprechende Plan-Ist-Abweichungen.

Die organisatorischen Veränderungen, eine Analyse des Ergebnisses und der Plan-Ist- sowie Ist-Ist-Abweichungen finden sich im Rechenschaftsbericht (Kap. 2)

3.2.2 Restmittel und Überleitungen

Die Plan-Ist-Abweichungen der budgetwirksamen Bestandteile bilden gemäß den geltenden Budgetrichtlinien auf Dezernatsebene die maximale Überleitungssumme.

Die Überleitungen erfolgen weiterhin trotz angespannter Haushaltslage, um einen wirtschaftlichen Umgang der Ämter mit ihrem Budget zu gewährleisten. Dezernate, die ihr Budget überschritten haben, erhalten in der Regel einen Verlustvortrag im nächsten Jahr.

Aus dem Jahr 2012 wurden 37.165 Tsd. € in das Jahr 2013 übergeleitet, die Überleitungen nach 2014 belaufen sich auf ca. 17.999 Tsd. € (Stand 16.07.2014).

3.2.3 Ergebnisverwendung

Der Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses 2013 wird aus dem Überschuss des ordentlichen Ergebnisses 2013 gedeckt. Der verbleibende Überschuss von 27.567 Tsd. € wird der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt, die sich dadurch auf 79.584 Tsd. € erhöht.

3.3 Erläuterungen zur Finanzrechnung

3.3.1 Einleitung

Die Finanzrechnung wurde mit der indirekten Methode aufgestellt, das heißt, sie wurde aus den Zahlen der Vermögensrechnung und der Ergebnisrechnung ermittelt. Sie liefert Informationen über die Zahlungsströme des betrachteten Geschäftsjahres sowie über die Veränderungen des Zahlungsmittelbestandes. Hierbei wird zwischen Zahlungsmittelzuflüssen und -abflüssen aus laufender Verwaltungstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit unterschieden.

Die LH Wiesbaden weist für das Jahr 2013 einen Finanzmittelüberschuss i. H. v. 43.078 Tsd. € aus, so dass sich die flüssigen Mittel auf 175.858 Tsd. € zum Ende des Geschäftsjahres erhöht haben.

Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Differenz
	in Tsd. €		
Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	117.031	75.139	-41.892
Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-12.663	-24.649	11.986
Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-52.096	-9.819	42.277
Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbetrag d. Haushaltsjahres	52.271	40.670	-11.601
Zahlungsmittelbestand am Beginn des Haushaltsjahres	80.509	132.780	52.272
Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres	132.780	175.858	43.078

Wie man anhand der obigen Übersicht erkennen kann, hat der hohe Überschuss beim Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit die Fehlbeträge in den Zahlungsmittelflüssen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit kompensiert.

Beim starken Rückgang des Zahlungsmittelflusses aus laufender Verwaltungstätigkeit muss berücksichtigt werden, dass in 2012 die erhaltene Rückzahlung von Betriebsmittelkrediten den Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit verbessert hat.

3.3.2 Erläuterungen der erheblichen Unterschiede

Der Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 41.892 Tsd. € reduziert. Dies lag insbesondere daran, dass:

- die Rückstellungen im Vergleich zu 2012 i. H. v. 27.405 Tsd. € zugenommen haben,
- die Forderungen aus Lieferung/Leistung sowie andere Aktiva, die nicht der Investitions-/Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind, im Vergleich zu 2012 sich nur unwesentlich verändert haben. Der hohe Unterschied zum Wert aus 2012 ist auch auf die Rückzahlung der Betriebsmittelkredite zurückzuführen.
- die Verbindlichkeiten aus Lieferung/Leistung sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions-/Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind, um 16.767. Tsd. € zurückgegangen sind. In 2012 war hier noch eine Zunahme i. H. v. 7.458 Tsd. € zu verzeichnen.

Der Unterschiedsbetrag i. H. v. 24.225 Tsd. € resultiert vor allem aus der stark gesunkenen Umgliederung kreditorischer Debitoren sowie dem Rückgang bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen.

Der Anstieg des Fehlbetrags beim Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit um 11.986 Tsd. € auf 24.649 € ist fast ausschließlich auf die Auswirkungen der langen vorläufigen Haushaltsführung in 2012 zurückzuführen, die dazu führte, dass einige investive Maßnahmen zeitverzögert begonnen wurden.

Der **Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit** zeigt eine Verringerung bei der Kreditaufnahme (34.217 Tsd. €), aber auch eine geringere Tilgung von Krediten (76.764 Tsd. €). Diese hohen Unterschiede zu 2012 sind wie bereits beim Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit erläutert, mit der erhaltenen Rückzahlung von Betriebsmittelkrediten in 2012 zu erklären, die wiederum die LHW in die Lage versetzt haben, die eigens dafür aufgenommenen Kassenkredite zu tilgen.

Erläuterungen zum Plan- / Ist-Vergleich sind ebenfalls dem Rechenschaftsbericht in Kapitel 2 zu entnehmen.

Jahresabschluss 2013

3.4 Übersicht über die Investitionen und Instandhaltungen inkl. Überleitungen

Investitionen	Ausgaben	Ansatz	Budget- veränderung	Ausgaben	Restbudget bzw. Überleitung
	Ist 2012 ⁴³ Tsd. €	2013 Tsd. €	2013 Tsd. €	Ist 2013 Tsd. €	Tsd. € ⁴⁴
Dez. I	3.725,16	11.422	28.623,49	6.832	33.205
Dez. II	11.340,43	14.908	36.836,63	16.384	35.361
Dez. III ⁴⁵	1.125,93	15.111	- 3.244,42	3.149	8.718
Dez. IV	6.167,52	24.649	- 17.794,66	6.854	16325
Dez. V / Schule	6.403,29	7.359	9.415,68	6.912	9.724
Dez. V / Kultur	6.129,93	9.214	21.132,59	2.837	27.510
Dez. VI	1.621,95	2.057	2.377,85	794	3.640
Dez. VII	1.512,27	1.091	2.594,48	937	1.831
Summe	38.026	85.811	79.942	44.699	136.314

Instandhaltung	Ausgaben	Ansatz	Budget- veränderung	Ausgaben	Restbudget bzw. Überleitung
	Ist 2012 ⁴⁶ Tsd. €	2013 Tsd. €	2013 Tsd. €	Ist 2013 Tsd. €	Tsd. € ⁴⁷
Dez. I	6.499	6.399	279	6.186	8.286
Dez. II	5.094	4.357	623	3.707	7.177
Dez. III	1.288	416	-1.252	505	1.237
Dez. IV	6.878	8.427	1.549	8.528	2.981
Dez. V / Schule	3.907	8.611	4.704	5.550	7.978
Dez. V / Kultur	197	399	202	933	604
Dez. VI	11	555	-1.968	59	522
Dez. VII	715	1.727	1.012	1.013	2.810
Summe	24.948	30.891	5.149	26.481	31.595

Gesamt	62.974	116.702	85.091	71.180	167.909
---------------	---------------	----------------	---------------	---------------	----------------

⁴³ Änderungen zum Vorjahresbericht ergeben sich durch Änderungen in der Dezernatsstruktur

⁴⁴ Die Höhe der tatsächlichen Überleitungen kann sich durch evtl. Einsparungen abweichen.

⁴⁵ Darstellung Dezernat III ohne Grundstücksfonds

⁴⁶ Änderungen zum Vorjahresbericht ergeben sich durch Änderungen in der Dezernatsstruktur

⁴⁷ Die Höhe der tatsächlichen Überleitungen kann sich durch evtl. Einsparungen abweichen.

Allgemeine Erläuterungen zur Tabelle:

- Zum Stand 5/2014
- Das Instandhaltungsbudget umfasst neben den Instandhaltungen von Bauwerken im eigentlichen Sinne auch Mittel für weitere nicht-aktivierungsfähige Vorhaben, wie z.B. Zuschüsse zu Instandhaltungen Dritter
- Die Spalte Budgetveränderungen enthält die Summe aller Budgetveränderungen (Übertrag aus dem Vorjahr, Üpl/apl-Genehmigungen, Deckungen und (soweit zum Zeitpunkt der Erstellung gebucht) Überträge ins Folgejahr.
- Die Darstellung erfolgt auf Basis der Dezernatzuschnitte zum Zeitpunkt 31.12.2013.
- Der Grundstücksfonds (Dezernat III) ist nicht berücksichtigt.
- Die Arbeiten im Budgetabschluss waren zum Zeitpunkt der Erstellung noch nicht vollständig abgeschlossen. Es waren noch einzelne Genehmigungen überplanmäßiger Ausgaben offen, so dass sich noch Änderungen an der Höhe der tatsächlichen Überleitung ergeben können.

3.4.1 Übersicht über die fünf größten Investitionsmaßnahmen

Investitionen Tsd. €		Rest aus 2012	Ansatz 2013	Akt. Ansatz 2013	Ausgaben 2013	Rest-budget bzw. max. Überleitung
I.01845	66 WIN Glarusstraße	848	2.029	2.877	2.252	625
I.00546	40 Joh.-Maaß-Schule Neubau	341	50	2.117	2.100	18
I.01585	51 Ersatzneubau Kita Schlangenbader St	1.610	0	2.235	2.016	219
I.01834	41 Zuschuss an Kuk Ersatzneubau	1.812	4.000	5.812	1.989	3.822
I.02697	37 Beschaffung von Fahrzeugen	215	445	1708	1.701	7.400

(Stand: 05/2014)

Eine ausführliche Liste über alle größeren Investitionsmaßnahmen befindet sich im Kapitel 4.10.

3.4.2 Erläuterungen zu Investitionen und Instandhaltungen

Die in Vorjahren an dieser Stelle veröffentlichten Erläuterungen der wesentlichen Positionen aus den Investitions- und Instandhaltungsprogramm werden seit dem Jahresabschluss 2011 aufgeteilt nach Dezernaten im Rechenschaftsbericht aufgeführt.

3.6 Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) hat eine Gemeinde das Wohl ihrer Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe zu fördern. Dabei sind Gemeinden in ihrem Gebiet, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen, ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung (§ 2 HGO).

Jede Gemeinde hat gemäß § 19 HGO die Aufgabe, in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen, sportlichen und kulturellen öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

3.7 Organe und Vertretungsbefugnis

Die Bürgerinnen und Bürger der LH Wiesbaden nehmen durch die Wahl der Stadtverordnetenversammlung, der Ortsbeiräte und des Oberbürgermeisters sowie durch Bürgerentscheide an der Verwaltung der Stadt teil.

Die Stadtverordnetenversammlung ist das oberste Organ der LH Wiesbaden.

Die Zahl der Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung der LH Wiesbaden beträgt nach § 38 Abs. 1 HGO für die Städte über 250.000 Einwohner 81. Gemeindevertreter können sich zu einer Fraktion zusammenschließen (§ 36 a Abs. 1 HGO).

Die Wahlzeit der Stadtverordnetenversammlung beträgt fünf Jahre. Im März 2011 fand die letzte Kommunalwahl statt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt über die wichtigen Angelegenheiten der Stadt. Sie kann die Beschlussfassung über bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten auf den Magistrat oder einen der Ausschüsse übertragen. Dies gilt nicht für die in § 51 HGO aufgeführten ausschließlichen Zuständigkeiten der Stadtverordnetenversammlung.

Im Einzelnen gliederte sich die Stadtverordnetenversammlung in 2013 die folgenden **Fraktionen**

	Stand: 31.12.2013
Christlich Demokratische Union (CDU)	27 Sitze
Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)	23 Sitze
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	14 Sitze
Linke&Piraten	4 Sitze
FDP	3 Sitze
Bürgerliste Wiesbaden (BLW)	3 Sitze
Unabhängige & Freie Wähler (UFW)	3 Sitze
Fraktionslos	4 Sitze

Nach der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung muss eine Fraktion aus mindestens drei Stadtverordneten bestehen.

Die Stadtverordneten Dr. Karin Lerschmacher, Sibel Güler, Friederike von Garnier und Peter Schadt waren zum 31.12.2013 fraktionslos.

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind im Folgenden genannt.

Stadtverordnetenvorsteher

Nickel, Wolfgang CDU

Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher/in

Göttenauer, Michael Linke&Piraten
 Große, Claus-Peter GRÜNE
 Queck, Katharina CDU
 Schickel, Hans Peter SPD

Weitere Stadtverordnete in 2013:

Abt, Richard	Lorenz, Bernhard
Altz, Richard	Manjura, Christoph
Andes-Müller Dipl.Ing., Dorothee	Maritzen, Ronny
Angor, Dorothea	Michna Dr., Hans-Achim
Apel, Michaela	Mucha, Monika
Bachmann, Christian	Nehrbaß, Helmut (bis 21.03.2013)
Becker, Jürgen	Oschmann, Petermartin
Belz, Stephan	Paffe, Sandra
Bilir, Suayip (ab 01.12.2013)	Pfeifer, Rainer
Bohrer, Hartmut	Pöpel, Brigitte Susanne
Braun, Karl	Reiß, Ingrid (seit 22.07.2013)
David, Michael	Röck-Knüttel, Nicole
Delbasteh Dr., Rashid	Rottloff, Simon
Denne, Heike	Ruf, Nadine
Diers, Christian	Sahin Dipl. Ing., Gülden
Dogan, Salih	Schadt, Peter
Düe, Barbara	Schmehl, Hendrik (seit 05.06.2013)
Dumont du Voitel, Sabine	Schmitz Dr., Sven-Uwe
Egert, Urban (seit 18.06.2013)	Schnaus, Eleonore
Franz, Kerstin (bis 18.09.2013)	Schon, Manuela

Jahresabschluss 2013

Freund, Renate Frommann, Hans-Jörg Gaedeke, Sabine Gerich, Sven (bis 17.06.2013) Geis, Kerstin (bis 30.11.2013) Gretz-Roth Dr., Vera Güler, Sibel Hagenmüller, Axel Hasemann-Trutzel, Hans-Joachim Hebenstreit, Anita Hininger, Christiane Hoffmann, Annabelle (bis 04.06.2013) Horschler, Dieter Jentsch Dr., Doris Karipidou, Sofia (seit 19.09.2013) Kaynak, Evrim (bis 19.03.2012) Kessler, Hans-Martin Kienast-Dittrich, Renate Kisseler, Felix Knauer, Christa Koch, Karsten (bis 21.07.2013) Koch, Simone Lerschmacher Dr., Karin	Schuchalter-Eicke, Gabriele Seidensticker, Eberhard Seipel-Rotter, Hendrik Sohn, Axel Wolfgang (seit 01.04.2013) Spallek, Stefan Spruch, Claudia Tatarca, Ümran Uebersohn Dr., Gerhard Volk-Borowski, Dennis Völker Dr., Reinhard von Garnier, Friederike von Poser und Groß-Naedlitz Dr., Michael Waldeck, Andreas Wallmann, Astrid Weck, André Weinerth, Ulrich Wild, Volker Wilhelmy, Veit Wittkowski Dr., Bernd
--	---

Für die Wahlperiode 2011 bis 2016 wurden folgende Ausschüsse gebildet:

- Ältestenausschuss
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
- Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
- Ausschuss für Frauenangelegenheiten
- Ausschuss für Freizeit und Sport
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr
- Ausschuss für Schule und Kultur
- Ausschuss für Soziales und Gesundheit
- Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit
- Revisionsausschuss

Für die restliche Wahlperiode ab dem Jahr 2014 wurde ein Beteiligungsausschuss gebildet.

Die Stadtverordnetenversammlung überwacht die Verwaltung der Stadt und die Geschäftsführung des Magistrats.

Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung über die wichtigsten Verwaltungsangelegenheiten laufend zu unterrichten und ihr wichtige Anordnungen der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.

Der Magistrat besteht aus dem hauptamtlichen Oberbürgermeister, dem hauptamtlichen Bürgermeister, 5 hauptamtlichen Stadträtinnen/Stadträten (Dezernentinnen/Dezernenten) sowie weiteren 13 ehrenamtlichen Stadträtinnen/Stadträten.

Die Mitglieder des Magistrats in 2013 waren:

Oberbürgermeister

Gerich Sven (ab 02.07.2013)
Dr. Müller Helmut-Georg (bis 01.07.2013)

Bürgermeister

Goßmann Arno

hauptamtliche Magistratsmitglieder

Bendel Detlev
Dr. Franz Oliver (ab 01.10.2013)
Möricke Sigrid
Scholz Rose-Lore
Imholz Axel (ab 02.07.2013 Stadtkämmerer)
Zeimetz Birgit (bis 30.09.2013)

ehrenamtliche Magistratsmitglieder

Coigné, Mechthild
Gores, Wolfgang
Herber, Wolfgang † (07.02.2013)
Kornmüller-Bolte, Daniela
Kötschau, Sven
Nehrbaß, Helmut (ab 21.03.2013)
Dr. Reinhardt, Tilli-Charlotte
Reiß, Thorsten
Schlemp, Dieter
Schüler, Ralph
Schuster, Rainer
Skolik, Helga
von Scheidt, Helmut
Wolf, Gabriele

Der Oberbürgermeister wird von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt direkt gewählt. Die Amtszeit des Oberbürgermeisters beträgt sechs Jahre. Die nächste Wahl findet in 2019 statt.

Die hauptamtlichen Stadträte werden von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Deren Amtszeit beträgt ebenfalls sechs Jahre.

Die ehrenamtlichen Stadträte werden von der Stadtverordnetenversammlung für die Wahlzeit der Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Der Magistrat vertritt die Stadt. Er ist deren Verwaltungsbehörde und besorgt nach den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der bereitgestellten Mittel die laufende Verwaltung der LH Wiesbaden.

3.8 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Im Haushaltsjahr 2013 standen durchschnittlich 4.164 Personen in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis. Im Einzelnen waren dies 998 Personen in einem Dienstverhältnis (Beamte/Beamtinnen) sowie 3.166 Personen in einem Arbeitsverhältnis (Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen).

3.9 Haftungsverhältnisse

Die LH Wiesbaden ist Mitglied im Sparkassenzweckverband Nassau (ZVN) neben der Stadt Frankfurt sowie 4 Landkreisen in Hessen und 2 Landkreisen in Rheinland-Pfalz. Der Verband ist Mitglied im Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Er ist ein Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16. Dezember 1969 und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau vom 13.12.1990, zuletzt geändert am 09.03.2011). Der Zweckverband ist Gewährträger der Nassauischen Sparkasse. Nach dem grundsätzlichen Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 haftet ein Träger nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen für Verbindlichkeiten seiner Sparkasse nach dem 31.12.2015 (z. B. bezüglich der Altersvorsorge).

Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander nach dem Verhältnis der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Mitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse und aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindarlehen untereinander. Der Anteil der LH Wiesbaden beträgt aktuell 29 %. Ausgeschiedene Mitglieder können insoweit mit herangezogen werden, als die Ursache für ihre Haftung in der Zeit vor ihrem Ausscheiden liegt (§ 2 Abs. 4 der Satzung).

Die LH Wiesbaden hat diverse **Ausfallbürgschaften** übernommen. Die Höhe des Bürgschaftsrisikos zum 31. Dezember 2013 betrug insgesamt 604.889 Tsd. €. Da diese Bürgschaften Eventualverbindlichkeiten darstellen, sind sie gemäß § 251 HGB hier aufgeführt:

	in Tsd. €
Bürgschaften für Außenstehende	5.708
Bürgschaften für Kapitalgesellschaften , deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar unter 50% im Besitz der LH Wiesbaden befindet:	
Bürgschaften für Kapitalgesellschaften , deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar mindestens zu 50% im Besitz der LH Wiesbaden befindet:	
WVW Wiesbaden Holding GmbH	196.522
GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH	140.526
ESWE Versorgungs AG	77.966
Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GmbH	65.661
GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der LH Wiesbaden mbH	64.959
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH	25.965
SEG für Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH	11.852
AltenHilfe Wiesbaden GmbH	5.257
WIM Wiesbadener Immobilien Management GmbH	3.320
WiBus Wiesbadener Busgesellschaft mbH	2.141
WIM Liegenschaftsfonds GmbH Co. KG	1.840
Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	2.161
WI-Bau GmbH	549
HSK Pflege GmbH	65
Feierabendheim Simeonhaus GmbH	397
Gesamt	604.889

Gegenüber den Entsorgungsbetrieben der LH Wiesbaden (ELW) wurde im Zusammenhang mit dem Bau einer Schlammdruckleitung sowie einer Zentrifugenstation eine Erklärung abgegeben. Danach wird die LH Wiesbaden im Falle eines Ausfalls der Firma InfraServ und, sofern dann für die o. a. getätigten Investitionen keine andere Nutzungsalternativen vorhanden sind, in eine mögliche Sonderabschreibung der ELW in Höhe des bis zu diesem Zeitpunkt nicht abgeschriebenen Restwertes eintreten.

Vor Eintritt durch die LH Wiesbaden sind allerdings möglicherweise vorhandene Erträge aus den nichtgebührenrelevanten Bereichen der ELW anzurechnen. Die LH Wiesbaden trägt dann lediglich die verbleibende Differenz.

Die LH Wiesbaden hat sich bei zahlreichen Grundstücksgeschäften dazu verpflichtet, eventuell anfallende Kosten für die Beseitigung von Altlasten (u. a. Bodenverunreinigung, Kampfmittelräumung) zu übernehmen.

Beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften wird eine Aufstellung über diese Verpflichtungen geführt. Diese Liste der Haftungsverhältnisse ist nicht abschließend, da in einigen Fällen eine Altlastenübernahme ohne konkrete Summenbeschränkungen oder Laufzeiten vereinbart wurden.

3.10 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen

Größere Mietverhältnisse der Landeshauptstadt Wiesbaden:

Gebäude	Vertragslaufzeit bis	Mietfläche in m²	jährlicher Mietzins
Europaviertel (ohne Lagerflächen)	28.02.2020	6.123,67	1.018.700,80 €
Hasengartenstraße 21	30.11.2019	8.012,68	1.262.678,40 €
Schillerplatz 1-2	31.12.2014	8.286,00	1.316.835,12 €
Konradinerallee 11	30.09.2039	16.721,20	2.844.722,20 €
Gustav-Stresemann- Ring 15	31.12.2017	22.628,00	4.171.730,04 €

Weitere finanzielle jährliche Verpflichtungen von erheblicher Bedeutung (> 1.000 Tsd. € p.a.):

Vertragliche Verpflichtung	Laufzeit	Kosten in 2014	Kosten 2015 ff
IT-Dienstleistungsvertrag mit WIVERTIS	01.01.2005- 31.12.2014, danach jährliche Kündigung möglich	Mind. 8.412 Tsd. €	Vertragsverhandlungen laufen noch
Betriebskostenzuschüsse an Kindertagesstätten der freien Träger*	Unterschiedlich - je nach Träger	44.938 Tsd €	mind. 46.297 Tsd. € p.a.

* durch den Krippenausbau ist mit weiteren Kostensteigerungen durch höhere Betriebskostenzuschüsse in 2015 ff. zu rechnen

3.11 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die vorliegende Vermögensrechnung ist in Euro aufgestellt. Die in der Eröffnungsbilanz sowie in den vergangenen Jahresabschlüssen dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften werden grundsätzlich fortgeführt (Grundsatz der Bilanzkontinuität).

Alle Investitionen des **Anlagevermögens** der LH Wiesbaden wurden grundsätzlich mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten (AHK) aktiviert. Nicht entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände unterliegen dem Aktivierungsverbot. Investitionszuschüsse an Dritte sind als immaterielle Vermögensgegenstände ausgewiesen. Bei den Geringwertigen Wirtschaftsgütern wird die neue Betragsgrenze über eine Näherungslösung berücksichtigt: bis 410 € netto werden die GWG im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben, Geringwertige Wirtschaftsgüter über 410 € netto bis 1000 € netto werden als einzelne Anlagen über 5 Jahre abgeschrieben. Ansonsten erfolgten die planmäßigen Abschreibungen ausschließlich linear. Die Nutzungsdauer für die einzelnen Wirtschaftsgüter orientiert sich im Allgemeinen an der kommunalen Abschreibungstabelle Hessen.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, sofern von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist. Bei der Bewertung der **Finanzanlagen** kommen dabei in der Regel die fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten zur Anwendung. Ausnahme bilden die Eigenbetriebe, welche mit der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode bewertet werden.

In 2013 wurde erstmals entschieden, Grundstücke, für die ein Erbbaurecht ab 01.01.2007 vergeben wurde, analog zur Bewertung in der Eröffnungsbilanz abzuwerten. In 2013 wurde ungefähr die Hälfte der betroffenen Flurstücke abgewertet, die restlichen Erbbaurechtsflurstücke werden in 2014 abgewertet.

Für **Vorräte** wird aufgrund ihres wertmäßig geringen Bestandes bei der LHW eine Verbrauchsfiktion unterstellt und folglich kein Wert angesetzt.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** werden mit ihrem Nennwert ausgewiesen. Dabei werden, differenziert nach Forderungsarten, angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt.

Die Forderungen wurden entsprechend ihrer Art und des Alters in verschiedene Klassen eingeteilt, für die dann pauschale Berichtigungsraster definiert wurden. Forderungen an andere Behörden werden nicht wertberichtigt, Forderungen bei denen sich die Schuldner in einem laufenden Insolvenzverfahren befinden, werden generell i. H. v. 98 % bzw. 95% (Gewerbsteuerforderungen) wertberichtigt.

Das pauschale Berichtigungsraster für Gewerbesteuerforderungen wurde für den Jahresabschluss 2012 erweitert: Gewerbesteuerforderungen die mehr als 5 Jahre überfällig sind, werden jetzt mit 100% wertberichtigt.

Gewerbsteuerforderungen über 100 Tsd. € werden unabhängig von ihrem Alter zum Bilanzstichtag auf Werthaltigkeit überprüft und falls notwendig mit bis zu 100% einzelwertberichtigt.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten werden nicht saldiert ausgewiesen. Debitorische Kreditoren oder kreditorische Debitoren werden entsprechend zu den sonstigen Forderungen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten umgegliedert.

Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel werden zum Nominalbetrag bilanziert.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden nur gebildet, wenn ihre Werte mit vertretbarem Aufwand ermittelbar sind und sie einen Betrag von 10.000,-€ übersteigen.

Eigenkapital

Die **Nettoposition** (Basiskapital) ergibt sich als Saldo durch den Vergleich von Vermögen mit (zweckgebundenen) Rücklagen, Sonderrücklagen und Schulden in der Eröffnungsbilanz. Sie verändert sich lediglich, wenn ein Verlustvortrag durch die Ergebnisse der folgenden 5 Jahre nicht ausgeglichen werden kann (§ 25 Abs. 3 S. 2 GemHVO - Doppik).

Sonderposten

Erhaltene investive Zuschüsse, Zuweisungen und Beiträge sind als Sonderposten ausgewiesen und werden, soweit sie einem einzelnen Vermögensgegenstand zuzuordnen sind, grundsätzlich ertragswirksam über den gleichen Zeitraum wie der „bezuschusste“ Vermögensgegenstand aufgelöst. In allen anderen Fällen erfolgt die Auflösung linear über die durchschnittliche Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögenskategorie. Pauschale Investitionszuwendungen werden über 20 Jahre aufgelöst (z. B. Schulbaupauschale, allgemeine Investitionspauschale).

Gemäß § 41 Abs. 7 GemHVO wird die Gebührenausgleichsrücklage Friedhöfe nicht mehr als zweckgebundenen Rücklage ausgewiesen, sondern als Sonderposten.

Die Bildung der **Rückstellung für die Pensionsverpflichtungen** aufgrund von beamtenrechtlichen oder vertraglichen Ansprüchen ergibt sich aus § 39 Abs. 1 GemHVO-Doppik, Art und Umfang der zu gewährenden Leistungen ergeben sich aus dem Hessischen Beamtenversorgungsgesetz (HBeamtVG).

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG. Den nach versicherungs-mathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten liegt unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck ein Rechnungszinsfuß von 4,5 % zugrunde. Dieser Rechnungszinsfuß entspricht nicht dem in § 41 Abs. 5 GemHVO-Doppik vorgesehenen Rechnungszins von 6 %, sondern einem Mittelwert (der letzten Jahre) des für langfristige Anleihen erzielbaren Zinssatzes. Diese vorsichtige kaufmännische Kalkulation führt zwar zu einer höheren Zuführung an die Pensionsrückstellung, reduziert damit aber auch das Risiko einer unzureichenden Pensionsrückstellung bei der „Inanspruchnahme“ in späteren Jahren.

Die Bewertung unterstellt eine monatlich vorschüssige Zahlungsweise. Die Berücksichtigung der Anwartschaft auf Witwen- bzw. Witwergeld erfolgte nach der kollektiven Methode. Dabei wurde generell eine Anwartschaft auf Witwen- bzw. Witwergeld in Höhe von 60 % des Ruhegehalts angesetzt, das der/ die Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er/ sie am Todestag in den Ruhestand getreten wäre. Die Anwartschaft auf Waisengeld wurde nicht berücksichtigt.

Bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen wurden mangels exakter Datenbasis folgende Näherungen angesetzt:

Als Eintrittsdatum für den Finanzierungsbeginn gemäß § 6a EStG sowie als Beginn der Dienstzeit zur Erfüllung der Wartezeit gemäß § 4 HBeamtVG wurde bei den Beamtinnen / Beamten der gemeldete Beginn der ruhegehaltstfähigen Dienstzeit zugrunde gelegt.

Jahresabschluss 2013

Zur Vermeidung des unverhältnismäßig hohen Aufwands, der bei der Ermittlung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrades in jedem Einzelfall entstanden wäre, wurden pauschale Annahmen zum Arbeitszeitverhalten nach den Erfahrungswerten des Personal- und Organisationsamtes zugrunde gelegt. Die Beamtinnen und Beamten in Altersteilzeit wurden dabei gesondert betrachtet.

Der Bewertung der Pensionsverpflichtungen liegt der Datenbestand zum 01.10.2013 zugrunde.

Die Berechnung der **Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen** erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG und unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck sowie - analog den Pensionsverpflichtungen - unter Verwendung eines Rechnungszinses von 4,5 % p. a. Die Bewertung unterstellt eine monatlich vorschüssige Zahlungsweise.

Die Berücksichtigung der Anwartschaft auf Witwen- bzw. Witwerbeihilfe in Höhe der Berechtigtenbeihilfe erfolgte nach der kollektiven Methode. Die Anwartschaft auf Waisenbeihilfe wurde nicht berücksichtigt.

Die Zuschüsse nach der Hessischen Beihilfenverordnung stellen eine unmittelbare Verpflichtung der LH Wiesbaden dar. Während die Beihilfe für aktive Beamtinnen / Beamte Aufwand der laufenden Periode darstellt, ist für die Beihilfeverpflichtungen gegenüber Ausgeschiedenen eine Rückstellung zu bilden. Bei der Bewertung der Beihilfeverpflichtungen zum Stichtag 31. Dezember 2013 wurde eine durchschnittliche Beihilfezahlung in Höhe von 3.667 € p. a. in Ansatz gebracht.

Die Ermittlung der **Rückstellung für Altersteilzeit** erfolgte auf Basis der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) vom 18.11.1998 zur Rechnungslegung (IDW RS HFA 3). Sie wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung eines Rechnungszinses von 4,5 % ermittelt. Der Bewertung der Altersteilzeitverpflichtungen liegt der Datenbestand zum 01.10.2013 zugrunde. Art und Umfang der zu gewährenden Leistungen sind für Beamtinnen/Beamte dem § 85 b des Hessischen Beamtengesetzes in Verbindung mit der „Verordnung über die Gewährung eines Zuschlags bei Altersteilzeit (Altersteilzeitzuschlagsverordnung - ATZV)“ in der am 31.08.2006 geltenden Fassung zu entnehmen. Für Tarifbeschäftigte sind Art und Umfang der Leistungen in dem „Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ)“ vom 05.05.1998 in der Fassung des Änderungstarifvertrages Nr. 2 vom 30.06.2000 festgelegt.

Die **Rückstellung für das Leistungsentgelt nach § 18 TVöD** errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Gesamtvolumen für das Leistungsentgelt (1% der ständigen Monatsentgelte des Vorjahres aller unter den TVöD fallenden Beschäftigten) und dem Teilbetrag i. H. v. 6 % des Tabellenentgelts des Monats Septembers, der im Dezember an die Beschäftigten ausgezahlt wird. Solange es keine entsprechende Dienstvereinbarung zum Leistungsentgelt gibt, wird dieser Differenzbetrag für künftige Leistungsentgelte vorgehalten.

Bei den **Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten** handelt es sich überwiegend um Altlastenentsorgungsverpflichtungen, die über den ermittelten Wert des Grund und Bodens hinausgehen, deswegen nicht aktivisch abgesetzt werden können und auf der Passivseite als Rückstellungen ausgewiesen werden.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen ungewisse Verbindlichkeiten z. B. für einen Anteil von ca. 30 % des negativen Eigenkapitals eines Zweckverbandes.

Im Jahresabschluss 2012 wurde im Vergleich zu den vorangegangenen Abschlüssen die Vorgehensweise bei der Ermittlung der **Instandhaltungsrückstellung** wiederum leicht korrigiert. Es wurden die Maßnahmen zugrunde gelegt, die zum Stand 31.12.2012 einen Ist-Betrag von jeweils > 50.000 € aufwiesen.

Da sich die Notwendigkeit und die Höhe der Rückstellung inhaltlich aus den einzelnen Maßnahmen ergeben, wurden diese Maßnahmen den betroffenen Ämtern vorgelegt. Bei der Beurteilung ob und in welcher Höhe eine Rückstellung zu bilden sei, legten die Ämter die folgenden Kriterien an:

- o Die Maßnahme muss unbedingt erforderlich sein um ein unmittelbar drohendes Nutzungsverbot oder eine massive Nutzungseinschränkung zu verhindern (bzw. aufzuheben).
- o Die Durchführung muss für das Jahr 2012 vorgesehen gewesen sein, kann aber erst im Jahr 2013 durchgeführt werden.

Der rückstellungsrelevante Anteil an den ausgewählten Maßnahmen wurde auf die Gesamtheit des Instandhaltungsaufwands hochgerechnet. **Dieses Verfahren hat sich im Verhältnis zur Höhe des Ergebnisses als zu aufwendig erwiesen.** Das Verfahren zur Ermittlung der Höhe der zu bildenden Instandhaltungsrückstellung wurde daher zum Jahresabschluss **2013** geändert. Auf Basis der Rückstellungshöhe des letzten Jahres wird ein Quotient von 3,5% der Instandhaltungsaufwendungen festgelegt.

Die Auflösung / Entnahme aus der im Jahresabschluss 2012 gebildeten Instandhaltungsrückstellung erfolgte noch dem alten Verfahren.

Verbindlichkeiten sind zum voraussichtlichen Rückzahlungsbetrag angesetzt. Leibrenten wurden mit ihrem Barwert (Kapitalwert) bilanziert.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten werden nur gebildet, wenn ihre Werte mit vertretbarem Aufwand ermittelbar sind und sie einen Betrag von 10.000,-€ übersteigen.

4 Tabellenteil

4.1 Anlagenspiegel (in Tsd. €)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Kumulierte Abschreibungen					Buchwert	
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
Anlagevermögen													
1. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	8.292	1.034	107	5	9.224	5.238	0	1.098	-1	6.230	2.994	3.054	
1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	70.638	6.010	5.027	1.004	72.625	26.062	0	5.594	0	26.619	46.006	44.586	
Summe 1.	78.930	7.044	5.134	1.009	81.849	31.290	0	6.692	-1	32.849	49.000	47.640	
2. Sachanlagevermögen													
2.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	470.520	5.794	10.006	-782	465.526	65	0	1.360	0	1.425	464.101	470.455	
2.2 Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	652.524	4.553	3.174	2.746	656.648	216.990	0	10.192	0	226.027	430.621	435.533	
2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch	1.107.536	11.325	7.301	1.675	1.113.234	691.841	0	19.595	0	711.436	401.798	415.695	
2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	207	7	9	0	205	27	0	19	0	38	167	179	
2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	58.390	7.449	3.889	203	62.153	31.762	0	7.026	1	35.086	27.068	26.629	
2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	49.358	19.996	356	-4.851	64.146	0	0	0	0	0	64.146	49.358	
Summe 2.	2.338.535	49.124	24.736	-1.009	2.361.914	940.686	0	38.193	1	974.012	1.387.901	1.397.849	
3. Finanzanlagevermögen													
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	467.303	0	0	0	467.303	11.835	2.408	2.196	0	11.624	455.679	455.468	
3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	68.233	310	1.453	0	67.091	0	0	0	0	0	67.091	68.233	
3.3 Beteiligungen	173.819	5	0	-173.640	184	0	0	0	0	0	184	173.819	
3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17.841	0	356	0	17.486	0	0	0	0	0	17.486	17.841	
3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	35.700	0	0	0	35.700	0	0	0	0	0	35.700	35.700	
3.6 Sonstige Finanzanlagen	40.921	3.644	2.241	0	42.324	0	0	0	0	0	42.324	40.921	
Summe 3.	803.818	3.959	4.049	-173.640	630.087	11.835	2.408	2.196	0	11.624	618.463	791.983	
4. Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	0	0	0	173.640	173.640	0	0	0	0	0	173.640	0	
Gesamtsumme (1. bis 4.)	3.221.283	60.126	33.919	0	3.247.490	983.811	2.408	47.081	0	1.018.485	2.229.004	2.237.472	

4.2 Forderungsspiegel

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	Zu Beginn des Haushaltsjahres Tsd. €	Zum Ende des Haushaltsjahres Tsd. €	Restlaufzeiten		
			bis zu einem Jahr (bis 31.12.2014)	ein bis fünf Jahren (01.01.15 - 31.12.18)	über fünf Jahre (ab 01.01.2019)
			Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
1. Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	47.013	52.927	14.240	6.123	32.564
2. Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	37.970	23.580	23.550	30	
3. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.240	1.303	1.298	5	
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	21.504	21.521	21.521		
5. Sonstige Vermögensgegenstände	13.758	22.091	21.650	313	128
Summe	124.485	121.422	82.259	6.471	32.692

4.3 Verbindlichkeitspiegel

Verbindlichkeiten	Zu Beginn des Haushaltsjahres Tsd. €	Zum Ende des Haushaltsjahres Tsd. €	Restlaufzeiten		
			bis zu einem Jahr (bis 31.12.2014)	ein bis fünf Jahren (01.01.14 - 31.12.18)	über fünf Jahre (ab 01.01.2019)
			Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
1. Anleihen					
2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen					
2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	319.654	309.945	14.236	61.155	234.554
2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	37.518	35.877	3.393	12.108	20.376
2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	1.436	1.371		30	1.341
3. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	-	-			
4. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	175	89	89		
5. Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	12.473	13.541	13.541		
6. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.444	11.053	10.691	362	
7. Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	3.461	4.130	4.130		
8. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	18.693	11.439	11.439		
9. Sonstige Verbindlichkeiten	56.031	42.905	42.905		
Summe	458.885	430.350	100.424	73.655	256.271

4.4 Eigenkapitalpiegel

Eigenkapital	Anfangsstand	Verwendung des Jahresergebnis aus dem Vorjahr	Veränderungen aus dem laufenden Jahr	Endstand
	01.01.2013	2013	2013	31.12.2013
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Nettosition	1.259.089.688			1.259.089.688
II. Rücklagen	45.978.327		19.147.401	65.125.728
Rücklagen aus Überschüssen des ordentl. Ergebnisses	32.869.875		19.147.401	52.017.276
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentl. Ergebnisses	11.224.491			11.224.491
<u>Sonderrücklage</u> Stiftungskapital	1.883.961			1.883.961
III. Verluste aus Vorjahren	0			0
IV. Jahresergebnis	19.147.401			27.566.953
Eigenkapital inkl. Jahresergebnis	1.324.215.416			1.351.782.369

4.5 Rückstellungsspiegel

	Anfangsstand	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Endstand
	01.01.2013	2013	2013	2013	31.12.2013
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	445.798.301	1.182.755		23.158.019	467.773.565
Pensionsrückstellung	393.225.161			22.490.252	415.715.413
Rückstellung Altersteilzeit	2.122.912	1.182.755			940.157
Rückstellung Beihilfe					
Versorgungsempfänger	50.450.228			667.767	51.117.995
Rückstellung für Finanzausgleich und Steuern	153.147	27.772			125.375
Rückstellung für die Sanierung von Altlasten	586.949	128.285			458.664
sonstige Rückstellungen	12.158.583	273.924	81.328	13.955.261	25.758.592
Rückstellung für Leistungsentgelt	3.603.600			1.880.382	5.483.982
Rückstellung Lebensarbeitszeitkonto	3.655.816			716.468	4.372.284
Rückstellung für unterlassene Instandhaltungen	81.328		81.328	935.601	935.601
Sonstige Rückstellungen	4.817.839	273.924		10.422.811	14.966.725
Photovoltaikanlage	214.058	48.924			165.133
Künstlerviertel	225.000	225.000			
Deckung neg. Eigenkapital KGRZ	1.240.169				1.240.169
Offene NK-Forderung Luisenforum	197.658				197.658
Rückforderung Bildungs- und Teilhabepaket	2.940.954				2.940.954
Drohende Verlustübernahme Triwicon				8.000.000	8.000.000
Rückforderung zuviel erhaltener Eingliederungsleistungen SGB II				2.036.716	2.036.716
Rückbau Bauernbrücke				386.095	386.095
Gesamt	458.696.979	1.612.736	81.328	37.113.280	494.116.195

Jahresabschluss 2013

4.6 Übersicht über die fremden Finanzmittel

Forderungen	Anfangsstand 2013	Endstand 2013
	EUR	EUR
sonst. Forderung aus Personalkostenabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	6.357,04	17.082,05
Summe Forderungen ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	6.357,04	6.357,04
sonstige durchlaufende Gelder	6.449,00	7.619,01
sonst. Forderung aus Personalkostenabwicklung für	172,50	872,50
Summe sonstige Vermögensgegenstände	172,50	872,50

Verbindlichkeiten	Anfangsstand 2013	Endstand 2013
	EUR	EUR
sonst. Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuerabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	102.446,39	98.407,22
Grundkapital Stiftungen	880.958,36	880.958,36
Verwendbares Kapital Stiftungen	4.680.007,22	4.441.346,83
Summe Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	5.663.411,97	5.420.712,41
sonstige Verbindlichkeiten aus Personalkostenabwicklung für Dritte	73.713,59	81.344,49
Erich-Haub-Zais-Stiftung	52.455,43	43.732,69
Georg-Konell-Preis	19.881,41	19.440,96
Christian-Zais-Preis	13.935,75	13.977,56
Gebühren für Kraftfahrtbundesamt	13.876,52	13.972,32
sonstige durchlaufende Gelder	316.732,33	303.120,86
Erbschaft Kubis	120.829,55	118.466,01
Verbindlichk. a. Bambini-Landesprogramm	3.053.242,11	2.801.172,06
Verbindlichkeiten ggü. Land aus Bundesmittel U 3 IM	0,00	0,00
Verbindlichkeiten ggü. Land komm.soziale Hilfen	34.105,09	34.520,09
Bundesanteile Gebühren	35.991,45	41.981,39
Landesanteil Fehlbelegungsabgabe	222.682,67	221.026,67
sonstige Verbindlichkeiten	3.957.445,90	3.692.755,10

4.7 Ergebnisrechnung Wiesbaden

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-13.086.529	-11.622.333	-13.787.419	2.165.086
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-34.651.870	-36.328.220	-35.748.534	-579.686
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-17.341.281	-16.297.205	-17.311.991	1.014.786
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-1.090.775	-2.000.000	-1.052.770	-947.230
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-439.933.338	-430.525.000	-513.029.129	82.504.129
6	Erträge aus Transferleistungen	-163.183.720	-158.915.967	-161.526.009	2.610.042
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-174.836.415	-184.071.115	-188.316.487	4.245.372
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-12.289.476	-9.470.939	-14.105.301	4.634.362
9	Sonstige ordentliche Erträge	-32.305.707	-24.187.237	-32.583.149	8.395.912
10	Summe der ordentlichen Erträge	-888.719.112	-873.418.016	-977.460.790	104.042.774
11	Personalaufwendungen	191.235.827	192.401.218	199.735.002	-7.333.784
12	Versorgungsaufwendungen	28.464.698	49.819.482	45.759.256	4.060.226
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	131.910.774	172.889.546	136.089.289	36.800.257
14	Abschreibungen	60.768.705	45.489.683	57.396.543	-11.906.861
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	20.273.905	21.026.596	20.255.116	771.479
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	88.842.239	91.761.070	105.131.075	-13.370.005
17	Transferaufwendungen	394.639.630	397.485.698	415.881.984	-18.396.286
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-23.613.817	-24.039.539	-21.872.130	-2.167.409
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	892.521.961	946.833.752	958.376.135	-11.542.382
20	Verwaltungsergebnis	3.802.849	73.415.737	-19.084.655	92.500.392
21	Finanzerträge	-39.904.102	-35.770.646	-34.967.368	-803.278
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18.627.396	20.574.500	17.071.328	3.503.172
23	Finanzergebnis	-21.276.706	-15.196.146	-17.896.041	2.699.895
24	Ordentliches Ergebnis	-17.473.857	58.219.591	-36.980.696	95.200.286
25	Außerordentliche Erträge	-5.383.916	-235.136	-17.352.310	17.117.174
26	Außerordentliche Aufwendungen	7.501.062	0	30.433.091	-30.433.091
27	Außerordentliches Ergebnis	2.117.146	-235.136	13.080.781	-13.315.917
28	Jahresergebnis	-15.356.711	57.984.455	-23.899.915	81.884.369

Jahresabschluss 2013

4.8 Ergebnisrechnung AKK

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-908.693	-775.276	-781.060	5.784
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.595.618	-1.487.060	-1.651.408	164.348
3	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	-103.662	-96.140	-74.093	-22.047
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-177.827	0	-139.474	139.474
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-41.055.478	-42.446.000	-41.921.473	-524.527
6	Erträge aus Transferleistungen	-284.353	-253.590	-363.679	110.089
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-13.642.197	-13.017.566	-13.391.632	374.066
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-2.232.229	-2.212.003	-2.060.882	-151.122
9	Sonstige ordentliche Erträge	-619.183	-157.743	-1.324.183	1.166.441
10	Summe der ordentlichen Erträge	-60.619.238	-60.445.378	-61.707.884	1.262.506
11	Personalaufwendungen	4.230.563	4.486.613	4.634.069	-147.456
12	Versorgungsaufwendungen	70.319	104.100	61.654	42.446
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.739.392	8.371.553	8.038.295	333.258
14	Abschreibungen	5.331.246	4.552.160	4.914.120	-361.960
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	0	0	0
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	9.219.559	9.486.500	10.070.688	-584.188
17	Transferaufwendungen	4.868.968	5.154.612	5.404.317	-249.705
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	25.574.967	25.753.220	25.340.096	413.124
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	56.035.013	57.908.758	58.463.238	-554.481
20	Verwaltungsergebnis	-4.584.225	-2.536.620	-3.244.645	708.025
21	Finanzerträge	-709.354	-786.760	-873.698	86.938
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.814.335	1.544.000	1.249.215	294.785
23	Finanzergebnis	1.104.981	757.240	375.518	381.722
24	Ordentliches Ergebnis	-3.479.244	-1.779.380	-2.869.127	1.089.747
25	Außerordentliche Erträge	-925.619	0	-990.732	990.732
26	Außerordentliche Aufwendungen	614.173	0	192.821	-192.821
27	Außerordentliches Ergebnis	-311.446	0	-797.911	797.911
28	Jahresergebnis	-3.790.690	-1.779.380	-3.667.039	1.887.658

4.9 Teilergebnisrechnungen der Dezernate Wiesbaden und AKK

Dezernat I

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-714.117	-642.556	-821.396	178.840
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.463.396	-2.811.880	-2.458.365	-353.515
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-514.628	-507.260	-592.326	85.066
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-22.332	-17.240	-19.708	2.468
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	210.321	-29.028	-167.677	138.649
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	-15.819	0	-15.819
9	Sonstige ordentliche Erträge	-225.277	-153.309	-255.579	102.270
10	Summe der ordentlichen Erträge	-3.729.430	-4.177.092	-4.315.050	137.958
11	Personalaufwendungen	27.505.119	28.698.364	28.589.840	108.524
12	Versorgungsaufwendungen	7.811.206	8.168.457	8.113.340	55.117
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	19.358.132	20.901.455	20.133.197	768.258
14	Abschreibungen	3.719.487	3.040.651	3.790.122	-749.471
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	-451.534	0	-451.534
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	28.570	0	28.570
17	Transferaufwendungen	2.192.357	1.974.412	2.457.855	-483.443
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	47.450	18.130	44.307	-26.177
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	60.633.751	62.378.505	63.128.662	-750.156
20	Verwaltungsergebnis	56.904.321	58.201.413	58.813.612	-612.199
21	Finanzerträge	-30	0	0	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	5.307	-5.307
23	Finanzergebnis	-30	0	5.307	-5.307
24	Ordentliches Ergebnis	56.904.291	58.201.413	58.818.919	-617.505
25	Außerordentliche Erträge	-202.763	0	-48.167	48.167
26	Außerordentliche Aufwendungen	102.642	0	144.055	-144.055
27	Außerordentliches Ergebnis	-100.122	0	95.889	-95.889
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	56.804.169	58.201.413	58.914.807	-713.394
29	Ergebnis aus dLV	-1.368.645	-1.751.499	-1.409.458	-342.041
30	Ergebnis aus Umlagen	-7.912.218	-10.749.430	-9.425.098	-1.324.332
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-9.280.863	-12.500.929	-10.834.555	-1.666.373
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	47.523.307	45.700.484	48.080.252	-2.379.768

Jahresabschluss 2013

Dezernat II

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-811.864	-732.430	-862.139	129.709
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.484.542	-5.868.175	-6.593.454	725.279
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-6.524.112	-6.108.356	-6.171.383	63.027
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-70.535	0	-46.408	46.408
6	Erträge aus Transferleistungen	-163.228.740	-159.060.910	-161.556.899	2.495.989
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-38.656.648	-29.946.474	-56.330.640	26.384.166
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	-224.690	0	-224.690
9	Sonstige ordentliche Erträge	-4.371.176	-5.625.105	-6.169.387	544.282
10	Summe der ordentlichen Erträge	-220.147.615	-207.566.140	-237.730.309	30.164.169
11	Personalaufwendungen	75.284.262	78.593.041	80.153.381	-1.560.340
12	Versorgungsaufwendungen	5.170.532	5.571.838	5.504.939	66.899
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	24.648.394	24.188.794	22.210.101	1.978.693
14	Abschreibungen	6.511.749	4.874.794	9.676.701	-4.801.907
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	4.659.736	0	4.659.736
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	368.523.912	370.279.993	388.390.680	-18.110.687
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	29.860	19.220	18.504	716
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	480.168.709	488.187.417	505.954.307	-17.766.890
20	Verwaltungsergebnis	260.021.094	280.621.277	268.223.998	12.397.278
21	Finanzerträge	-18.486	0	-70.293	70.293
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	28.902	0	54.430	-54.430
23	Finanzergebnis	10.416	0	-15.864	15.864
24	Ordentliches Ergebnis	260.031.510	280.621.277	268.208.135	12.413.142
25	Außerordentliche Erträge	-694.341	-226.136	-784.485	558.349
26	Außerordentliche Aufwendungen	1.019.917	0	2.512.900	-2.512.900
27	Außerordentliches Ergebnis	325.576	-226.136	1.728.415	-1.954.551
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	260.357.087	280.395.141	269.936.550	10.458.591
29	Ergebnis aus dLV	768.689	738.160	768.504	-30.344
30	Ergebnis aus Umlagen	24.588.221	26.422.016	21.880.058	4.541.958
31	Ergebnis aus internen Leistungen	25.356.910	27.160.175	22.648.562	4.511.613
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	285.713.997	307.555.316	292.585.112	14.970.204

Dezernat III

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-8.923.613	-8.549.753	-9.004.251	454.498
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	-100	100
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-3.314.674	-3.117.580	-3.772.972	655.392
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-87.848	0	-105.364	105.364
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-80.113	-50.000	-19.492	-30.508
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	0	0	0
9	Sonstige ordentliche Erträge	-647.736	-761.350	-782.316	20.966
10	Summe der ordentlichen Erträge	-13.053.985	-12.478.683	-13.684.495	1.205.812
11	Personalaufwendungen	17.440.849	17.099.164	17.596.653	-497.489
12	Versorgungsaufwendungen	3.653.620	4.199.755	3.648.814	550.941
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.542.951	4.842.800	6.666.340	-1.823.539
14	Abschreibungen	1.745.736	1.518.502	1.367.371	151.131
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	-1.265.671	0	-1.265.671
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	2.103.462	3.659.613	1.194.114	2.465.499
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	972.618	1.481.121	3.051.325	-1.570.204
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	32.459.236	31.535.284	33.524.616	-1.989.331
20	Verwaltungsergebnis	19.405.251	19.056.601	19.840.120	-783.519
21	Finanzerträge	-791	0	-24.493	24.493
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	359.760	-359.760
23	Finanzergebnis	-791	0	335.267	-335.267
24	Ordentliches Ergebnis	19.404.461	19.056.601	20.175.388	-1.118.786
25	Außerordentliche Erträge	-4.500.774	0	-4.682.760	4.682.760
26	Außerordentliche Aufwendungen	1.652.086	0	6.148.954	-6.148.954
27	Außerordentliches Ergebnis	-2.848.687	0	1.466.194	-1.466.194
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	16.555.773	19.056.601	21.641.582	-2.584.980
29	Ergebnis aus dLV	112.706	239.253	108.171	131.082
30	Ergebnis aus Umlagen	-13.495.555	-13.671.843	-12.326.980	-1.344.863
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-13.382.849	-13.432.590	-12.218.809	-1.213.781
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	3.172.925	5.624.011	9.422.772	-3.798.761

Jahresabschluss 2013

Dezernat IV

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-83.747	-29.130	-36.511	7.381
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-7.907.372	-8.520.780	-8.609.243	88.463
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-1.469.672	-1.014.920	-1.537.885	522.965
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	-159.814	159.814
6	Erträge aus Transferleistungen	-10.440	0	-10.948	10.948
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-478.900	-1.722.527	-555.882	-1.166.644
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	-3.912.907	-2.539.182	-1.373.725
9	Sonstige ordentliche Erträge	-809.361	-65.159	-380.859	315.701
10	Summe der ordentlichen Erträge	-10.759.491	-15.265.422	-13.830.325	-1.435.098
11	Personalaufwendungen	20.543.301	20.926.028	20.985.968	-59.940
12	Versorgungsaufwendungen	1.608.832	1.720.030	1.693.700	26.330
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	30.467.913	33.232.246	32.559.844	672.402
14	Abschreibungen	19.629.630	19.604.342	19.506.602	97.740
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	-395.776	0	-395.776
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	146.947	96.000	145.258	-49.258
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	289.509	87.320	96.344	-9.024
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	72.686.132	75.270.189	74.987.716	282.473
20	Verwaltungsergebnis	61.926.641	60.004.767	61.157.391	-1.152.625
21	Finanzerträge	0	0	-2.000	2.000
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.848	0	16	-16
23	Finanzergebnis	1.848	0	-1.984	1.984
24	Ordentliches Ergebnis	61.928.488	60.004.767	61.155.407	-1.150.641
25	Außerordentliche Erträge	-264.817	-9.000	-246.966	237.966
26	Außerordentliche Aufwendungen	354.006	0	347.911	-347.911
27	Außerordentliches Ergebnis	89.189	-9.000	100.945	-109.945
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	62.017.678	59.995.767	61.256.352	-1.260.585
29	Ergebnis aus dLV	-3.024.568	-2.380.737	-2.811.564	430.827
30	Ergebnis aus Umlagen	-8.086.909	-7.458.613	-8.687.606	1.228.994
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-11.111.478	-9.839.350	-11.499.171	1.659.821
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	50.906.200	50.156.417	49.757.181	399.236

Dezernat V

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.743.356	-1.015.260	-2.101.640	1.086.380
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-755.303	-694.100	-738.206	44.106
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-2.514.699	-2.448.433	-2.212.217	-236.217
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-3.600	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-5.541	-6.530	-84.571	78.041
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-10.893.646	-8.499.893	-10.364.529	1.864.637
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	-3.473.101	0	-3.473.101
9	Sonstige ordentliche Erträge	-1.514.459	-1.003.226	-952.327	-50.899
10	Summe der ordentlichen Erträge	-17.430.605	-17.140.543	-16.453.490	-687.054
11	Personalaufwendungen	19.604.275	19.608.628	20.216.883	-608.255
12	Versorgungsaufwendungen	1.406.805	2.587.861	1.410.410	1.177.451
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	33.325.422	33.820.261	35.343.439	-1.523.178
14	Abschreibungen	9.774.542	10.675.925	10.927.698	-251.773
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	666.555	0	666.555
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	25.757.322	25.368.942	27.799.245	-2.430.303
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	55.453	55.710	50.621	5.089
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	89.923.819	92.783.883	95.748.297	-2.964.414
20	Verwaltungsergebnis	72.493.213	75.643.339	79.294.807	-3.651.468
21	Finanzerträge	-143	0	-4.154	4.154
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	148	0	2.965	-2.965
23	Finanzergebnis	6	0	-1.189	1.189
24	Ordentliches Ergebnis	72.493.219	75.643.339	79.293.618	-3.650.279
25	Außerordentliche Erträge	-225.279	0	-1.521.752	1.521.752
26	Außerordentliche Aufwendungen	2.687.486	0	115.802	-115.802
27	Außerordentliches Ergebnis	2.462.207	0	-1.405.950	1.405.950
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	74.955.427	75.643.339	77.887.668	-2.244.329
29	Ergebnis aus dLV	1.290.571	908.613	1.305.401	-396.787
30	Ergebnis aus Umlagen	6.494.234	1.725.694	6.382.781	-4.657.087
31	Ergebnis aus internen Leistungen	7.784.805	2.634.308	7.688.181	-5.053.874
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	82.740.232	78.277.647	85.575.850	-7.298.203

Jahresabschluss 2013

Dezernat VI

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-324.271	-199.050	-343.553	144.503
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-628.396	-720.890	-707.080	-13.810
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-120.435	-116.410	-121.123	4.713
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	0	0	0	0
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-945.608	-834.900	-948.069	113.169
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	-3.730	0	-3.730
9	Sonstige ordentliche Erträge	-16.694.924	-15.575.700	-15.976.908	401.208
10	Summe der ordentlichen Erträge	-18.713.634	-17.450.680	-18.096.733	646.053
11	Personalaufwendungen	7.613.656	6.896.521	7.600.118	-703.597
12	Versorgungsaufwendungen	1.165.512	1.940.000	1.205.026	734.974
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.191.056	7.117.885	4.005.381	3.112.504
14	Abschreibungen	623.117	112.989	862.579	-749.590
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	20.273.905	18.508.020	20.255.116	-1.747.097
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	753.327	1.199.350	1.195.853	3.497
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	515.135	620	153.398	-152.778
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	35.135.707	35.775.385	35.277.472	497.913
20	Verwaltungsergebnis	16.422.072	18.324.705	17.180.740	1.143.965
21	Finanzerträge	-23.611.907	-23.261.050	-23.563.623	302.573
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	41.449	0	485	-485
23	Finanzergebnis	-23.570.458	-23.261.050	-23.563.138	302.088
24	Ordentliches Ergebnis	-7.148.386	-4.936.345	-6.382.398	1.446.053
25	Außerordentliche Erträge	96.651	0	-2.409.852	2.409.852
26	Außerordentliche Aufwendungen	1.766.986	0	12.607.627	-12.607.627
27	Außerordentliches Ergebnis	1.863.637	0	10.197.775	-10.197.775
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	-5.284.749	-4.936.345	3.815.377	-8.751.722
29	Ergebnis aus dLV	10.210	-30.161	16.094	-46.255
30	Ergebnis aus Umlagen	-1.477.750	3.789.341	739.222	3.050.118
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-1.467.541	3.759.180	755.316	3.003.863
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	-6.752.289	-1.177.165	4.570.694	-5.747.859

Dezernat VII

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	3	4	5	6	7
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.394.254	-1.229.430	-1.398.990	169.560
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-18.008.479	-19.199.454	-18.293.494	-905.960
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-438.993	-606.076	-430.368	-175.708
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-113.172	-84.877	-112.198	27.321
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-63.554	-83.360	-174.894	91.534
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-11.596	-18.877	0	-18.877
9	Sonstige ordentliche Erträge	-1.438.905	-1.121.130	-1.794.741	673.611
10	Summe der ordentlichen Erträge	-21.468.954	-22.343.204	-22.204.685	-138.519
11	Personalaufwendungen	27.036.970	25.066.085	28.509.578	-3.443.493
12	Versorgungsaufwendungen	2.192.923	4.945.640	2.269.417	2.676.223
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	21.873.408	22.762.781	22.248.376	514.406
14	Abschreibungen	3.108.191	1.399.891	3.454.266	-2.054.375
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	-694.734	0	-694.734
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	31.271	62.000	103.296	-41.296
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	50.885	51.560	53.309	-1.749
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	54.293.649	53.593.224	56.638.242	-3.045.018
20	Verwaltungsergebnis	32.824.695	31.250.020	34.433.557	-3.183.537
21	Finanzerträge	-1.873.760	-1.662.356	-1.925.159	262.803
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	509	-509
23	Finanzergebnis	-1.873.760	-1.662.356	-1.924.650	262.294
24	Ordentliches Ergebnis	30.950.935	29.587.664	32.508.907	-2.921.244
25	Außerordentliche Erträge	-518.182	0	-8.649.038	8.649.038
26	Außerordentliche Aufwendungen	532.111	0	8.748.664	-8.748.664
27	Außerordentliches Ergebnis	13.929	0	99.625	-99.625
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	30.964.864	29.587.664	32.608.533	-3.020.869
29	Ergebnis aus dLV	942.436	1.159.123	827.602	331.521
30	Ergebnis aus Umlagen	-110.023	-57.165	1.437.623	-1.494.788
31	Ergebnis aus internen Leistungen	832.413	1.101.958	2.265.225	-1.163.267
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	31.797.276	30.689.622	34.873.758	-4.184.136

Jahresabschluss 2013

Allgemeine Finanzwirtschaft

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 / Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-2.547.729	-2.474.310	-2.547.812	73.502
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	-2.000.000	0	-2.000.000
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-480.914.681	-472.971.000	-554.744.381	81.773.381
6	Erträge aus Transferleistungen	0	0	0	0
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-137.570.464	-155.922.500	-133.146.935	-22.775.565
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-14.510.108	-4.033.818	-13.627.000	9.593.182
9	Sonstige ordentliche Erträge	-7.223.052	-40.000	-7.595.215	7.555.215
10	Summe der ordentlichen Erträge	-642.766.034	-637.441.628	-711.661.343	74.219.715
11	Personalaufwendungen	437.957	0	716.649	-716.649
12	Versorgungsaufwendungen	5.525.587	20.790.000	21.975.264	-1.185.264
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.757.110	34.394.875	960.906	33.433.970
14	Abschreibungen	20.987.499	8.814.748	12.725.325	-3.910.577
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	0	0	0
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	98.061.798	101.219.000	115.201.762	-13.982.762
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	240	0	157	-157
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	123.255.971	165.218.623	151.580.062	13.638.562
20	Verwaltungsergebnis	-519.510.063	-472.223.005	-560.081.281	87.858.276
21	Finanzerträge	-15.108.340	-11.634.000	-10.251.345	-1.382.655
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20.369.385	22.118.500	17.897.071	4.221.429
23	Finanzergebnis	5.261.045	10.484.500	7.645.727	2.838.773
24	Ordentliches Ergebnis	-514.249.018	-461.738.505	-552.435.554	90.697.050
25	Außerordentliche Erträge	-30	0	-23	23
26	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
27	Außerordentliches Ergebnis	-30	0	-23	23
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	-514.249.049	-461.738.505	-552.435.577	90.697.073
29	Ergebnis aus dLV	0	0	0	0
30	Ergebnis aus Umlagen	0	0	0	0
31	Ergebnis aus internen Leistungen	0	0	0	0
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	-514.249.049	-461.738.505	-552.435.577	90.697.073

4.10 Budgetabschluss Investitionsmaßnahmen

(Stand 08.05.2014, Angaben in Tsd. €)

	Bezeichnung	Überleitung aus 2012	Ansatz 2013	aktualisierter Ansatz 2013	Ist 2013	Restbudget 2013 / max. Überleitung
Dezernat I						
Ist >100 Tsd. €						
Maßnahmen						
I.02697	37 Beschaffung von Fahrzeugen	215	445	1.701	1.701	0
I.03590	52 SP Rheinhöhe - Neubau Kunstrasen 2	997	0	997	706	290
I.03542	52 SP NW-Sportanlage - Neubau Kunstras	0	800	800	593	207
I.02628	10 BGH Erbenheim Sanierung	143	350	597	427	170
I.03699	52 Neubau Haus der Vereine Amöneburg	510	0	575	409	166
I.03499	10 BGH Naurod Generalsanierung/Erweite	385	100	485	406	80
I.00500	52 Investitionszuschüsse für Vereine W	825	10	585	378	207
I.03413	52 Neubau Gewerbe Pl. d. Dt. Einheit	0	0	307	307	0
I.01701	52 Neubau Sporthalle E. -Heuss- Schule	15.081	5.000	20.626	186	20.440
Ist <100Tsd.€		5.900	3.756	9.751	279	9.488

Jahresabschluss 2013

Beschaffungen (ohne I.02697)	3.288	962	3.599	1.441	2.158
Gesamt	27.344	11.422	40.023	6.833	33.205

	Bezeichnung	Überleitung aus 2012	Ansatz 2013	aktualisierter Ansatz 2013	Ist 2013	Restbudget 2013 / max. Überleitung
Dezernat II						
Ist > 100 Tsd. €						
Maßnahmen						
I.01585	51 Ersatzneubau Kita Schlangenbader St	1.610	0	2.235	2.016	219
I.03676	51.510203 Krippenausb.48 DRK	0	0	1.670	1.670	0
I.02084	51 Neubau Kleinkinderhaus S.Veiter Pla	96	0	1.884	1.481	402
I.03573	51 Neubau Kita Wörtherseestraße	0	0	855	855	0
I.01643	51 Kita Im Sampel Erweiterung	825	0	825	804	20
I.03427	51 Kita St. Bonifatius San.FiWi-Zusetz	780	0	780	710	70
I.03407	51 KT Klarenthal - Komplettsanierung	619	0	664	664	0
I.03748	51 KT Künstlerviertel Anbau 2 Krippengr	0	0	460	460	0
I.02618	51 KT Parkfeld Erw. um eine Krippengr.	293	0	443	384	60
I.00599	36 Sonnenberg Hochwasserschutz	670	200	870	334	536
I.03803	51 KT Wallauer Str. Anbau	0	0	212	212	0
I.03210	51 KT Münchener Str. Anbau Personalrau	238	0	238	203	35
I.02627	36 Kessel/Wellritzbach Abtr.Umsetzung	4.939	1.410	4.939	203	4.736

Jahresabschluss 2013

I.03257	510203 Ev.KT Johannesgem.Ersatz+Erweit	60	0	410	200	210
I.02578	51Invzusch.Stephanus Umbau Sanierung K	0	0	451	151	300
I.02806	51.510203 Krippenerweit.Ev.KT Ringkirc	150	0	150	150	0
I.01477	36 Arsenschaden Rheinwiesen	113	44	157	127	30
I.03086	51 Ersatzneubau Kita Geschw.-Stock-Pla	671	0	671	112	558
I.03695	51 KT Klarenthal - Hortumwandlung	0	0	107	107	0
Programme						
	Soz. Stadt Bieb./Südost Inv II	3.540	175	3.577	417	3.298
	Soz. Stadt Westend Inv II	1.207	130	471	106	448
	Wohnungsbau Dez. II Wiesbaden+ AKK	5.324	8.000	13.550	2.874	10.676
Ist <Tsd. €		13.579	4.485	14.439	1.104	13.062
Beschaffungen		925	464	1.740	1.039	701
Gesamt		35.638	14.908	51.797	16.384	35.361

	Bezeichnung	Überleitung aus 2012	Ansatz 2013	aktualisierter Ansatz 2013	Ist 2013	Restbudget 2013 / max. Überleitung
Dezernat III						
Ist > 100 Tsd. €						
Maßnahmen						
I.03414	93 Investitionszuschuss Neubau RMH	0	15.000	6.076	1.374	4.702
I.02802	80 Invest. Zuschuss Walkmühle	4.000	0	0	1.000	3.000
I.02456	80 - Sanierung Stützmauer Sonnenb	325	0	325	237	88
I.04104	80 Neubau Vereinsheim Angler-SV Schier	0	0	290	174	116
Ist <100 Tsd. €						
		523	0	570	108	454
Beschaffungen						
		344	111	614	256	358
Gesamt						
		5.192	15.111	7.874	3.149	8.718

	Bezeichnung	Überleitung aus 2012	Ansatz 2013	aktualisierter Ansatz 2013	Ist 2013	Restbudget 2013 / max. Überleitung
--	-------------	-------------------------	-------------	-------------------------------	----------	--

Jahresabschluss 2013

Dezernat IV						
Ist > 100Tsd. €						
Maßnahmen						
I.01845	66 WIN Glarusstraße	848	2.029	2.877	2.252	625
I.01857	66 WIN HWS Sonnenberg Straßenbau 1.BA	388	0	388	310	78
I.02388	66 WIN HWS Sonnenberg Straßenbau 2.BA	243	1.087	1.330	214	1.116
I.01521	66 WIN Söhnleinstraße K648	0	1.111	1.103	184	919
Programme						
	Verkehrssicherung Fahr-/Gehwege INV WI+AKK	279	265	552	227	325
	Dorfplatzprogramm INV WI	636	900	1.546	172	1.374
	Fahrbahndeckenprogramm INV WI+ AKK	489	735	1.422	971	451
	Lichtsignalanlagen INV WI+ AKK	222	220	442	144	297
	Straßenbeleuchtungsanlagen INV WI	657	700	1.995	834	1.161
	Erschließungsmaßnahmen INV AKK	0	800	188	188	0
	Fußgängersich. u. Verkehrsberuh INV	271	150	392	143	249
Ist < 100 Tsd. €		10.221	16.373	9.620	550	9.070

Beschaffungen		962	279	1.325	666	660
Gesamt		15.215	24.649	23.180	6.854	16.325

Jahresabschluss 2013

	Bezeichnung	Überleitung aus 2012	Ansatz 2013	aktualisierter Ansatz 2013	Ist 2013	Restbudget 2013 / max. Überleitung
Dezernat V Schulen u.a.						
Ist > 100 Tsd. €						
Maßnahmen						
I.00546	40 Joh.-Maaß-Schule Neubau	341	50	2.117	2.100	18
I.00255	40 Comeniuschule Ersatzneubau	2.429	0	2.429	1.000	1.429
I.01896	40 M.-Niemöller-Schule Sanierung	1.365	0	281	191	90
Programme						
Betreuung an Grundschulen (inkl. Einzelmaßnahmen)		3.539	3.000	3.860	1.346	2.514
Schulbudget (Beschaffungen)		328	592	971	617	354
Ist < 100Tsd. €						
Beschaffungen (ohne Schulbudget)		246	242	2.086	1.159	927

Gesamt		9.225	7.359	16.636	6.912	9.724

Jahresabschluss 2013

	Bezeichnung	Überleitung aus 2012	Ansatz 2013	aktualisierter Ansatz 2013	Ist 2013	Restbudget 2013 / max. Überleitung
Dezernat V Kultur						
Ist > 100 Tsd. €						
Maßnahmen						
I.01834	41 Zuschuss an Kuk Ersatzneubau	1.812	4.000	5.812	1.989	3.822
I.00612	41 Errichtung eines Stadtmuseums	16.880	0	16.880	112	16.768
I.03335	41 Neuer Standort Stadtbibliothek (Beschaffungen)	0	2.990	2.915	281	2.634
Ist < 100 Tsd. €		1.808	2.074	3.988	79	3.909
Beschaffungen (ohne I.03335)						
		560	150	753	375	377
Gesamt		21.060	9.214	30.347	2.837	27.510

	Bezeichnung	Überleitung aus 2012	Ansatz 2013	aktualisierter Ansatz 2013	Ist 2013	Restbudget 2013 / max. Überleitung
Dezernat VI						
Ist > 100 Tsd. €						
Maßnahmen		-	-	-	-	-
Programme		-	-	-	-	-
Ist < 100 Tsd. €						
Beschaffungen		2.000	551	2.725	794	1.930
Gesamt		3.430	2.057	4.435	794	3.640

Jahresabschluss 2013

	Bezeichnung	Überleitung aus 2012	Ansatz 2013	aktualisierter Ansatz 2013	Ist 2013	Restbudget 2013 / max. Überleitung
Dezernat VII						
Ist > 100 Tsd. €						
Maßnahmen						
	I.01624 67 G Pocketpark Sonnenberg	11	0	11	136	-125
Programme						
		-	-	-	-	-
Ist < 100 Tsd. €						
		374	352	1.135	226	909
Beschaffungen						
		778	739	1.623	575	1.047
Gesamt						
		1.163	1.091	2.769	937	1.831